

Ökumene & Auslandsarbeit
Berichte und
Informationen 2014



Evangelische Kirche
in Deutschland

Editorial

Unterwegs auf einer „Pilgrimage of justice and peace“ ist die EKD auch offiziell seit ihrer letzten Synode im Jahr 2013. Die Synode war der Einladung der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen gefolgt, die im November 2013 in Busan, Republik Korea, stattgefunden hatte: „Wir wollen den Weg gemeinsam fortsetzen. Herausgefordert durch unsere Erfahrungen in Busan rufen wir alle Menschen guten Willens dazu auf, ihre von Gott gegebenen Gaben für Handlungen einzusetzen, die verwandeln. Diese Vollversammlung ruft euch auf, euch unserer Pilgerreise anzuschließen.“

Gerade das Jahr 2014 mit seinem Gedenken des Ersten Weltkrieges und des bitteren Versagens der Kirchen hat in Deutschland und in den europäischen Kirchen die Frage noch einmal dringlich werden lassen, wie die Friedensbotschaft des Evangeliums unsere Kirchen in „Kirchen des gerechten Friedens“ verwandeln kann. Gemeinsam mit Partnern überall auf der Welt und allen Menschen guten Willens gehen die EKD und ihre Gliedkirchen diesen schon vor vielen Jahren eingeschlagenen Weg der Gerechtigkeit und des Friedens mitten in einer kriegerischen und gewalttätigen Welt voller Hoffnung weiter. Gerade im vergangenen Jahr haben Christinnen und Christen erfahren müssen, wie sehr um diese Hoffnung auch immer wieder gerungen werden muss und wie dringend unsere Kirche für diesen manchmal auch mühsamen und entmutigenden Weg eine Spiritualität des Friedens braucht. Das Gebet und das Engagement für Gerechtigkeit und Frieden schweißt Christinnen und Christen ökumenisch zusammen und lässt sie ihre Hoffungsgeschichten miteinander teilen. Diese tiefe ökumenische Erfahrung nicht nur materiellen, sondern auch spirituellen Teilens macht Menschen reicher. Sie ist ein großer Schatz der ökumenischen Bewegung, die momentan noch einmal richtig an Schwung gewinnt.

Das Themenjahr der Reformationsdekade „Reformation und Politik“ ist ein inspirierender Rahmen, um davon zu erzählen, wie das Streben nach „Gerechtigkeit und Frieden“ politisch und gesellschaftlich konkret aussehen kann. Aus ganz unterschiedlichen Perspektiven werden Sie in diesem Heft dazu viel Interessantes finden.

Mit Lust und Engagement sind wir Mitarbeitenden in der Ökumene und Auslandsarbeit mit Ihnen auf diesem spannenden Pilgerweg unterwegs.



Ihre

Petra Bosse-Huber

Bischöfin Petra Bosse-Huber
Leiterin der Hauptabteilung Ökumene und
Auslandsarbeit im Kirchenamt der EKD

Inhaltsverzeichnis

Reformation und Politik:

Beispiele aus Ökumene und Auslandsarbeit

St. Katharina in der „Revolution der Würde“ des ukrainischen Volkes	4
Thailand: Politik und Zurückhaltung	7
Caracas: Das Volk geht auf die Straße	8
Der Libanon - gespalten und fragil	10
Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – Laizität?	12
Seite an Seite: Kirche und Staat in Dänemark	14
„Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit“ – Studienprozesse zum südlichen Afrika	16
Stiften Religionen Frieden oder schüren sie Konflikte?	20
ElanDe: Deutsch-Griechischer Freiwilligen- austausch	22

Berichte

Auf dem Weg zum Reformationsjubiläum 2017	23
10. Vollversammlung des ÖRK in Busan	26
Besuch des Ökumenischen Patriarchen im Berliner Dom	28
Auslandspfarrkonferenz in Berlin-Spandau	29

Aus den Referaten

„Hoffnungsvoll nach vorn“	31
Europa, KEK, GEKE	32
Südeuropa und Tourismusseelsorge im Ausland	35
Nord- und Westeuropa	39
Mittel-, Ost- und Südosteuropa	42
Orthodoxie, Stipendien und allgemeine öku- menische Angelegenheiten	44
Naher und Mittlerer Osten, Stiftungen im Heiligen Land, Kirchliche Weltbünde	46
Afrika und Entwicklungspolitik	50
Ostasien, Australien, Pazifik und Nordamerika	53
Lateinamerika	56
Interreligiöser Dialog	59
Menschenrechte und Migration	61
Erfahrungsbericht: Auslandsvikariat in Seoul	64

Das Auslandsvikariatsprogramm der EKD

Organigramm des Kirchenamtes der EKD

EKD-Entsendungen und -Beauftragungen

Liste	69
Karten	73

Impressum

St. Katharina in der „Revolution der Würde“ des ukrainischen Volkes

Ralf Haska

Pfarrer in Kiew

Urplötzlich befand sich das ukrainische Volk in einer Situation, in der der Zynismus, die eingesetzte Gewalt und die Demütigungen von Seiten der Machthabenden nicht mehr hinnehmbar waren. Was als eine Protestbewegung gegen die Wankelmütigkeit der Regierung in Bezug auf die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU begann, weitete sich nach dem Einsatz von Gewalt am 30.11.2013 schlagartig zu einem Aufstand für die Würde des Volkes und jeden einzelnen Menschen aus.

Ebenso urplötzlich fand sich die Gemeinde St. Katharina in einer Situation wieder, die sie vor große Herausforderungen stellte. Unser Kirchengebäude liegt nur wenige Meter entfernt gegenüber dem Präsidentenpalast. Dementsprechend umlagert war das Gebiet rund um die Kirche. Protestierende wie Sicherheitskräfte standen sich hier direkt vor der Kirche gegenüber. Als Gemeinde mussten wir reagieren. Was tun in einer Situation, in der das, was von uns in normalen Zeiten getan wird, nicht mehr ausreicht? Was tun in einer Situation, in der wir spüren, dass Christus tausendfach vor der Tür steht und nicht nur Einlass benötigt, sondern auch Aufnahme? Gleich nach dem Gottesdienst am 1. Advent und dem gewaltigen Aufbegehren des Volkes an diesem Sonntag entschied der Kirchenvorstand: Wir tun alles, was uns möglich ist, um zu helfen, wo es nötig ist. Und dabei gelten keine Unterschiede. Somit öffneten wir unsere Türen nicht nur wie gehabt am Tage, sondern auch nachts. Wir öffneten die Türen für Protestierende wie für Sicherheitskräfte. Ganz häufig bestanden die Polizeieinheiten aus jungen Leuten, 19-20 Jahre alt, die dienstverpflichtet waren. Die berüchtigten Berkut-Schläger hielten sich eher im Hintergrund. Sie kamen dann heraus, wenn es darum ging, Gewalt auszuüben. Das ausdauernde Stehen, die Absperrketten wurden oftmals eben von solchen jungen Männern gebildet. Auf beiden Seiten gab es also Menschen, die Hilfe brauchten.

Wir haben uns keiner Seite verschlossen. Natürlich war es sehr viel schwieriger, den jungen Polizisten zu helfen. War es ihnen zum Anfang der Proteste noch erlaubt, in unsere Kirche zu kommen, um Tee oder Kaffee zu bekommen oder einfach die Toilette aufzusuchen, so wurde das im Laufe des Dezembers immer schwieriger. Ihre Führung verbot ihnen das. Und so kamen sie oft nur allein, leise in der Nacht, von niemandem gesehen. Über Monate waren wir praktisch eingekesselt, umgeben von Polizeikräften und Berkut-Einheiten. Unsere Straße war durch Barrikaden der Miliz abgesperrt. Auch diese jungen Menschen, die den Protestierenden gegenüberstanden, waren in Not. So hat vor allem unsere Jugend heiße Getränke zu den Absperrungen der Miliz und in die kalten Busse gebracht.

Wir tun alles, was uns möglich ist, um zu helfen, wo es nötig ist. Und dabei gelten keine Unterschiede. Somit öffneten wir unsere Türen für Protestierende wie für Sicherheitskräfte.

„Was ihr getan habt, einem von diesem meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“ – wie oft ging uns dieser Satz in diesen Wochen und Monaten durch den Kopf. Und wie sehr motivierte er tatsächlich zu aller Hilfe. In den ersten Wochen boten wir allen, die kamen, einen warmen Raum, Stärkung für Leib und Seele. Der Kirchraum blieb die ganze Zeit ein Raum der Stille und des Gebetes. So viele Menschen einte das Gebet um den Frieden im Land. Doch leider blieb es nicht friedlich. Die Vorstöße der Sicherheitskräfte provozierten das eine und andere Mal. Ich erinnere mich mit Entsetzen an den 9.12.2013. Plötzlich strömten hunderte Sicherheitskräfte an der Kirche entlang und



Kiew: Die Kirche St. Katharina als Lazarett.

kesselten das Lager der Protestierenden ein, das direkt vor der Kirche und zwischen uns und dem Präsidentenpalast stand. Dieser Aufmarsch der Sicherheitskräfte ließ nichts Gutes ahnen. Plötzlich waren hunderte Menschen eingeschlossen. Schnell war klar, dass es hier zur Konfrontation kommen würde. Junge Menschen voller Wut kamen vom Maidan und es war klar, dass sie die Sicherheitskette durchbrechen wollten, das Lager befreien, die Räumung des Lagers verhindern wollten. Und dann standen sie sich auch schon wie an vielen anderen Stellen in den kommenden Wochen Auge in Auge gegenüber. Zeit zum Überlegen blieb nicht, weder was zu tun, noch was zu sagen wäre. Ich bin sicher, dass Gott die Führung für mich übernahm: zwischen die Fronten, eine Atempause schaffen, miteinander reden. Ich griff mir einen jungen Protestierenden, den ich für einen der Anführer hielt, und redete in meiner Verzweiflung auf ihn ein. Ich erzählte so viel, auch von unseren Erfahrungen mit einer friedlichen Revolution 1989 in der DDR. Ob Minuten oder Stunden vergingen, kann ich nicht mehr sagen. Letztlich aber kam es an dieser Stelle Gott sei Dank nicht zum Blutvergießen. Die Fronten trennten sich.

Es waren Zeiten für die Kirchengemeinde, in denen wir oftmals nicht mehr agieren konnten. Wie so oft und eigentlich sogar immer, mussten wir reagieren. Reagieren auf die Situation, die von einem Tag auf den anderen völlig anders werden konnte. Reagieren auf Situationen, die wir kaum oder überhaupt nicht beeinflussen konnten. Alle Planungen waren nur noch Makulatur. Schnelle Reaktion war gefragt und nicht planende Vorausschau. Auch die Absprachen im Kirchenvorstand verliefen sozusagen „zwischen Tür und Angel“. Planende Sitzungen waren unmöglich. Doch wir spürten alle: Wir sind mittendrin, und wir werden uns den Anforderungen nicht entziehen. Wir haben so gehandelt, weil wir nicht nur örtlich, sondern auch mit dem Herzen und mit den theologischen Überzeugungen mittendrin waren. Und diese ließen sich im Grunde genommen auf das eine *Solus* der Reformation zusammenfassen: *Solus Christus*. Christus in der Mitte. In der Mitte allen Handelns und aller Überlegungen. Ich bin überzeugt, dass alle Kirchen dies gespürt haben. Die Solidarität unter ihnen war groß. Wir erlebten eine wunderbare ökumenische Gemeinschaft. Als wir im Januar ein geheimes Lazarett im ersten Stock

unserer Kirche einrichteten und dort kranke und verwundete Menschen versteckten, stand eines Abends der Patriarch der Griechisch-Katholischen Kirche vor der Tür. Natürlich kannten wir uns von verschiedenen Treffen im Allukrainischen Rat der Religionen, aber hier ging es darum, Solidarität zu bezeugen, das ökumenische Band zwischen den Kirchen zu stärken. Nicht nur die

In dieser schweren Zeit war uns das gemeinsame Gebet sehr wichtig. Jeden Abend luden wir in St. Katharina zum Abendgebet. Nach den ersten Gewaltexzessen luden wir zu einem ökumenischen Friedensgebet und oftmals versammelten wir uns in den Gebetszelten auf dem Maidan, um gemeinsam für den Frieden im Land zu beten. Die Glocken von St. Katharina läuteten gemeinsam mit dem Michaelskloster und mit vielen anderen Kirchen in der Nacht zum 11. Dezember beim Versuch der Sicherheitskräfte, den Maidan zu stürmen und zu räumen. Am 20. Februar riefen die Glocken von St. Katharina dann ab den ersten Schüssen in der Institutskastraße alle 15 Minuten zum Gebet. Leider wurde das Läuten an diesem Tage zum Totengeläut.

Als Gemeinde haben wir niemals aufgehört, uns zu versammeln. Die Gebete und die Gottesdienste blieben wichtige Quelle der Stärkung und der Ermutigung. Aus Gottes Wort ließen wir uns stärken und aufbauen inmitten einer Situation, die so oft von Hoffnungslosigkeit geprägt war. Gut war es, zu sehen, dass wir eine große Gemeinschaft in unserer Gemeinde, aber auch in der Ökumene sind. Diese Gemeinschaft hat getragen in gegenseitiger Solidarität und Unterstützung. Für alle anfallenden Arbeiten wie Essen kochen, Getränke bereitstellen, auf den Maidan bringen, für die Reinigungsarbeiten und so vieles mehr waren immer genügend Helfer aus der Gemeinde und der Ökumene da. Aus diesen schweren Monaten des gemeinsamen Bangens, Betens, Trauerns und Freuens sind Gemeinde und Ökumene gestärkt hervorgegangen.

griechisch-katholischen Christenmenschen in unserem Lazarett waren stolz, dass ihr Patriarch sie hier in der lutherischen Kirche besuchte. Auch für uns als Gemeinde war das in diesen Tagen ein wichtiger Besuch. Wir stehen zusammen, weil wir Christus in die Mitte stellen. Das, was uns verbindet, wurde wichtiger denn je – im gemeinsamen Gebet und im gemeinsamen Handeln für die, die Hilfe benötigten. Unser Lazarett wurde aus der Not heraus geboren. Kranke und die ersten Verletzten der Proteste im Januar wurden oftmals aus den Krankenhäusern entführt, gefoltert und oft ermordet. Hier in St. Katharina konnten wir mit Gottes Schutz und Beistand trotz der räumlichen Nähe der Sicherheitskräfte einen Ort der Ruhe, ein Lazarett bieten. Für viele war es auch wichtig, schnell wieder zu den Protesten zu gelangen. Kranke mussten in den ersten Wochen vor allem Lungenentzündungen auskurieren. Schussverletzte und durch Schläge schwer Verletzte mussten dann im Februar aufgenommen werden. Die Pflege wurde von Ärzten, Krankenschwestern und Sanitätern übernommen.

Hier ging es darum, Solidarität zu bezeugen, das ökumenische Band zwischen den Kirchen zu stärken. Das, was uns verbindet, wurde wichtiger denn je – im gemeinsamen Gebet und im gemeinsamen Handeln für die, die Hilfe benötigten.

Thailand: Politik und Zurückhaltung

Ulrich Holste-Helmer

Pfarrer in Bangkok

Auch wenn die Berichte nun schon seit Monaten durch die Medien gehen – wir haben die politischen Ereignisse in Thailand nicht öffentlich kommentiert, die vor allem in Bangkok seit November des letzten Jahres erhebliche Auswirkung auch auf das Alltagsleben haben – zumindest in jenen Bereichen der Stadt, die von den andauernden Massendemonstrationen betroffen sind.

Unsere Zurückhaltung in dieser Sache hat mehrere Gründe:

Zum einen sind wir Gäste in Thailand. Und Gästen steht es gut an, sich nicht in die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen und Lobbygruppen ihrer Gastgeber einzumischen.

Zum zweiten ist es für Außenstehende schwierig, einen wirklichen Einblick in das zu bekommen, was an offen ausgesprochenen und an ungesprochenen Interessen die Politik und die Menschen bzw. verschiedene Teile der Gesellschaft in Thailand bewegt.

Eins allerdings ist deutlich: Die Demokratie funktioniert hierzulande anders, als wir es in Westeuropa in den letzten Jahrzehnten gewohnt sind. Demokratische Institutionen und Prozesse haben einen anderen Stellenwert in einer Gesellschaft, deren Alltag und Wirtschaftsleben bis heute durch einflussreiche Familien und „Patrone“ und das fast sakral verehrte Königshaus bestimmt werden, und in der – bis hinein in den Alltag – stets eine Hand die andere wäscht.

Anders als der deutsche Botschafter, der nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch das Militär im Mai 2014 die Einladung zu einem „Hintergrundgespräch“ bei der Militärführung ausdrücklich ablehnte, bleibt uns als christliche Gemeinde vor allem, für unser Gastland und seine Menschen zu beten – so, wie es der Prophet Jeremia schon vor 2500 Jahren den Israeliten riet, die seinerzeit auch in der Fremde, in der Stadt Babylon lebten:

Suchet der Stadt Bestes, und betet für sie zum HERRN; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl. (Jeremia 29,7)



Blockaden in Bangkok, Januar 2014.

Caracas: Das Volk geht auf die Straße

Lars Pferdehirt

Pfarrer in Caracas

Auch wenn die heißeste Phase der Proteste vorbei zu sein scheint, kann von Ruhe und Entspannung keine Rede sein. Die Situation hat sich festgefahren und der Ausgang der fortwährenden Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Lagern im Land – der Regierung und der Opposition – bleibt ungewiss.

Barrel Rohöl im vergangenen Jahr recht stabil bei stattlichen 100 US\$, jedoch reichen diese Einnahmen nicht aus, um den öffentlichen wie privaten Bedarf an Devisen zu decken. Und der ist immens, weil die einheimische Produktion kontinuierlich zurückgeht und der Bedarf an Gütern fast ausschließlich durch Importe gedeckt werden muss. Dabei sind Preisanstieg und Knappheit nur ein Teil der alltäglichen Misere. Die Kriminalitätsrate bleibt erschreckend hoch. Allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres haben 3000 Menschen ihr Leben durch ein Gewaltverbrechen verloren. Man lebt in einem unerklärten Krieg. Das Vertrauen in Justiz und Rechtsstaat, Presse- und Meinungsfreiheit sowie in die allgemeine Wahrung der Menschenrechte durch den Staat ist erschüttert und teilt die ohnehin polarisierte Gesellschaft (so zeigt es eine aktuelle Umfrage): Nur die Hälfte der Befragten sehen das Recht auf freie Meinungsäußerung gewährleistet. Und noch weniger sehen die Voraussetzungen für einen friedlichen Protest im Land gegeben.

Die studentischen Proteste bleiben folgenlos

Die Aussichten für die junge Generation sind vor diesem Hintergrund trübe und der Andrang auf europäische Sprachinstitute ist seit Jahren enorm – gilt doch ein Sprachdiplom als Türöffner für die erhoffte Auswanderung. Anlass für den landesweiten Ausbruch der Studentenproteste jedoch war vor allem der unbegrenzte Anstieg von Gewalttaten insbesondere an den Universitäten selbst. Als es dann im Grenzgebiet zu Kolumbien einen Vergewaltigungsversuch auf dem Campus der Anden-Universität gab und die aufgebrachten Studenten ihren Unmut lautstark zum Ausdruck brachten, reagierten die örtlichen Ordnungsbehörden mit so ungewöhnlicher Härte, dass es landesweit zu studentischen Solidaritätsbekundungen und Straßensperrungen kam. Die Reaktion der politischen Repräsentanten goss zusätzlich Öl ins Feuer: Während die einen „faschistische Terrorbanden“ für die Unruhen verantwortlich machten, riefen die anderen zum Sturz der Regierung durch den Druck

Die schwere wirtschaftliche wie politische Krise Venezuelas hält an

Die gegenwärtige Lebensqualität der normalen Bevölkerung ist an einem weiteren Tiefpunkt angelangt. Viele der riesigen Probleme im Land gleichen einem Fass ohne Boden: Da ist vor allem die Hyperinflation, die in erster Linie die Ärmsten hart trifft. Die Ausgaben für den durchschnittlichen Warenkorb an Lebensmitteln sind innerhalb von 12 Monaten um 69,1% gestiegen. Mit einem Mindesteinkommen kann momentan nicht einmal die Hälfte davon eingekauft werden. Wenn denn überhaupt die angesetzten 60 Grundnahrungsmittel erhältlich sind. Zurzeit sind 22 davon limitiert. Und wenn Mangelware dann doch in den Supermärkten eintrifft, reicht die Warteschlange nicht selten bis auf den Parkplatz.

Im vergangenen Jahr lebten nach offiziellen Angaben 30% der Haushalte in Armut. 40% der Beschäftigten arbeiteten im April dieses Jahres im informellen Sektor. Zwar lag der Preis für einen

Man lebt in einem unerklärten Krieg. Das Vertrauen in Justiz und Rechtsstaat, Presse- und Meinungsfreiheit sowie in die allgemeine Wahrung der Menschenrechte durch den Staat ist erschüttert und teilt die ohnehin polarisierte Gesellschaft.



Gewaltfreier Protest:
„Ich bin es leid,
nur zu überleben
und nicht
leben zu können.“

der Straße auf. Was folgte, waren ungewöhnlich lange und erbitterte Auseinandersetzungen in allen venezolanischen Großstädten mit über 40 Toten, hunderten Gefangenen und noch mehr Verletzten (betroffen waren sowohl Studenten als auch Ordnungskräfte). Darüber hinaus kam es auch zu Vandalismus.

Aufruf der christlichen Kirchen zu Frieden und Dialog

Der studentische Ruf nach Frieden, ausreichender Versorgung und einer Zukunftsperspektive hat unsere Gemeinde in Caracas sofort intensiv bewegt und viele Sympathien geweckt. Gleichzeitig waren die Einschränkungen unseres Gemeindelebens durch die Konfrontationen deutlich zu spüren – viele der Zusammenstöße mit Tränengas und Gummigeschossen fanden in direkter Nähe unserer Kirche statt. Gemeinsam mit unseren ökumenischen Partnern (der katholischen Kirche,

aber ebenso den historischen Kirchen der Reformation) waren wir uns einig, dass wir als Christinnen und Christen zur Eskalation der Gewalt nicht schweigen können. Und so gab es viele öffentliche Erklärungen und Appelle zu Frieden und Dialog, öffentliche Gebete und eine aktive Beteiligung bei der Vermittlung eines runden Tisches durch den vatikanischen Nuntius. Allerdings wurde dieser Dialog zwischen Opposition und Regierung, der schließlich im April unter Beteiligung des brasilianischen, ecuadorianischen und des kolumbianischen Außenministers begonnen hatte, schon nach einem Monat erfolglos abgebrochen. Seitdem herrscht mehr oder weniger Stillstand.

Unsere deutschsprachige Gemeinde ist zwar hier eine winzig kleine Minderheit, dennoch planen wir, ähnlich wie im Vorjahr zum Thema Reformation und Toleranz, ein Symposium mit dem Schwerpunkt Reformation und Politik, zu dem wir dieses Jahr nicht nur die deutschsprachigen Institutionen, sondern auch unsere ökumenischen venezolanischen Partner sowie Vertreter/innen aus Politik und Kultur einladen möchten. Wir hoffen, mit diesem Diskussionsforum einen Beitrag als evangelische Kirche zur aktiven Verständigung leisten zu können – und beten weiter um Versöhnung und Vergebung.

Gemeinsam mit unseren ökumenischen Partnern waren wir uns einig, dass wir als Christinnen und Christen zur Eskalation der Gewalt nicht schweigen können.

Der Libanon – gespalten und fragil

Jonas Weiß-Lange

Pfarrer in Beirut

Es war eine schöne, würdige Veranstaltung – der Gottesdienst zum Semesterschluss. Die Graduier-ten standen in wechselnden Gruppierungen für die Fotografen vor der Kirche. Eine Dame neben mir bemerkte: „Und morgen besorgen sie sich alle ein Visum, um zu gehen...“

Eine solch schmerzliche Bemerkung war dieser Tage sicher nicht nur an der evangelischen Universität in Beirut zu hören und gilt gewiss nicht nur für die kirchlich gebundenen und ihre (wenigen) muslimischen Mitstudierenden dort. Wer die Möglichkeit hat, das Land zu verlassen, ergreift sie. Sicherheit spielt neben wirtschaftlichen Gründen eine große Rolle. Und alle Bevölkerungsgruppen sind davon betroffen, auch wenn es bei den Christen als Minderheit im Land stärker ins Gewicht fällt.

Die wirtschaftliche Lage ist ohnehin seit Jahren wenig rosig und steht durch das Flüchtlings-elend derzeit zusätzlich unter Druck.



Deutsche evangelische Kirche in Beirut.

Über dreißig Prozent der Bevölkerung sind inzwischen Flüchtlinge aus Syrien, die Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, Schulen und Gesundheitswesen wollen; die Strom benötigen und Wasser, das aufgrund ausgebliebener Niederschläge im vergangenen Winter zu einem sehr kostbaren Gut wurde.

Zudem sind Flüchtlinge bereit, für weit weniger Lohn zu arbeiten als libanesischen Kollegen, besonders in ohnehin prekären Jobs, und dieser Verdrängungswettbewerb lässt die Stimmung ihnen gegenüber immer öfter kippen.

Staatliche Flüchtlingspolitik gibt es nicht – außer der grundlegenden Entscheidung, keine Lager einzurichten wie in Jordanien oder der Türkei, und das aufgrund der Erfahrungen mit den Lagern für palästinensische Flüchtlinge, die hier seit 1948 bestehen – mit derzeit ca. 500.000 Menschen.

Dennoch: Hilfe kommt durchaus an in den über 1000 „illegalen“ Lagern, wenn auch oft zufällig, durch vielfältige Bemühungen von privater Seite – auch NGOs und UN-Organisationen.

Man stelle sich das vor: Deutschland sähe sich mit mehr als 25 Millionen Flüchtlingen konfrontiert – im eigenen Land!

Es grenzt an ein Wunder, dass es bislang nicht zu größeren Verwerfungen gekommen ist, dass bislang ein – wenn auch fragiles – Gleichgewicht den Frieden im Libanon erhält: Mit ihrer Klientel-politik sorgen die weltlichen und religiösen „Clan-chefs“ dafür.

Aber weiterhin sind es zwei Lager, die sich unversöhnlich gegenüberstehen. Und die meisten haben sich daran gewöhnt. Hier der Iran, als Schutzmacht der Schiiten – dort Saudi-Arabien in Verbindung mit den Vereinigten Staaten für die Sunniten. Dabei führt der unaufhaltsame Zustrom der Flüchtlinge aus Syrien und nun auch noch aus dem Irak überdeutlich vor Augen: Zum Krieg der Worte und zur politischen Anfeindung zwischen diesen beiden Seiten hier im Land ist der Krieg im Nachbarland gekommen – mit wirklichen Kämpfen, großen Zerstörungen und wirklichen Toten.

Und Christen? Die finden sich auf beiden Seiten. Die Spaltung geht mitten durch Gemeinden, manchmal mitten durch Familien.

*Man stelle sich das vor:
Deutschland sähe sich mit mehr als
25 Millionen Flüchtlingen konfrontiert
– im eigenen Land!*

Überdeutlich wird all das im Blick auf die Präsidentenwahl, die seit Wochen nicht gelingt, weil sich die Christen nicht einigen können. Es gibt wohl eine Vereinbarung, dass, aus historischen Gründen, das oberste Amt im Staat den Christen zusteht. So ist es doppelt schmerzhaft, dass es ihnen aufgrund der Spaltung innerhalb der Christen im Libanon nicht möglich ist, einen Beitrag zur Stabilität zu leisten. Es steht zu befürchten, dass die Kirchen hier, ebenso wie in Syrien und schon im Irak, dafür einen hohen Preis werden zahlen müssen.

Unter diesen Bedingungen findet die Arbeit der kleinen Evangelischen Gemeinde zu Beirut derzeit statt: Neben allem, was zum „normalen“ Gemeindealltag gehört, arbeiten wir mit zwei Initiativen eng zusammen. Zum einen mit einer Frauengruppe, die zur UN Women's Guild gehört, und zum anderen mit dem „Joint Committee of Churches“, einer ökumenischen Einrichtung, die schon seit Jahrzehnten für und mit Palästinensern arbeitet. Beide befinden sich in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Frauengruppe hat zwei Nachmittagsschulen in regulären Grundschulen in einem kleinen Ort in der Bekaa-Ebene nahe der libanesisch-syrischen Grenze gegründet, eine dritte ist in Vorbereitung. Die derzeit insgesamt 1300 Kinder kommen aus den selbstgebauten Zeltlagern in der Umgebung. Die syrischen Lehrerinnen und Lehrer, selbst Flüchtlinge, erhalten 200,- US\$ im

Monat für ihre Arbeit; aber sie sind froh, etwas Sinnvolles tun zu können. Zudem versorgt diese Gruppe eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche, in der Flüchtlingskinder in drei Schichten von libanesischen Freiwilligen betreut werden und so zumindest zeitweise dem Lageralltag entfliehen können. Und die Gruppe besucht Flüchtlingslager, schaut, was gebraucht wird, z.B. Medikamente, Trinkwasser, im Winter u.a. auch Heizungen und Decken. Bei mehreren Besuchen konnten wir uns ein Bild von der wichtigen und sehr effizienten Arbeit dieser Gruppe machen.

Die zweite Hilfsorganisation, das „Joint Committee of Churches“, betreibt schon lange Bildungseinrichtungen in vier der elf Palästinenserlager. Nun, so wird geschätzt, sind ca. 75.000 Menschen aus Palästinenserlagern in Syrien, wo es ihnen verhältnismäßig gut gegangen war, in den Libanon geflohen und haben hier in den ohnehin überfüllten Lagern Zuflucht gesucht. Viele haben Verwandte oder Freunde, bei denen sie für eine Weile bleiben können. Doch die Wohnverhältnisse waren schon vorher sehr beengt. Die Ankunft neuer, oft großer Familien, die dann doch länger bleiben, als alle dachten, führt unweigerlich zu Spannungen. Das „Joint Committee of Churches“ hat Räumlichkeiten im Zentrum von Sidon angemietet, um zumindest mehreren hundert Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Die notwendigen Mittel dafür müssen aus Spenden aufgebracht werden.

Mit bescheidenen Mitteln versuchen wir, als Gäste in diesem Land unseren Beitrag zu leisten, dass der Preis, den die Kirchen für ihre politische Positionierung einmal werden zahlen müssen, nicht zu hoch ausfällt.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – Laizität?

Gesine Beck

Pfarrerin in Paris

Einmal im Jahr wird der Kirchenraum unserer Christuskirche im Anschluss an den Sonntagsgottesdienst zum Versammlungsraum. Die Gemeinde ist eingeladen zur Jahreshauptversammlung. Die Präsidentin der Gemeinde trägt ihren Rechenschaftsbericht vor, die Schatzmeisterin informiert über die Haushaltslage, der Kirchenvorstand wird entlastet, es finden eventuell Wahlen statt. Es ist das gleiche Prozedere wie in einem Sportverein – denn auch unsere Gemeinde ist nach französischem Vereinsrecht verfasst als eine „association cultuelle“ mit dem Zweck, das gottesdienstliche Leben der eingetragenen Mitglieder zu pflegen, wozu auch die klassische Gemeindegemeinschaft und der Konfirmandenunterricht zählen, nicht aber eine karitativ-diakonische Arbeit.

Staat und Kirche sind in Frankreich spätestens seit dem Gesetz vom 9.12.1905 klar getrennt. Religion ist eine Privatangelegenheit, ihre Vermittlung ist Sache der Religionsgemeinschaften und der Familien. In Frankreich steht das Fach Religion nicht auf dem Lehrplan der Schulen. Religiöse Symbole zu tragen ist Schülern auch an öffentlichen Schulen nicht verboten, muss aber diskret geschehen. Das eröffnet Interpretationsspielräume – an privaten Schulen weitere als an öffentlichen Schulen, wo das Tragen eines Kopftuches oder einer Kippa im Konfliktfall zum Schulausschluss führen kann.

Am Mittwoch ist in den meisten französischen Schulen ganz oder zumindest am Nachmittag

unterrichtsfrei, damit die Kinder an diesem Tag am gemeindlichen Katechismusunterricht oder einem entsprechenden Zusatzangebot der konfessionellen Privatschule teilnehmen können. Haben Familien solche Angebote nicht genutzt, dann kommen manche Jugendliche fast ohne Vorkenntnisse zum Konfirmandenunterricht – oder bleiben den Kirchen fern.

Was mit dem Begriff der „Laizität“ benannt wird, nahm seinen Ausgangspunkt in der Französischen Revolution und entsprang mehreren Anliegen: die Gewissensfreiheit des einzelnen Bürgers zu schützen, den Angehörigen aller Religionen die ungestörte Ausübung ihrer Religion zu gewährleisten und die dominante Einflussnahme der katholischen Kirche in öffentlichen Angelegenheiten einzudämmen. Die protestantische Kirche hat aufgrund der Geschichte ihrer Verfolgung das Trennungsgesetz von 1905 ausdrücklich begrüßt. Um die Auslegung und korrekte Anwendung der Laizität wird in ganz praktischen Fragen nach wie vor gestritten: Kann die Teilnahme eines Kindes an einer Ferienfreizeit eines kirchlichen Veranstalters staatlich subventioniert werden? Sollten die Kantinen der Ganztagschulen halal kochen, um das Gewissen einzelner Schüler zu schützen? Darf eine muslimische Mutter ein Kopftuch tragen, wenn sie die Klasse ihres Kindes bei einem Schulausflug begleitet? Solche Diskussionen sind mehrschichtig, nicht selten emotional aufgeladen. Sie werden zum heißen Eisen, weil sie an die Identität der Menschen rühren. Sie zeigen auch, dass über die Laizität nicht immer Klarheit besteht. Antichristliche Grundhaltungen oder im Gefolge des 11. Septembers 2001 erstarkende islamophobe gesellschaftliche Kräfte versuchen ein Verständnis von Laizität zu propagieren, welches alles Religiöse aus dem Raum des öffentlichen Lebens zu verdrängen versucht, was an der ursprünglichen Absicht des Gesetzes aber vorbeigeht. Das Verbot vom 11. Oktober 2010, in der Öffentlichkeit das Gesicht zu verschleiern, begründet sich konsequenterweise rechtlich auch



An fast jedem öffentlichen Gebäude, fast an jeder Schule erinnert die Inschrift „Liberté – Egalité – Fraternité“ an die Anliegen der Französischen Revolution.

nicht aus der Laizität, sondern mit der Wahrung der öffentlichen Ordnung.

Heute sind gut 50% der Franzosen römisch-katholisch, 9% muslimischen Glaubens, 2% Protestanten, 0,5% Juden. Zahlen kann man nur hochrechnen aufgrund von Umfrageergebnissen, denn die Religionszugehörigkeit wird nicht, wie in Deutschland, im Meldewesen erfasst. Frankreich kennt keine Kirchensteuer. Die Religionsgemeinschaften finanzieren ihre Gemeindegemeinschaften inklusive der Pfarrgehälter aus den Spenden, die sie erhalten. Ausnahme dabei ist die Region Elsass-Lothringen, die 1905, als das Trennungsgesetz zwischen Staat und Kirche verabschiedet wurde, nicht zu Frankreich, sondern zu Deutschland gehörte. Auch wenn es in Frankreich keinen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen gibt, so subventioniert der Staat dennoch zahlreiche Privatschulen, die in der Regel ein katholisches Profil besitzen. Es gibt ein halbes Dutzend staatlicher

Feiertage an christlichen Festen. Der Staat trägt den Gebäudeunterhalt vieler Kirchen. Eine private Spende zugunsten eines anerkannten „Kultusvereins“ wird in Höhe von bis zu 66% von der Steuerlast abgezogen.

Vieles, was in Deutschland Standard ist, ist in Frankreichs Kirchengemeinden Luxus. Auf dem Land sind kritische Grenzen schneller erreicht als in der Metropole Paris – zumal für eine Minderheitenkirche wie die französischen Protestanten.

Staat und Kirche sind in Frankreich seit 1905 klar getrennt. Religion ist eine Privatangelegenheit, ihre Vermittlung ist Sache der Religionsgemeinschaften und der Familien.

Seite an Seite: Kirche und Staat in Dänemark



Peter Krogull

Hauptpastor in Kopenhagen

„Die evangelisch-lutherische Kirche ist die dänische Volkskirche und wird als solche vom Staat unterstützt.“ So lautet der vierte Paragraph des dänischen Grundgesetzes „Grundloven“, welcher das grundsätzliche Verhältnis zwischen dem dänischen Staat und der evangelisch-lutherischen Kirche Dänemarks beschreibt. Auf den ersten Blick scheinen mit diesem Paragraphen die kirchenpolitischen Verhältnisse Dänemarks klar geregelt und zwar in einem staatskirchlichen Sinne. Unterstützt wird diese Lesart zudem von

§ 6, welcher die Mitgliedschaft in der evangelisch-lutherischen „Folkekirke“ zu einer Bedingung für den dänischen König erhebt. Nichtsdestotrotz stimmen die meisten Dänen nur eingeschränkt zu, wenn man ihre *Folkekirke* als „Staatskirche“ bezeichnet. Denn im Bewusstsein vieler Dänen und auch der *Folkekirke* selber ist weiterhin der Gedanke präsent, dass diese staatskirchlichen Verhältnisse, wie sie in der dänischen Verfassung von 1849 festgehalten sind, nur eine Übergangslösung sein sollten.

Dieses Interim sollte ursprünglich nur bis zur Entwicklung einer kircheneigenen Verfassung andauern. Diese neue Verfassung sollte die Leitung

der *Folkekirke* dann in die Hände eines kirchlichen Gremiums oder einer Synode legen. Trotz vieler Versuche und Anläufe ist es aber bisher noch nicht zu einer Einigung gekommen, wie eine solche Verfassung oder kirchliche Leitung aussehen könnte.

Tatsächlich verfügt die *Folkekirke* weiterhin nicht über eine kirchliche Leitung, welche die kirchlichen Angelegenheiten selbstständig regeln oder die Kirche nach außen einheitlich repräsentieren kann.

Alle Gesetze, die die Kirche betreffen, werden im konfessionell unabhängigen dänischen Parlament, dem Folketing, verabschiedet.

Auch wenn der Bischof von Kopenhagen als „primus inter pares“ fungiert, so ist jeder Bischof doch zuerst einmal nur Bischof in seinem eigenen „Sprengel“ und auch die Gesamtheit der dänischen Bischöfe hat keine gemeinsamen Leitungsaufgaben, die die gesamte *Folkekirke* betreffen. Immer wieder mal gab es Anläufe zu einer neuen Leitungsstruktur der *Folkekirke*. Auch gegenwärtig gibt es wieder ein Hearing über eine neue Struktur.

Dass diese Versuche bisher gescheitert sind und die Interimslösung sich als sehr beständig erwiesen hat, hängt mit mehreren Faktoren zusammen: Innerhalb der bestehenden kirchlichen Struktur hat sich ein sehr basisdemokratisches Denken und Handeln ausgeprägt. Die einzelne Ortsgemeinde, die jeweils von einem auf vier Jahre gewählten Kirchenrat geleitet wird, verfügt über Kompetenzen, wie man sie für gewöhnlich nicht in staatskirchlichen Systemen findet. Der Kirchenrat der einzelnen Ortsgemeinde wählt seinen Pfarrer selber, die Gesamtheit der Gemeinden in einem „Sprengel“ wählt ihren eigenen Bischof. Dieser wird von der dänischen Königin als nominellem Oberhaupt der *Folkekirke* nur noch nachträglich ernannt.

Neben diesen demokratischen Elementen werden die Begleiterscheinungen des staatskirchlichen Wesens immer noch als eher positiv angesehen: Der Staat erhebt, im Gegensatz zu Deutschland, nur für die evangelisch-lutherische *Folkekirke* Kirchensteuern. Die meisten Geistlichen sind Angestellte des Staates und erfüllen zum Beispiel bei Eheschließungen auch staatlich-standesamtliche Aufgaben. Das „Management“ der *Folkekirke* liegt bei einem politisch gewählten Kirchenminister. Alle Gesetze, die die Kirche betreffen, werden im konfessionell unabhängigen dänischen Parlament, dem Folketing, verabschiedet.

Manche Konsequenzen dieser staatskirchlichen Struktur sind für die deutsche volkskirchliche Mentalität besonders gewöhnungsbedürftig, so z.B. dass die dänische *Folkekirke* viel weniger als staatliches Gegenüber mit politischen Verlautbarungen wahrgenommen wird als die Volkskirchen in Deutschland. Darüber hinaus sehen viele kirchlich distanzierte Mitglieder ihre *Folkekirke* eher als eine staatliche Behörde an, die für die seelischen Fragen und lebensgeschichtlichen Anlässe da ist.

Nichtsdestotrotz erlaubt die bestehende Struktur der *Folkekirke* ein verlässliches und auch eigenständiges Arbeiten, bei welchem z.B. die Unabhängigkeit der Verkündigung rechtlich verankert ist. Spannend wird die Beantwortung der Frage sein, wie sich die kirchlich-religiösen Verhältnisse in Dänemark zukünftig entwickeln unter den Bedingungen von Zuwanderung und Globalisierung. Gegenwärtig sind noch 79% der 5,6 Millionen Dänen Mitglied der *Folkekirke*.

„Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit“

Studienprozesse zu den Kirchenbeziehungen mit dem südlichen Afrika während des deutschen Kolonialismus und der Apartheidzeit

Klaus J. Burckhardt

Kirchenamt der EKD

Dr. Hanns Lessing

Missionswissenschaftler

Seit 2007 werden die beiden Studienprozesse zur Rolle der Kirchenbeziehungen zwischen dem südlichen Afrika und Deutschland von Dr. Hanns Lessing koordiniert.

Auf der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im November 2013 in Busan hielt Father Michael Lapsley, Opfer eines Briefbombenattentats der südafrikanischen Apartheidregierung und heutiger Leiter eines Zentrums für die Heilung der Erinnerung in Kapstadt, eine vielbeachtete Abschlusspredigt. Lapsley erinnerte daran, wie wichtig es ist, nach Ende der Apartheid und der Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission auch in den Kirchen an der Aufarbeitung des Geschehenen weiterzuarbeiten. Er forderte die Kirchen auf, für die verbundenen Handlungen und Unterlassungen Verantwortung zu übernehmen und an der Überwindung der im südlichen Afrika noch immer spürbaren Auswirkungen

der Apartheid zu arbeiten. Die Kirchen sollten sich dabei an dem Grundsatz einer „wiederherstellenden Gerechtigkeit“ orientieren (restorative justice) und sich in besonderer Weise in der Überwindung der sozialen Probleme engagieren.

In seiner 2014 erschienenen und von der EKD mit unterstützten Autobiographie findet er dafür treffende Worte: „Viele Nutznießer der Apartheid erwarten, dass diejenigen, die zur Zeit des alten Systems unterdrückt wurden, einfach weiterleben, als wäre nichts geschehen. Auch manch christlicher Prediger spricht über Vergebung, als sei sie schnell, billig und einfach zu haben. Für die meisten Menschen ist Vergebung jedoch verlustreich, schmerzhaft und kompliziert. Diesen Predigern wäre es lieb, wenn wir uns an eine Theologie hielten, die ich Fahrrad-Theologie nenne. Ich stehe dein Fahrrad. Sechs Monate später komme ich zu dir und gebe es zu. ‚Ja, das tut mir sehr leid, dass ich dein Fahrrad gestohlen habe. Bitte vergib mir.‘ Und dann behalte ich das Fahrrad! Das Vergeben und das Heilen von Beziehungen erfordern die Rückgabe dessen, was gestohlen wurde.“¹

Die enttäuschenden Erfahrungen von Opfern der Apartheid wie z.B. die Khulumani-Support Group zeigen, dass auch 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid noch viel zu tun ist, um nicht nur Licht ins Dunkel der Vergangenheit zu bringen, sondern der Aufarbeitung der Vergangenheit auch Taten folgen zu lassen.

Praktisch alle wichtigen Akteure während der Apartheidzeit waren international vernetzt. Ohne die rassistischen Ideologien aus der Mitte des 20. Jahrhunderts ist die Entstehung der Apartheid nicht zu verstehen. Ohne die praktische politische Unterstützung durch westliche Regierungen im Zusammenhang des Ost-West-Konflikts hätte sich das Apartheidsystem nicht bis zum Anfang der 1990er Jahre halten können. Trotz aller regionalen Besonderheiten war die Apartheid politisch, wirtschaftlich und ideologisch ein globales Phänomen.

Das gilt auch für den Widerstand gegen die Apartheidherrschaft. Die Befreiungsbewegungen wie auch die Apartheidkritiker in Gesellschaft und

Kirche wurden durch große internationale Netzwerke unterstützt. In vielen Ländern war der Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern der Apartheid ein zentrales Feld der politischen Auseinandersetzung. Der Einfluss der Debatten auf den Umgang mit Rassismus und wirtschaftlicher Ausbeutung sind bis heute spürbar. Die politische Bedeutung, die die Menschenrechte heute besitzen, ist ohne die gesellschaftlichen Diskussionen zum Umgang mit der Apartheid kaum vorstellbar.

Michael Lapsley stellt seine Forderung nach Aufarbeitung der Apartheidzeit deshalb bewusst in einen globalen Kontext. Neben Regierungen und Wirtschaftsunternehmen sind nach seiner Überzeugung besonders die Kirchen gefragt, sich ihrer Verantwortung für die Apartheid zu stellen und an der Überwindung ihrer Auswirkungen mitzuarbeiten.

Dieser Wille zur Aufarbeitung der Unrechtsgeschichte ist in den Kirchen in Südafrika, Namibia und Deutschland schon seit vielen Jahren lebendig. Viele südafrikanische Kirchen haben sich den Fragen der Wahrheits- und Versöhnungskommission gestellt, deutsche Missionswerke haben ihre Schuld bei verschiedenen Gelegenheiten bekannt.

In der jüngsten Vergangenheit war es besonders der 100. Jahrestag des Kolonialkrieges und des Völkermordes in Namibia im Jahr 2004, der vielfältige Aktivitäten zu diesem Thema hervorrief. Die lutherischen Kirchen in Namibia riefen in engem Austausch mit der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Vereinten Evangelischen Mission einen Prozess ins Leben, in dem sich alle Bevölkerungsgruppen in Namibia mit der Geschichte während der Kolonialzeit auseinandergesetzt haben. Den Kirchen war dabei wichtig, dass die Debatte um den Umgang mit der Vergangenheit das Land nicht wieder spaltet, sondern einen Beitrag der Überwindung der Probleme leisten kann. Die Position der Kirchen war deshalb durch die folgenden Grundsätzen bestimmt, die besonders von den beiden Bischöfen Zephania Kameeta und Reinhard Keding immer wieder betont wurden:²

▪ *Die Perspektive der Befreiung:* Hass, Vergeltung und Rassentrennung sind seit der Unabhängigkeit Namibias im Jahr 1990 nach mehr als einem Jahrhundert des Kolonialismus und der Apartheid offiziell überwunden und sollen deshalb auch das Gedenken nicht bestimmen.

▪ *Die Abwehr von Opferkonstruktionen:* Stolz und Gestaltungskraft der Menschen in Namibia haben sich als stärker erwiesen als die Entwürdigung und Vernichtung durch den Kolonialismus.

▪ *Die Überwindung ethnischer und rassistischer Stereotypen:* Das Gedenken soll nicht dazu führen, die kolonialen Konstruktionen von „Rassen“, Völkern und Kulturen wiederzubeleben.

▪ *Die Übernahme von gemeinsamer Verantwortung für die Überwindung der immer noch spürbaren Auswirkungen des Kolonialismus:* Vor allem Bischof Reinhard Keding betonte in diesem Zusammenhang die Verpflichtung der Mitglieder der deutschsprachigen Minderheit in Namibia, an der Überwindung der bis heute spürbaren Auswirkungen des kolonialen Unrechts mitzuarbeiten.

In diesen Diskussionen wurde immer wieder deutlich, wie sehr die Entwicklungen im südlichen Afrika und in Deutschland während der Kolonialzeit miteinander verbunden waren. Auf Aufforderung der Vereinten Evangelischen Mission und der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland³ initiierte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahr 2007 deshalb einen Studienprozess, der eine unabhängige, wissenschaftliche und ergebnisoffene Darstellung der Rolle der Kirchen in den Kolonialsystemen im südlichen Afrika erarbeiten sollte. Die Initiative des Rates wurde von 14 Kirchen und Missionswerken aus Südafrika, Namibia und Deutschland aufgenommen. Wissenschaftler aus allen beteiligten Ländern waren an den Forschungsarbeiten beteiligt. Der Sammelband liefert eine Gesamtdarstellung der Entwicklung der von Kirchen und Missionswerken aus Deutschland geleisteten getragenen Auslandsar-

Fa. Michael Lapsley (Mitte) mit Bischof Gilbert Filter und OKR Klaus J. Burckhardt.



¹ „Mit den Narben der Apartheid“, Verlag Barbara Budrich, Opladen 2014, S. 155-156.

² Sammelband Deutsche evangelische Kirche im kolonialen südlichen Afrika. Die Rolle der Auslandsarbeit von den Anfängen bis in die 1920er Jahre, Wiesbaden 2011, S. 48-52.

³ Vgl. die epd Dokumentation „Versöhnungsarbeit im Schatten des Kolonialismus“ (Nr. 39/40 2004).

beit im südlichen Afrika und untersucht die Rolle der kirchlichen und missionarischen Akteure im kolonialen System. Die Ergebnisse wurden auf Tagungen in Hofgeismar⁴, Windhoek, Stellenbosch und Pretoria der Öffentlichkeit vorgestellt. Viele beteiligte Kirchen und Missionswerke benutzen das vorgelegte Material, um intensiv an der eigenen Geschichte zu arbeiten.

Seit seinen Anfängen war der Studienprozess auf Fortsetzung angelegt. Die Trägerversammlung hat am 30. September 2011 beschlossen, die Rolle der Kirchenbeziehungen zwischen Deutschland und dem südlichen Afrika während des National-

einander zugefügtes Leid Opfer und Täter miteinander verbindet. Das Gedenken darf diese vielfältigen Verletzungen nicht übergehen, sondern muss Orte schaffen, an denen Zorn und Enttäuschung artikuliert werden dürfen. Die Geschichte der Beziehungen zwischen dem südlichen Afrika und Deutschland lehrt, dass die Auseinandersetzung über die verschiedenen Probleme die Beziehungen zueinander nicht zerbrochen, sondern immer wieder intensiviert haben. Die Träger fordern die Autoren auf, gerade auch die schwierigen Abschnitte der Geschichte herauszuarbeiten, um so einen Beitrag zur Überwindung der Schwierigkeiten zu leisten, die die Kirchen bis heute voneinander trennen. Die Übernahme gemeinsamer Verantwortung für die Vergangenheit, wie sie im Rahmen des Studienprozesses geschieht, soll eine Situation herbeiführen, in der die Geschichte nicht mehr als Gegner erscheint, sondern in die Mitte der gemeinsamen Auseinandersetzung rückt.

Der Generalsekretär der trotz aller Verständigungsbemühungen bis heute noch immer praktisch rein weißen Niederländisch Reformierten Kirche, Kobus Gerber, formuliert diese Erwartungshaltung der Träger besonders eindrücklich: „Der Anspruch klinischer Objektivität an den Forschungsprozess wäre eine Illusion. Gute Geschichtsschreibung geht von individuellen Erfahrungen aus. Objektivität entsteht durch die verantwortliche Darstellung dieser Entwicklungen. ... Wenn wir mit unserer Geschichte umgehen wollen, müssen wir deshalb spezifisch sein. Wer verallgemeinernd von Menschen und Gruppierungen spricht, redet letztlich von niemandem. ... Nennt die Namen von Gruppierungen und Menschen.“⁵

Den Organisatoren des Studienprozesses ist es gelungen, 44 Autorinnen und Autoren für die Forschungsarbeit zu gewinnen. Sie beschäftigen sich mit den Auswirkungen des Kirchenkampfes auf die kirchliche Lage im südlichen Afrika, der Bedeutung des Christentums für die Entstehung der Apartheidideologie, dem kirchlichen Leben unter den Bedingungen des Apartheidstaates, den Diskussionen um Kirchengründungen und den kirch-

sozialismus und der Apartheidzeit zu erforschen. Alle Kirchen, die durch diese Geschichte miteinander verbunden sind, unterstützen die Forschungsarbeit und haben sich verpflichtet, sich der durch den Studienprozess hervorgerufenen öffentlichen Auseinandersetzung zu stellen. Im Trägerkreis des zweiten Studienprozesses sind 23 Kirchen und Missionswerke vertreten. Mit Blick auf die Bedeutung der reformierten Kirchen für die Entwicklung und Verteidigung, aber auch für den Widerstand gegen die Apartheid ist es sehr zu begrüßen, dass neben den lutherischen auch alle reformierten Kirchen in Südafrika und in Deutschland an dem Prozess beteiligt sind.

Den Trägern sind die Herausforderungen während der Apartheidzeit sehr bewusst. Die konfliktreichen Debatten sind nicht vergessen und beeinflussen die Entwicklungen in den einzelnen Kirchen und die Beziehungen untereinander bis auf den heutigen Tag. Es wächst die Erfahrung, dass

Die politische Bedeutung, die die Menschenrechte heute besitzen, ist ohne die gesellschaftlichen Diskussionen zum Umgang mit der Apartheid kaum vorstellbar.

⁴ Vgl. die epd Dokumentation „Deutsche evangelische Kirche im kolonialen südlichen Afrika“ (Nr. 10/11 2012).

⁵ Unveröffentlichter Vortrag auf der historischen Fachtagung des Studienprozesses in Wuppertal, 11.03.2014.



Bischof N. Phaswana, Leitender Bischof der Evangelical Lutheran Church in Southern Africa, auf der Tagung des 2. Studienprozesses in Wuppertal.

lichen Unabhängigkeitsbewegungen im Kontext der Entkolonialisierung Afrikas, der christliche Beitrag in den Befreiungskämpfen und den internationalen Auseinandersetzungen um den Umgang mit der Apartheid mit besonderer Perspektive auf die Debatten in der Bundesrepublik und der DDR.

Vom 11.-13. März 2013 tagten 70 Fachleute aus Kirchen, Missionswerken und Wissenschaft in Deutschland, Namibia und Südafrika in Wuppertal. Die Autorinnen und Autoren des Studienprozesses stellten die Ergebnisse ihrer Forschungen zur Diskussion. Die anwesenden Vertreter der Trägerkirchen beteiligten sich intensiv an der Diskussion. Wie bereits in der ersten Phase des Studienprozesses war es möglich, die problematischen Seiten der eigenen Geschichte kritisch zu diskutieren. Die engagierten Beiträge der Leitungspersonen der südafrikanischen und namibischen Kirchen bezeugen das im Zuge des ersten Studienprozesses gewachsene Vertrauen in die gemeinsame Arbeit.

2015 sollen die Forschungsergebnisse in einer deutsch-englischen Publikation dokumentiert und in drei Konferenzen in Berlin, Kapstadt und Soweto vorgestellt werden.

Beteiligt sind am 2. Studienprozess: Evangelische Kirche in Deutschland, Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands, Reformierter Bund in Deutschland, Evangelische Brüder-Unität – Herrnhuter Brüdergemeine, Evangelische Kirche im Rheinland, Evangelische Kirche von Westfalen, Evangelische Landeskirche Hannovers, Evangelisch-reformierte Kirche, Evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig, Lippische Landeskirche, Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Berliner Missionswerk, Evangelische Mission in Solidarität, Evangelisch-lutherisches Missionswerk in Niedersachsen, Vereinte Evangelische Mission, Evangelisch-Lutherische Kirche im Südlichen Afrika (ELKSA N-T), Evangelisch-Lutherische Kirche im Südlichen Afrika (ELKSA Kapkirche), Evangelisch-Lutherische Kirche in Namibia (ELKIN-DELK), Evangelical Lutheran Church in South Africa (ELCSA), Evangelical Lutheran Church in the Republic of Namibia (ELCRN), Evangelical Lutheran Church in Namibia (ELCIN), Uniting Reformed Church of Southern Africa (URCSA), Dutch Reformed Church (DRC).

Stiften Religionen Frieden oder schüren sie Konflikte?

Plädoyer für eine religionsübergreifende Zusammenarbeit

Dr. Detlef Görrig

„Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt. ... Deutsches Heer und deutsches Volk sind eins. Dieses Bewusstsein verbrüdert heute 70 Millionen Deutsche.“ Das sog. Manifest der 93, dem dieses Zitat entstammt, wurde im Herbst 1914 veröffentlicht. Den Aufruf führender deutscher Wissenschaftler unterzeichneten damals auch Theologen wie Adolf Deißmann, Adolf von Harnack, Adolf Schlatter und Reinhold Seeberg. Am Beginn des Ersten Weltkrieges, der sich in diesem Jahr zum 100. Mal jährt, waren auch für Theologie und Kirche die nationalen Bande wichtiger als die Verbindung zu den Glaubensgeschwistern in Europa und der Welt. Ökumenisches Bewusstsein und Friedensfähigkeit von Religion waren keine Werte, die mehrheitsfähig gewesen wären. Das christliche Einschwenken in die jeweiligen nationalen Lager in Europa war zwar nicht ursächlich für die militärische Auseinandersetzung, die in den kommenden Jahren Millionen Menschen das Leben kosten sollte, es hat aber eben auch nicht zur Entschärfung der Situation beigetragen. Die Frage also, ob Religionen Frieden stiften oder Konflikte schüren, lässt sich mit Blick auf den Ersten Weltkrieg nur uneindeutig beantworten: wenn auch nicht konfliktstiftend, so doch konfliktstützend, aber sicherlich nicht friedensfördernd.

Es ist ein langer Weg, der vom nationalen Geist vor 100 Jahren zur gegenwärtigen Situation führt. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) hat im südkoreanischen Busan im

November 2013 zum „Pilgerweg des Friedens und der Gerechtigkeit“ aufgerufen. Die Entwicklung der ökumenischen Bewegung sowie die Gründung des Ökumenischen Rates 1948 in Amsterdam sind nicht denkbar ohne die Erfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkrieges, dessen Beginn sich in diesem Jahr zum 75. Mal jährt. Religiös-nationale Alleingänge, wie es sie in der Geschichte immer wieder gegeben hat, könnten somit endgültig der Vergangenheit angehören, der übergreifende Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit als gemeinsames Band aller dem ÖRK zugehörigen Mitgliedskirchen gesehen werden. Der in Busan ausgerufene Pilgerweg ist in diesem Sinne ein deutliches, unüberhörbares Signal, sich zu Kirchen des gerechten Friedens zu verändern.

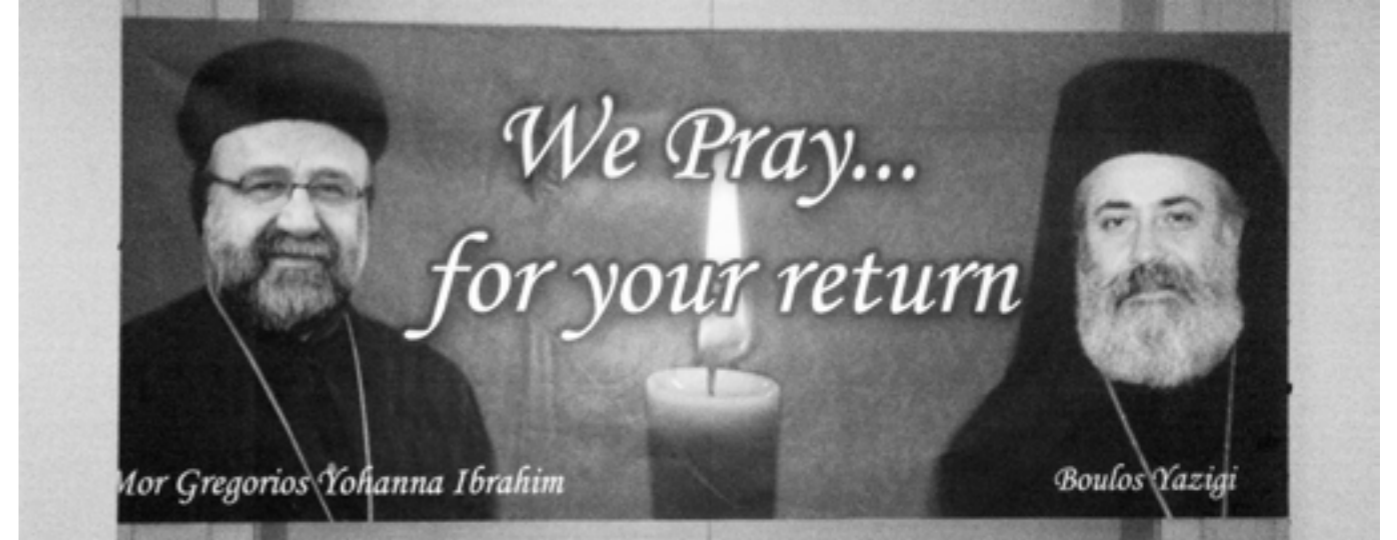
Die Frage nach der Friedensfähigkeit von Religionen stellt sich aber nicht nur für die christlichen Kirchen in der Welt, die mit ihren über zwei Milliarden Gläubigen weltweit zwar nach wie vor die größte Einzelreligion, aber bei weitem nicht den überwiegenden Teil der Menschheit stellen. Zur christlichen Friedensarbeit gehören deshalb auch der Kontakt und die Zusammenarbeit mit anderen. Bereits in der Charta Oecumenica der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) wurden der Dialog und die Kooperation mit anderen Religionen als ökumenische Selbstverpflichtung festgehalten. Gleichzeitig wird auch eine Absage an den Nationalismus erteilt. In den im April 2001 in Straßburg unterzeichneten Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa heißt es u. a.:

„Wir verpflichten uns, jeder Form von Nationalismus entgegenzutreten, die zur Unterdrückung anderer Völker und nationaler Minderheiten führt, und uns für gewaltfreie Lösungen einzusetzen.“

„Wir verpflichten uns, auf allen Ebenen den Dialog mit unseren jüdischen Geschwistern zu suchen und zu intensivieren.“

„Wir verpflichten uns, bei gemeinsamen Anliegen mit Muslimen zusammenzuarbeiten.“

„Wir verpflichten uns, jeder Form von Nationalismus entgegenzutreten, die zur Unterdrückung anderer Völker und nationaler Minderheiten führt, und uns für gewaltfreie Lösungen einzusetzen.“



Bei der Weltversammlung von Religions for Peace in Wien wurde auch der beiden seit April 2013 in Syrien entführten orthodoxen Erzbischöfe gedacht: Mor Gregorios Yohanna Ibrahim und Mor Boulos Yazigi. Metropolitan Gregorios ist Mitglied des World Council of Religions for Peace.

Entsprechende Kooperationsinitiativen gibt es auch Religionen übergreifend. Das internationale Netzwerk „Religions for Peace“ beispielsweise ist ein Forum, das seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Weltreligionen zum gemeinsamen Einsatz für Frieden in unterschiedlichen Regionen dieser Welt zusammenbringt. Auf der Vollversammlung im November 2013 versammelten sich über 600 Delegierte in Wien zum Thema „Welcoming the Other: A Multi-Religious Vision of Peace“. Dabei wurde die Haltung, andere willkommen zu heißen, als Gemeinsamkeit der je unterschiedlichen religiösen Traditionen und als ein wesentliches Element zur Verwirklichung des Friedens identifiziert. Als „Anderer“ wurde der Fremde, der Mensch mit einer anderen Kultur, Glaubenstradition oder Nationalität bezeichnet bzw. der aufgrund seines Geschlechtes, seiner Hautfarbe, seiner Kaste oder durch Armut, körperlichen oder geistigen Zustand Benachteiligte. „Willkommen heißen“ meint dabei nicht nur „tolerieren“, sondern es bedeutet, die gemeinsamen Werte zu verbreiten, sich für die Beseitigung der Diskriminierung bei Staaten und nichtstaatlichen Akteuren, in der Zivilgesellschaft und in Religionsgemeinschaften, bei Leitenden und Einzelpersonen stark zu machen, sich für verwundbare Gruppen und Einzelne einzusetzen und sich multireligiös zu vernetzen. Es wurde dabei an eine Reihe deeskalierender religiöser Lehren erinnert, die sich in den verschiedenen Glaubenstraditionen finden. Dazu zählen etwa Empfehlungen zum freiwilligen Verzicht, die Bereitschaft zum Opfer zugunsten anderer, die Haltung, Schlechtes mit Gutem zu vergelten, das Unvergebbare zu vergeben oder selbst dem Feind mit Barmherzigkeit und Liebe zu begegnen.

Die seit 1970 neunte Vollversammlung zeigte und bestätigte einmal mehr, dass in den religiösen Traditionen der Religionen genügend Schätze, Er-

fahrungswissen und Know-how vorhanden sind, um sie zum Wohle der Menschen und des menschlichen Miteinanders in Anwendung zu bringen. In allen großen Schriftreligionen finden sich Überlieferungen zur Herstellung des inneren und äußeren Friedens aufbewahrt, z.T. jahrtausendealtes Wissen über die Mechanismen zwischenmenschlicher Konflikte rund um Nahrung, Eigentum, Familie, Sexualität, Macht und Erfolg sowie Regeln, Gebote und Ermahnungen zur Vermeidung, Entschärfung oder Überwindung von Gewalt.

Die international und interreligiös besetzte Versammlung in Wien befasste sich in vier Arbeitsgruppen eingehender mit Themen, die als Teilaspekte und Konkretisierungen des Gesamthemas gesehen wurden: Konfliktprävention und Transformation (I), gerechte und harmonische Gesellschaften (II), Entwicklung und Klimaschutz (III) sowie religiöse und multireligiöse Bildung (IV). Die Frage, ob Religionen friedensstiftend sein können, ist immer auch eine Frage nach ihrer Lernfähigkeit in geschichtlich sich wandelnden Zeiten und komplexen sozialen, kulturellen und ökonomischen Konstellationen.

Der explizite und religiös begründete Wille zum Frieden und zur Kooperation über die eigene religiöse Gemeinschaft hinaus ist eine wesentliche Voraussetzung. Ihn durchzuhalten, auch durch Widrigkeiten und Widerstände hindurch, ist die Herausforderung, der es zu begegnen gilt. Ein Einschwenken in religiös nationale Lager – wie zu Zeiten des Ersten Weltkrieges – kann dadurch vielleicht in Zukunft verhindert werden. Als friedensstiftend hat sich dieser Weg nämlich nicht erwiesen. Wenn Religionen heute nicht konfliktstiftend oder -stützend sein wollen, bleibt ihnen ein anderer Weg: der der mutigen und phantasievollen Zusammenarbeit – über nationale, konfessionelle und religiöse Grenzen hinweg.

ElanDe: Deutsch-Griechischer Freiwilligenaustausch



René Lammer
Pfarrer in Athen

Das ElanDe-Team aus Deutschland.

6. Dezember 2012. Nikolaustag. Nach Athen kommt eine Delegation diakonischer Einrichtungen unter der Leitung des damaligen Präsidenten der Freien Wohlfahrtspflege, Johannes Stockmeyer, und des Parlamentarischen Staatssekretärs Hans-Joachim Fuchtel. Sie kommen ohne Rute und gefüllten Sack, aber mit der guten Absicht, dem gebeutelten Griechenland in schwerer Krise zu helfen. Es geht vor allem um „Know-how-Transfer“. Wir besichtigen zur Bestandsaufnahme soziale Einrichtungen der orthodoxen Kirche und auch das Altersheim, das unserer deutschsprachigen evangelischen Kirche nahesteht.

Schließlich trifft man sich beim Erzbischof. Die Atmosphäre ist freundlich, aber nicht spannungslos. Das Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche fragt, ob man denn ein europäisches Deutschland wolle oder ein deutsches Europa. In dem Moment wird mir klar, dass ein einseitiger Know-how-Transfer von Nord nach Süd wahrscheinlich keine so gute Idee ist. Was wir brauchen, ist ein Austausch auf Augenhöhe. Geben und Nehmen muss auf Gegenseitigkeit beruhen. Und so keimt in diesem Moment der Gedanke für ein neues Projekt: *ElanDe*. Jetzt geht dieses Projekt in das zweite Jahr. Die ersten - überaus erfreulichen - Erfahrungen sind gesammelt, die ersten Frustrationen natürlich auch. Aber

das, was sich entwickelt hat, gibt Lust auf mehr.

Was ist *ElanDe*? *ElanDe* ist ein Freiwilligenaustauschprogramm. Zehn Jugendliche aus Deutschland kommen nach Athen und arbeiten für ein Jahr in den sozialdiakonischen Einrichtungen von Apostoli, dem Hilfswerk der Orthodoxen Kirche. Sie helfen Alten und Behinderten, sie kümmern sich um minderjährige Migranten, sie teilen Lebensmittel aus an Bedürftige. Und außerdem leben und wohnen sie zusammen in Gebäuden unserer Kirche, lernen Griechisch und entdecken eine fremde Kultur. Und: Sie sammeln Erfahrungen, von denen sie ein Leben lang zehren werden. Auf der anderen Seite sollen zehn griechische Jugendliche nach Deutschland geschickt werden, um hier ebenfalls in diakonischen Einrichtungen zu arbeiten. Im ersten Jahr haben sich zwei gemeldet, dieses Jahr haben sich schon fünf auf den Weg gemacht. Die Freiwilligenkultur ist in Griechenland noch längst nicht so stark verankert wie in Deutschland, aber das Bewusstsein dafür wächst. Und wir sind überzeugt: Ebenso wie unsere deutschen Jugendlichen von der Begegnung mit dem Fremden profitieren, werden es auch die griechischen Freiwilligen tun. Und ganz nebenbei werden dann die dümmsten Vorurteile abgebaut, die Wahrnehmungen differenzieren sich und Menschen kommen einander näher.

Näher sind sich übrigens auch die orthodoxe und unsere evangelische Kirche gekommen. *ElanDe* ist das erste offizielle gemeinsame Projekt. Die Not bedürftiger Menschen führt uns zum gemeinsamen Handeln. Das schafft Vertrauen, weitere Schritte können nun folgen.

Und schließlich: Die jungen Leute haben auch in unsere betagte Gemeinde einen wunderbar frischen Wind hineingebracht. Sie nehmen an Veranstaltungen teil, gestalten Gottesdienste, helfen beim Weihnachtsbasar, kümmern sich um Migranten - und: sie vertilgen beim Gemeindegesprächskreis erstaunliche Mengen an Kuchen, was die Kuchenbäckerinnen freut und alle zur Überzeugung führt: Hier haben wir es mit einem echten „win-win“-Projekt zu tun.

Auf dem Weg zum Reformationsjubiläum 2017

Internationaler Ökumenischer Kongress der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes

Henning Kiene / Michael Schneider

240 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 35 Ländern in fünf Kontinenten tagten vom 6. bis 10. Oktober 2013 zum Reformationsjubiläum 2017. Die Bedeutung der Reformation für die Kirchen und ihre grundsätzliche Gestaltungskraft auch in der säkularen Gesellschaft wurden intensiv herausgearbeitet. Der Internationale Ökumenische Kongress (IÖK) zum Reformationsjubiläum 2017 wurde vom Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) partnerschaftlich vorbereitet und durchgeführt. Im September 2014 erschien ein Tagungsband, der die Beratungen der Öffentlichkeit vorlegt.

Die Evangelische Kirche in Deutschland erkannte die internationale Ausrichtung und den ökumenischen Charakter des Reformationsjubiläums 2017 als wesentliche Voraussetzung für die Feierlichkeiten im 21. Jahrhundert. Über einen gemeinsamen Kongress wurde bereits im Frühjahr 2012 bei einer Begegnung des Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider (EKD) und Gottfried Locher (SEK) nachgedacht. Schon im Herbst 2012 wurde von den Gremien der EKD und des SEK ein internationaler Kongress beschlossen. Damit haben der SEK und die EKD bekräftigt, dass die 1973 auf dem Hügel von Leuenberg bei Basel zwischen den protestantischen Familien abgeschlossene theologi-

Eröffnungsgottesdienst im Grossmünster zu Zürich.



sche Vereinbarung, die unter dem Titel „Leuenberger Konkordie“ bekannt ist, eine neue überkonfessionelle und innerprotestantische Dimension erreicht hat. Das Reformationsjubiläum 2017 wird sich im Lichte der Leuenberger Konkordie von allen anderen Jubiläumsfeiern unterscheiden.

Die Auswahl des Veranstaltungsortes fiel auf Zürich. Schon in der Planungsphase stellten die Kooperationspartner den Kongress in einen weltweiten Horizont. „Wir wollen voneinander wahrnehmen, welche Wurzeln unsere reformatorischen Kirchen haben, welche Gegenwart sie gestalten, welche Hoffnung sie leiten. Wir wollen voneinander erfahren, welche theologischen Einsichten uns besonders wichtig sind und welche Unterschiede unseren gemeinsamen Reichtum ausmachen. Wir wollen in unserer Vielfaltigkeit und mit unserer Vielstimmigkeit nach gemeinsamen Formulierungen für den Kern des Reformationsereignisses suchen, das vor 500 Jahren von Zürich, Wittenberg und vielen Orten ausging. Damit Christusgeschichte als Befreiungsgeschichte auch für heutige Menschen und für unsere Welt Bedeutung gewinnen“, eröffnete der Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider den Kongress.

Führende Vertreter und Vertreterinnen lutherischer, reformierter, unierter, anglikanischer, orthodoxer und katholischer Kirchen traten in einen dreitägigen Austausch. Sie konzentrierten sich auf eine Grundspannung des Protestantismus: Wie tragen die Vorbereitungen auf das 500-jährige Reformationsjubiläum der Vielgestaltigkeit der Reformation Rechnung? Und wie werden zugleich die gemeinsamen Grundlinien, die die Reformation verbinden, sichtbar? Diese innerprotestantische Thematik wurde schon während der Tagung in den ökumenischen Horizont gestellt. Der Einleitungsvortrag von Rowan Williams, ehem. Erzbischof von Canterbury, und der Abschlussvortrag von Kardinal Kurt Koch setzten ökumenische Orientierungspunkte. Beide Vorträge markierten den Hauptunterschied zu allen anderen Jahrhundertfeierlichkeiten: Das Reformationsjubiläum 2017 ist das erste Jubiläum im Zeitalter der Ökumene. Der



Prof. Dr. Margot Käßmann, Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017, im Gespräch mit Gottfried Locher, Präsident des SEK.

ökumenische Kontext spitzte die Frage der innerprotestantischen Verständigung über die Frage „Was feiern wir 2017?“ noch einmal zu.

In drei Schritten folgten die Teilnehmenden zunächst der Suche nach „gemeinsamen Wurzeln und Themen der Reformation“, um sich dann deren theologischer Grundlegung zu widmen. In einem letzten Schritt ging es um die Bedeutung und Verantwortung, die mit dem Reformationsjubiläum verbunden ist, um das „Evangelische Zeugnis heute“. In Vorträgen und Workshops stellte sich heraus, dass das Reformationsjubiläum 2017 den gesamten Protestantismus verbindet. Als Symboldatum wird 2017 die protestantischen Kirchen bewegen und soll seine Gestaltungskraft entfalten in den Gesellschaften, in denen der Protestantismus lebt. Schon am ersten Tag des Kongresses erwiesen sich die „vier soli“ als die geistliche Mitte, die die Konferenzteilnehmenden verbindet: solus Christus, sola gratia, sola fide, sola scriptura. Der Abendmahlsgottesdienst im Grossmünster zu Zürich machte eindrücklich deutlich, wie nah sich die Kirchen der Reformation im 21. Jahrhundert gekommen sind.

Auf diesem Hintergrund werden einige Fragen beraten:

- Worin besteht die Reformation?
- Wem gehört die Reformation?
- Wer hat sie gemacht, wer hat sie bekämpft?

- Wie kommen Sorgen und Fragen unserer Zeitgenossen in den Blick?
- Wie kommen die „dunklen Seiten der Reformation“ angemessen zur Sprache?
- Woran wollen wir uns erinnern, und was wollen wir eigentlich feiern?
- Wieweit betrifft die Reformation die Kirchen und die Welt noch heute?

Im Lauf dieses Kongresses nahmen die Teilnehmenden eine Standortbestimmung zu den genannten Fragen vor. Es stellte sich heraus, dass die Reformation in erster Linie nicht nur über die Wirksamkeit von Luther in Deutschland oder von Zwingli oder Calvin in der Schweiz definiert wird, so bedeutend und entscheidend das Wirken dieser Persönlichkeiten auch sein mag. Die Reformation wird vielmehr als eine europäische und vielfältige Bewegung verstanden. Die Ursprünge der Reformation reichen auch in frühere Jahrhunderte zurück. Neben dieser Suche nach den Wurzeln der Reformation ist vor allem der Aspekt des aktuellen Kontextes der weltweiten Christenheit neu zu betrachten: Die Kirchen erleben auf der einen Seite eine Verweltlichung und ein Abbröckeln, auf der anderen Seite jedoch wachsen Kirchen, besonders die Kirchen mit fundamentalistischen Tendenzen. Während des Kongresses wurden auch die Errungenschaften der unterschiedlichen ökumenischen Dialoge und die globalen Fragestellungen zur Zukunft der Erde neu gewürdigt und als Themen für das Reformationsjubiläum eingebracht.

2017 spürt die Botschaft der Befreiung auf, wie sie neu wiederentdeckt wurde. Die Kirchen der Reformation werden die damaligen Entdeckungen für die Gegenwart neu interpretieren wollen. Die Kurzformel des Kongresses erwies sich als ebenso einfach wie auch belastbar: Wenn 2017 ein Jubiläum und ein Fest sein soll, dann kann es nur ein Fest des Evangeliums und nur ein Fest für Jesus Christus sein.

Trotz des intensiven theologischen und historischen Beratungsbedarfs konnten viele Teilnehmende die praktischen Fragen nach Formen und Veranstaltungen, die für das Jubiläum gewählt wer-



Das Vorbereitungsteam mit den Stewards aus Deutschland und der Schweiz.

den, bereits beantworten. Von den Projekten des Lutherischen Weltbundes bis zu Aktionen der Evangelisch-lutherischen Kirche in Italien sind die ersten Dimensionen, die das Jubiläum Kirchen und der säkularen Gesellschaft eröffnet, bereits konturiert. Die Einladung zu einer Weltausstellung der Reformation nach Wittenberg wurde von staatlichen und kirchlichen Akteuren aus Deutschland angekündigt.

Neben zahlreichen Workshops, Diskussionen und Präsentationen wurde auch in den Ausstellungen auf dem Veranstaltungsgelände sowie in Begleitveranstaltungen erlebbar, dass der Reichtum und die Vielfalt des protestantischen Glaubens die evangelische Christenheit zur Weltkirche verbindet. Margot Käßmann, Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017, resümierte, durch „die vielfältige und intensive Begegnung der vergangenen Tage in Zürich haben die Vorbereitungen für das Reformationsjubiläum entscheidende Ermutigung und Stärkung erfahren. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns gelingt, 2017 in Wittenberg und auf der ganzen Welt ein besonderes Jubiläum zu feiern.“

Die Texte des Berichtsbandes bieten für die weitere Vorbereitungsarbeit verlässliche Orientierungspunkte an. Alle, die sich auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene darauf vorbereiten, können nachlesen, dass und wie sich 500 Jahre Reformation feiern lassen: Ohne Triumph oder falsche Scham, ohne Polemik gegen andere Konfessionen und im Geiste der gelebten Ökumene soll 2017 ein Meilenstein auf dem Weg der Reformation sein.

Das Buch folgt dabei der inneren Logik des Kongresses:

- In einem ersten Teil werden die theologischen Grundlagen der Reformation vertieft. Besonderes Augenmerk gilt der Frage, was die Reformation wirklich Neues gebracht hat und wie weit sie selber eine Frucht der damaligen Zeitverhältnisse darstellt.

- In einem zweiten Teil befasst sich der Band mit den möglichen Inhalten und Grenzen, die sich für die Feier des Reformationsjubiläums 2017 auf-tun: Welche Gemeinsamkeiten bestehen beispielsweise zwischen der Situation in Deutschland und in China? Wie wird die Botschaft eines Jubiläums beispielsweise in den afrikanischen Kirchen verstanden?

- Schließlich enthält der Band Bewertungen des Kongresses und Rückblicke, insbesondere aus Sicht der Freikirchen bzw. der Kirchen, die aus der ursprünglichen Reformation entstanden sind.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Mit dem Kongress wurde ein Doppelpunkt gesetzt. Die protestantischen Kirchen haben sich auf den Weg zum Reformationsjubiläum 2017 begeben und laden ein, es weltweit und ökumenisch zu feiern. Neben den zahlreichen persönlichen Begegnungen, die schon während des Kongresses einen Vorschmack auf das Reformationsjubiläum gaben, ließen Gottesdienst und Bibelarbeiten, Mittagsgebete und kurze geistliche Impulse erkennen: Die Reformation nimmt in unterschiedlichen Dimensionen ihren Fortgang.

Hintergrundinformationen und Foren auf den Homepages von SEK und EKD regen zu weiteren Dialogen an: www.ref-500.ch, www.luther2017.de, www.freiheit2017.de

10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan

Martin Pühn

„Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden!“ Diese Worte bestimmten die 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) vom 28. Oktober bis 8. November 2013 in der südkoreanischen Hafenstadt Busan. „Gott des Lebens“, dieser Satz ist eine betende Hinwendung zu Gott und eine Bitte um Wegweisung für die Gemeinschaft der im Ökumenischen Rat vertretenen 345 Kirchen mit ihren rund 500 Millionen Mitgliedern.

Die Vollversammlung war zugleich geprägt von ihrem Tagungsort, der Wirtschaftsmetropole Busan am südöstlichen Ende der koreanischen Halbinsel mit ihren 3,7 Millionen Einwohnern, in deren hochmodernem Messezentrum Bexco die Vollversammlung weitgehend stattfand. Nach über 200-jähriger Präsenz der römisch-katholischen Kirche und etwa 130 Jahren protestantischer Mission zeigt das heutige Christentum in Südkorea eine große Vielfalt und ist neben dem Buddhismus die prägende religiöse Kraft im Land. Vorsitzender des gastgebenden koreanischen Organisationskomitees war Kim Sam Whan, dessen Myung-Sung-Gemeinde in Seoul nach eigenen Angaben die größte presbyterianische Gemeinde im Land ist, deren sonntägliche Gottesdienste regelmäßig von etwa 40.000 Menschen gefeiert werden. Der Begegnung mit den koreanischen Kirchen diente das in der Zeit der Vollversammlung liegende Wochen-

ende, an dem auch die politische Wirklichkeit der zwischen Süd- und Nordkorea geteilten Halbinsel im wahrsten Sinne des Wortes erfahrbar wurde. Denn es wurden verschiedene Exkursionen angeboten, unter anderem eine Fahrt nach Seoul und ein anschließender Pilgerweg in der entmilitarisierten Zone zwischen den beiden koreanischen Staaten. Am Samstagabend veranstaltete die Myung-Sung-Gemeinde in Seoul ein großes Abendessen für die mehreren Hundert Gäste, gefolgt von einem koreanischen Kulturabend, in dessen Verlauf unter anderem ein Musical aufgeführt wurde, das die politische Geschichte des koreanischen Volkes und die Geschichte des Christentums in Korea vor Augen führte.

Eine Begegnung mit Kirchen aus Nordkorea war im Verlauf der Vollversammlung leider nicht möglich, immerhin konnte der nordkoreanische Kirchenrat eine Botschaft senden. Unüberwindlich war die nordkoreanische Grenze auch für den „Peace Train“. Dieser war in Berlin gestartet, um die Botschaft des Friedens über die ganze Strecke nach Korea zu tragen, durfte jedoch leider den nordkoreanischen Teil der Halbinsel nicht passieren.

Eine Vollversammlung des ÖRK vereint immer verschiedene Funktionen in sich. Sie ist in erster Linie sichtbarer Ausdruck und Vollzug der Gemeinschaft der Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates und damit immer auch eine Zeit gemeinsamer Andacht und des Gebets, jeweils geprägt von der spezifischen Tradition einer der im ÖRK vertretenen konfessionellen Familien. Einen festen Bezugspunkt im Tagesablauf bilden immer auch die täglichen Bibelarbeiten in größeren und kleineren Gruppen, bei denen die Teilnehmenden je verschiedene Leseweisen der Bibel sowie ihre konfessionelle und spirituelle Prägung ins Gespräch bringen. Auf sechs großen Plenarsitzungen wurde das Thema der Vollversammlung entfaltet. Eine kontinuierliche inhaltliche Arbeit ermöglichten die jeweils mehrmals tagenden „Ecumenical Conversations“, die ökumenischen Gespräche in festen Gruppen, bei denen einzelne Themen vertieft

Von links:
Martin Junge, LWB-
Generalsekretär,
Setri Nyomi, WCRC-
Generalsekretär,
und Konrad Raiser,
ehemaliger ÖRK-
Generalsekretär, in
Busan.



Blick auf die
Hafenstadt Busan.



behandelt wurden. Darüber hinaus gehörten zum Programmablauf verschiedene Workshops, konfessionelle und regionale Treffen, Sitzungen zur Verabschiedung von öffentlichen Erklärungen, theologischen Dokumenten und Botschaften ebenso wie zu Verfassungsfragen und zur Durchführung von Wahlen.

Neu gewählt wurde unter anderem ein neuer Zentralausschuss, zu dessen 150 Mitgliedern folgende Personen aus dem Bereich der EKD gehören: die Bischöfin für Ökumene und Auslandsarbeit Petra Bosse-Huber, die auch ins Exekutivkomitee gewählt wurde, Bischof Martin Hein aus der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, die badische Ökumenepfarrerin Anne Heitmann, die mitteldeutsche Synodale Judith Königsdörfer und die rheinische Jugenddelegierte Schulamit Kriener.

Zur neuen Vorsitzenden des Zentralausschusses wurde in Busan die kenianische Anglikanerin Dr. Agnes Abuom gewählt. Ihre Stellvertretung übernehmen als Vize-Vorsitzende die methodistische Bischöfin Mary Ann Swenson aus den USA sowie Metropolit Gennadios von Sassima vom Ökumenischen Patriarchat, der diese Position bereits in der vergangenen Legislaturperiode bekleidete. Unter den acht Präsidentinnen und Präsidenten vertritt der lutherische Erzbischof Anders Wejryd aus Schweden die europäische Region.

Die offizielle Botschaft der 10. Vollversammlung lädt Kirchen und Einzelne ein, in den kommenden Jahren gemeinsam unterwegs zu sein auf einem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens. Dieser nimmt auf, was im konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung erarbeitet wurde, beinhaltet jedoch eine neue Perspektive, die sich besonders gut im Englischen andeuten lässt: Nicht – wie gelegentlich geschrieben wird – eine „Pilgrimage for Justice and Peace“ ist gemeint, sondern eine „Pilgrimage of Justice and Peace“. Gerechtigkeit und Frieden sind somit nicht Ziel des Weges, sondern dessen Qualität und Praxis, sie sind die Haltung, die alles durchdringt und verändert. Dass diese Perspektive grundlegend ist, zeigt sich wiederum in den verschiedenen Dokumenten und Erklärungen der Vollversammlung, die letztlich alle ausgehen vom Glauben an die Wirksamkeit des Dreieinigigen Gottes, der selbst das Leben ist, es schenkt, erhält und durchdringt und die Kirchen durch das Wirken des Heiligen Geistes in diese Dynamik hineinnimmt. In diesem Sinne verstehen sich die Kirchen als eine Gemeinschaft, die nicht nur zusammensteht, sondern auch gemeinsam unterwegs ist und die Einladung Gottes annimmt, sich dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens anzuschließen in Freude, Demut, gegenseitiger Verpflichtung und im Gebet: „Gott des Lebens, mach uns zu lebendigen Werkzeugen deiner Gerechtigkeit und deines Friedens.“

Besuch des Ökumenischen Patriarchen im Berliner Dom

Der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider überreicht dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. das „Wörterbuch“ zu den bilateralen Dialogen der EKD mit orthodoxen Kirchen.



Dr. Martin Illert

Im Rahmen seiner Pastoralreise zu den Gemeinden der Griechisch-Orthodoxen Metropole Deutschland war der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. am 14. Mai 2014 auch Gast der EKD. Im Berliner Dom hielt Bartholomaios auf Einladung des Rates der EKD einen Vortrag zum Thema „Nachhaltigkeit und Lob des Schöpfers. Plädoyer für eine ökologische Ethik aus orthodoxer Sicht“. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Nikolaus Schneider, würdigte Bartholomaios in seiner Begrüßungsansprache als „einen der bedeutendsten ökumenischen Impulsgeber“ in diesen Fragen. Im Anschluss an den Vortrag des Patriarchen lud die EKD die rund 400 Besucherinnen und Besucher im Dom zu einem Empfang zu Ehren des in Istanbul residierenden Oberhauptes der weltweit über 300 Millionen orthodoxen Christen ein.

Der Ratsvorsitzende betonte, dass das Engagement für die Bewahrung der Schöpfung die Konfessionen übergreift. Der Ökumenische Patriarch habe die Christen immer wieder daran erinnert, dass ein nachhaltiger Umgang mit der Schöpfung eine unverzichtbare Form des Gotteslobes darstellt, hob Schneider weiter hervor. Bartholomaios, der vom damaligen US-Vizepräsidenten Al Gore bei einem Amerika-Besuch einmal als „the green patriarch“ bezeichnet worden war, stellte heraus, gute Haushalterschaft bedeute, die Gaben der Schöpfung zu pflegen, anstatt sie rücksichtslos auszubeuten. Der EKD-Ratsvorsitzende erinnerte aus Anlass des Besuches von Bartholo-

maios auch an den seit 1969 geführten Theologischen Dialog mit dem Ökumenischen Patriarchat und an die zentrale Rolle, die die 1963 gegründete Griechische Metropole von Zentraleuropa in diesen Gesprächen spielt. In diesen Gesprächen, die in drei bis vierjährigem Turnus abwechselnd vom Ökumenischen Patriarchat und von der EKD ausgerichtet werden, und deren nächstes zum Thema „Das Bild Christi in evangelischer und orthodoxer Frömmigkeit“ im Sommer 2015 unter der Leitung von Bischöfin Petra Bosse-Huber und Metropoliten Augoustinos in Hamburg stattfinden wird, hatte das Thema der Bewahrung der Schöpfung schon früh neben den Themen der Diakonie und der europäischen Integration eine wichtige Rolle gespielt.

Mit Blick auf die Türkei und deren Beitrittsverhandlungen mit der europäischen Union unterstrich Schneider zudem die Bedeutung des Themas „Religionsfreiheit“ und die Entfaltungsmöglichkeiten kirchlichen Lebens ebendort. Dass dem Ökumenischen Patriarchat nach wie vor die Möglichkeit der Priesterausbildung in der Türkei verwehrt sei, betrachte die EKD mit großer Sorge.

Bei einem gemeinsamen Abendessen des Patriarchen und seiner Delegation mit dem Ratsvorsitzenden, der Präses, Mitgliedern des Rates und der Dialogkommission im Anschluss an den Vortrag lud der Ratsvorsitzende den Patriarchen ein, an den Feierlichkeiten des 500. Reformationsjubiläums als ein herausragender ökumenischer Gast der EKD teilzunehmen. Zur großen Freude der evangelischen Gastgeber nahm der Patriarch diese Einladung spontan *sub conditione Iacobaea* an.

Als Dank für seinen Vortrag im Berliner Dom überreichte Schneider dem Patriarchen ein aus Anlass seines Deutschlandbesuches erschenenes „Wörterbuch“, in dem die wichtigsten Übereinstimmungen aus den Theologischen Dialogen zwischen der EKD und den orthodoxen Kirchen festgehalten sind. Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Orthodoxie aktuell“ würdigte den Abend als „bemerkenswerte Annäherung zwischen Protestantismus und Orthodoxie“.

Auslandspfarrkonferenz in Berlin-Spandau



Gruppenfoto nach der Morgenandacht.

Friederike Deeg

Beinahe zeitgleich mit der erfolgreichen deutschen Fußballmannschaft landeten am 15.7.2014 sechshundachtzig Pfarrern und Pfarrerinnen aus den deutschsprachigen Gemeinden weltweit in Berlin. Dort trafen sie sich zur Auslandspfarrkonferenz (APK) im Johannesstift in Berlin-Spandau. Nach dem feierlichen Eröffnungsgottesdienst mit Bischöfin Bosse-Huber war vier Tage lang Zeit zum Hören von Vorträgen, zum engagierten Diskutieren, zur Arbeit in Workshops, zur kollegialen Beratung und zum Feiern von Andachten, in denen die unterschiedlichen Realitäten der entsandten Pfarrern und Pfarrer lebendig wurden. Die Teilnehmenden wurden in Gedanken durch die verschiedenen Zonen des besetzten Hebron mitgenommen. Sie kamen ins Nachdenken darüber, warum Wahrheit in Asien ganz anders verstanden werden kann, als die europäischen „Langnasen“ es sonst tun. Sie hörten, was das Erdbeben von Lissabon im 18. Jahrhundert mit der Gründung

der deutschsprachigen evangelischen Gemeinde dort zu tun hatte.

Thematisch hat sich die Konferenz der Rolle von Kirche gewidmet, die sie bei der Transformation der Gesellschaft spielen kann. Am ersten Tag lag der Fokus auf der Diskussion um den gerechten Frieden. Prof. Dr. Michael Haspel stellte das Konzept des gerechten Friedens als friedensethisches Leitbild der EKD dar. Er betonte, dass zur Erhaltung des Rechts manchmal Gewalt als ultima ratio nötig sei. Es sei aber unabdingbar, genaue Kriterien für den Einsatz von Gewalt zu haben. Demgegenüber hob Prof. Dr. Konrad Raiser die Notwendigkeit hervor, aktiv Frieden zu schaffen und nicht nur auf Gewalt zu reagieren. Vorhandene Konflikte sollten gewaltfrei transformiert werden. Dabei beschreibe gerechter Friede aus der Perspektive des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) keinen Zustand, sondern einen Weg, auf dem die Kirchen beständig weitergehen müssten. Sie täten das im Vertrauen darauf, dass Gott vollendet, was sie beginnen. Auf dem Hintergrund der



Vielstimmiger Gesang zwischen den Vorträgen.

unterschiedlichen Erfahrungen der Pfarrerinnen und Pfarrer an ihren Entsendungsorten wurden die beiden Konzepte dann diskutiert. Was bedeutet gerechter Friede in einem Land wie Venezuela, wo die unterschiedlichen politischen Lager den Begriff Gerechtigkeit ganz unterschiedlich füllen? Welche Bedeutung haben friedensethische Diskussionen in afrikanischen Ländern, wo sich die Frage nach Gerechtigkeit unmittelbar in den Vordergrund drängt? Auch der Gedanke des „Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens“, der bei der Vollversammlung des ÖRK in Busan zentral war, kam zur Sprache. Er wurde nachmittags in Kleingruppen im Blick darauf konkretisiert, was deutschsprachige Gemeinden weltweit für Gerechtigkeit und Frieden tun können oder bereits tun.

An diese Überlegungen schlossen sich die Vorträge zum Thema „lebensdienliches Wirtschaften“ organisch an. Prof. Dr. Edward Skidelsky sprach sich für Eigentum als ethisches Konzept aus. Jeder Mensch brauche Eigentum, um eine gewisse Unabhängigkeit und Wahlfreiheit zu haben. Für die gerechte Verteilung des Eigentums müsse der Staat sorgen, etwa in Form eines steuerfinanzierten Grundeinkommens. Prof. Dr. Traugott Jähnichen fragte in seinem Vortrag nach christlichen Impulsen für eine Moralisierung der Märkte. Die grenzenlosen Interessen und Bedürfnisse des Men-



Von links: Prof. Dr. Traugott Jähnichen, Prof. Dr. Edward Skidelsky, OKR Klaus J. Burckhardt.

schen würden zu einem ökonomischen Wachstumswang führen. Sie könnten aber einerseits durch kritische Konsumentengruppen, andererseits durch von der Politik gestaltete Rahmenordnungen eine heilsame Begrenzung erfahren. Auch diese philosophischen und theologischen Überlegungen wurden auf dem globalen Hintergrund im Plenum diskutiert und in Kleingruppen vertieft.

Nicht zuletzt bot die Konferenz den Pfarrerinnen und Pfarrern die Möglichkeit, einen Entwurf für eine kirchengesetzliche Verankerung der Mitbestimmung der Auslandspfarrerinnen und -pfarrer zu erarbeiten. Damit sollen in Zukunft offizielle Regelungen dafür bestehen, wie die Pfarrerinnen und Pfarrer ihre Anliegen gebündelt gegenüber dem Kirchenamt der EKD vertreten können. Der Entwurf muss nun in die zuständigen Gremien der EKD eingebracht werden. Schon jetzt gibt es das nicht gesetzlich verankerte Amt des Vertrauenspfarrers bzw. der Vertrauenspfarrerin für alle Entsandten weltweit: Pfarrerin Gesine Beck aus Paris und Pfarrer Marc Reusch aus Mexiko wurden dafür gewählt. Unabhängig davon gibt es zusätzlich regionale Vertrauenspfarrerinnen und -pfarrer.

Den feierlichen Abschluss der Konferenz bildeten ein Gesprächsabend mit dem Vorsitzenden des Rates der EKD, Dr. h.c. Nikolaus Schneider, und der Fernsehgottesdienst im Berliner Dom zum siebzehnjährigen Gedenken an das Attentat auf Hitler am 20.7.1944.

„Hoffnungsvoll nach vorn“

Abschied und Einführung in der Ökumene- und Auslandsarbeit

Nikolaus Schneider mit Petra Bosse-Huber und Martin Schindehütte.

„Verabschiedung und Einführung – Beides braucht den dankbaren Blick zurück und den hoffnungs- und erwartungsvollen Blick nach vorn“, sagte der Ratsvorsitzende Dr. h.c. Nikolaus Schneider beim Festgottesdienst in der Herrenhäuser Kirche in Hannover am Donnerstag, den 5. Dezember 2013.

Verabschiedet wurde an diesem Tag Martin Schindehütte als Bischof für Ökumene- und Auslandsarbeit, als Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD und Leiter des Amtes der Union Evangelischer Kirchen in der EKD (UEK) – und eingeführt wurde in den Dienst die bisherige Vizepräses der Evangelischen Kirche im Rheinland. Petra Bosse-Huber ist damit die erste Bischöfin für Ökumene- und Auslandsarbeit der EKD. Sie übernahm ebenfalls das Amt einer Vizepräsidentin des Kirchenamtes der EKD und die Leitung des Amtes der UEK. Der Wechsel im Amt fand zum 1. Januar 2014 statt.

Martin Schindehüttes Anliegen war, den theologischen Dialog mit der Ökumene fortzuführen, die Strukturen ökumenischer Arbeit weiterzuentwickeln und die ökumenische Dimension auf den verschiedenen Ebenen kirchlichen Lebens zu stärken. Der Vorsitzende der Vollkonferenz der UEK, der pfälzische Kirchenpräsident Christian Schad (Speyer), würdigte bei der Verabschiedung Schindehüttes „theologische Leidenschaft, Freude und kommunikative Energie“. Martin Schindehütte war Leiter der Hauptabteilung „Ökumene- und Auslandsarbeit“ des Kirchenamtes der EKD seit September 2006. Er trat nun in den Ruhestand.



Petra Bosse-Huber wurde 1959 in Velbert (Nordrhein-Westfalen) geboren. Nach Studium und Examen in Theologie und Germanistik war sie von 1986 bis 1989 Vikarin und Pastorin im Hilfsdienst in Düsseldorf-Kaiserswerth, von 1989 bis 2001 dann Pfarrerin der Evangelischen Kirchengemeinde Elberfeld-West in Wuppertal. 2001 wurde Petra Bosse-Huber als Oberkirchenrätin Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland, 2003 wurde sie zur Vizepräses der Kirche gewählt. Im Landeskirchenamt in Düsseldorf leitete sie seit 2009 die neu gebildete Abteilung „Theologie und Diakonie“.

Seit 2003 gehört Petra Bosse-Huber der Kammer für Theologie der EKD an. Sie ist seit 2004 in der Kommission für den Dialog mit der Russisch-Orthodoxen Kirche und seit 2007 im Gemeinsamen Ausschuss „Kirche und Judentum“ von EKD, VELKD und UEK. Seit 2011 ist sie Mitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages und seit 2012 Mitglied der Konferenz Diakonie und Entwicklung.

„Ich freue mich auf die neue Aufgabe, mit Christinnen und Christen überall auf der Welt nach einem ökumenischen Weg der Kirche Jesu Christi zu suchen. Gerade angesichts der tiefgreifenden Folgen der Globalisierung und der interreligiösen Herausforderungen gewinnt das Ringen der Kirche um ein gemeinsames Zeugnis des Evangeliums zunehmend an Bedeutung“, sagte die Theologin anlässlich ihrer Berufung.

Aus: Pressemeldungen der EKD vom 22. März und 5. Dezember 2013.

Europa, KEK, GEKE



Oberkirchenrätin Dine Fecht

Leiterin der Abteilung Auslandsarbeit

Telefon: 0511 2796-121

E-Mail: dine.fecht@ekd.de

In den neu gewählten Leitungsgremien der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) wird die EKD von Christine Busch (KEK) und Cordelia Kopsch (GEKE) vertreten. Sie berichten von den Entwicklungen in beiden Organisationen:

GEKE

Dem Rat der GEKE wurden durch die Vollversammlung in Florenz 2012 mehrere große Themen zur Bearbeitung gegeben. Der damals neu gewählte Rat, der vom 19. bis 22. Juni 2014 zum zweiten Mal tagte, konnte in einigen Bereichen bereits erste Vorarbeiten und Ergebnisse diskutieren und die Weiterarbeit konturieren. Zu drei Vorhaben wird hier berichtet:

Im Hinblick auf das **Lehrgespräch „Kirchengemeinschaft“** wurden insbesondere die vorgelegten theologischen Vorarbeiten gewürdigt; es wird spannend, wenn es um Konkretionen der verwirklichten und gelebten Kirchengemeinschaft geht – auch um den Umgang mit Differenzen und Konflikten – und um „Kirchengemeinschaft und Ökumene“. Wie die Kirchengemeinschaft in der GEKE noch stärker erfahren und weiter entwickelt werden kann: Das Lehrgespräch und die Auseinandersetzung mit seinen Ergebnissen fordert die Kirchen, auch die EKD, heraus, hier nicht nur mitzureden, sondern auch zu handeln.

Der **Studienprozess zur religiösen Pluralität in Europa** hat ebenfalls bereits Fahrt aufgenommen. Der von einer Gruppe erarbeitete Textentwurf zeigt erstmals auf europäischer Ebene, wie die evangelischen Kirchen in Europa sich Fragen des Verhältnisses

zu anderen Religionen und dem interreligiösen Dialog bislang gestellt haben. Darüber hinaus wird eine theologisch begründete Verhältnisbestimmung geleistet, die – wenn sie die Unterstützung der Mitgliedskirchen findet – zu einer gemeinsamen Grundlage für Begegnung und Dialog der evangelischen Kirchen mit anderen Religionen werden kann. Der Rat der GEKE zeigte sich überrascht und erfreut über den in kurzer Zeit erarbeiteten ausgezeichneten Entwurf der Studie. Im September 2015 sollen die Mitgliedskirchen bei einer Konsultation erstmals über den bis dahin überarbeiteten Entwurf beraten können.

Im Hinblick auf das **Projekt „Europa Reformata“** kann festgestellt werden, dass der durch die GEKE vergebene Titel „Stadt der Reformation“ stark nachgefragt wird. Mit Emden, Zürich, Wittenberg und Turku können 4 Städte diese Bezeichnung bereits jetzt für sich nutzen; die bisher eingegangenen Bewerbungen (37 aus 14 europäischen Ländern) zeigen jedoch, dass es weit über die ursprünglich angestrebte Zahl von 25 hinausgehen wird.

Mit der EKD ist vereinbart, dass es eine Verknüpfung zwischen den „Städten der Reformation“ und dem EKD-Projekt eines „Europäischen Stationenwegs“ geben soll. Dazu wird es demnächst einen gemeinsamen Brief der GEKE und der EKD geben.

Oberkirchenrätin Cordelia Kopsch, Projektleitung „Diskurs Nachhaltige Entwicklung“, Kirchenamt der EKD, Mitglied im Rat der GEKE.



Der neue Vorstand der KEK.

KEK

Umsetzung der von der Vollversammlung 2013 beschlossenen Reformen

Die Vollversammlung der KEK hat im Juli 2013 in Budapest einen 20-köpfigen Vorstand (Governing Board) gewählt, der sich noch in Budapest konstituierte. Er führt die Geschäfte der Konferenz zwischen den Vollversammlungen, insbesondere prüft er die strategische Ausrichtung der KEK, legt Programme, Dienstleistungsangebote und Arbeitsgruppen fest, prüft Mitgliedsanträge, stellt die finanzielle Tragfähigkeit der Konferenz sicher und legt einen jährlichen Tätigkeits- sowie Finanzbericht vor.

Seine Sitzungen im November 2013 in Genf sowie im Juni 2014 in Brüssel dienten vor allem der Nacharbeit der Vollversammlung und der Ausführung ihrer Beschlüsse, insbesondere der Erarbeitung einer Geschäftsordnung. Die Neustrukturierung beinhaltet auch die Vorbereitung des Umzugs der Geschäftsstelle von Genf nach Brüssel. Einige Mitarbeitende scheiden aus, einige Positionen müssen neu besetzt werden. Zu klären sind Fragen wie die Implementierung eines professionellen Fundraising.

(1) *Church and Society Commission*
Noch 2013 wurde die Integration der Church and Society Commission (CSC) in die KEK vorbereitet. Das Exekutivkomitee von CSC hat die dazu notwendigen Beschlüsse gefasst. Dem Generalsekretär der KEK wurde ab 1.01.2014 die

Dienst- und Fachaufsicht über das CSC-Personal übertragen. Dieses Team an den Standorten Brüssel und Genf setzt die inhaltliche Arbeit verbindlich fort.

Unmittelbar vor der nächsten Sitzung des Governing Board Anfang Dezember 2014 in Löwen wird die Vollversammlung der CSC einberufen. Ihre Aufgabe ist es, die in Budapest beschlossene Verfassung der KEK zu übernehmen und den KEK-Vorstand zu bestätigen. Auf diesem Wege wird die KEK ohne weitere Kosten Eigentümerin des Vermögens der CSC und übernimmt die Verantwortung für das Personal. Die Strukturen und Organe der CSC gehen automatisch in der KEK auf.

Wenn dieser Vorgang offiziell durch die belgischen Behörden beglaubigt und veröffentlicht worden ist, kann die neue KEK ihre Arbeit beginnen. Der Vorstand kann am gleichen Tag beschließen, die bisher unter schweizerischem Recht existierende KEK aufzulösen.

(2) Churches Commission for Migrants in Europe

Mit Artikel 17 der neuen KEK-Verfassung wurde der Vorstand beauftragt, Verhandlungen mit der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) fortzusetzen und einer möglichen Verschmelzung zuzustimmen. Eine Verhandlungsgruppe mit jeweils drei Vertretern der beiden Organisationen hat ihre Arbeit im März aufgenommen. Im Juni haben sich sowohl der Vorstand von KEK wie die Mitgliederversammlung der CCME mit institutionellen, politischen, finanziellen und programmatischen Auswirkungen einer Fusion befasst.

Der 50-jährige Geburtstag der Kommission, der im März mit einer europaweiten Konferenz in Frankfurt am Main begangen wurde, war Anlass für Würdigung und Rückblick, aber auch für eine Bewertung der aktuellen Herausforderungen. Die Situation für Flüchtlinge ist an den europäischen Außengrenzen weiterhin äußerst bedrohlich. Das komplexe Thema der Migration erfordert differenzierte Stellungnahmen von Seiten der Kirchen. Der Kommission ist es erfolgreich gelungen, verfasste Kirchen und Fachorganisationen in einem qualitativen Diskurs und im gemeinsamen Handeln zu verbinden. Die Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist für die Kommission eine wichtige Voraussetzung für eine Integration in die KEK.

(3) Menschenrechtsarbeit

Die intensive Menschenrechtsarbeit der KEK, die im Ökumenischen Zentrum in Brüssel sowie in Straßburg geschieht, ist durch den Ersten Bericht des Euro-Parlamentes zu Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in Europa (Mai 2014) bestätigt worden. Als Hauptprobleme wurden die Diskriminierung ethnischer Minderheiten - insbesondere von Roma -, Korruption und Einschränkungen der freien Meinungsäußerung festgestellt. Die KEK engagiert sich in diesen Bereichen, und sie tritt ausdrücklich für das Recht auf Religionsfreiheit ein.

(4) Arbeitsvorhaben

Zu den friedensethischen Stellungnahmen dieses Jahres gehören eine Erklärung, die an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren erinnert, und der Vorschlag, in den Mitgliedskirchen für den 28. Juli 2014 ökumenische Friedensgebete zu organisieren.

2015 wird die KEK mit ökumenischen Partnern des Genozids an den Armeniern gedenken.

Für 2016 ist eine Konferenz zum „peace-building“ in Konfliktsituationen geplant.

Landeskirchenrätin Christine Busch, Abteilung Ökumene, Mission und Weltverantwortung, Evangelische Kirche im Rheinland, Mitglied im Vorstand der KEK.



Oberkirchenrat

Michael Schneider

Telefon: 0511 2796-127

E-Mail: michael.schneider@ekd.de

**Einführungsgottesdienst
des neuen Dekans
Heiner Bludau (l.) und
des Vizedekans
Jakob Betz (re.) durch
Dekan Holger Milkau.**



Südeuropa und Tourismusseelsorge im Ausland

Synode der ELKI wählt geistliche Leitung ihrer Kirche neu

Im Mittelpunkt der diesjährigen Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Italien (ELKI), die vom 1. bis 4. Mai nach 30 Jahren wieder einmal in Neapel tagte, stand die Wahl des neuen Dekans und Vizedekans. Neun Jahre lang hatte sich Pfarrer Holger Milkau dieser Aufgabe und den damit verbundenen Herausforderungen mit großem Engagement gestellt. In den letzten vier Jahren führte er gemeinsam mit Pfarrer Uli Eckert und den Mitgliedern des Konsistoriums neben ihren Aufgaben als Pfarrer von Neapel und Mailand die ELKI auf einem guten Weg. In diese Amtszeit fiel auch der im letzten Jahr neugefasste Vertrag zwischen der ELKI und der EKD. Da die Entsendungszeit beider Pfarrer in diesem Jahr ausläuft, wurde eine Neuwahl nötig, die Pfarrer Heiner Bludau aus Turin als Dekan und Jakob Betz aus Genua-San Remo als Vizedekan für sich entscheiden konnten.

Der Dekan hat eine leitende Funktion für die Lutheraner in Italien. Er ist

geistliches Oberhaupt der Kirche, und als Vorsitzender des Konsistoriums leitet er auch die laufenden Geschäfte und die Verwaltung der ELKI. In seinem Dankeswort an die Synodalen formulierte Dekan Bludau ein ihm wichtiges Anliegen. Er sehe in den Gemeinden der ELKI das Fundament, einen echten Mehrwert seiner kleinen Kirche, und möchte das Vertrauen zwischen den Gemeindegliedern und den Organen der ELKI stärken. Wichtig seien ihm aber auch die Beziehungen zu den Partnerkirchen und mit den Einrichtungen, mit denen die ELKI gegenwärtig zusammenarbeite: „Wir werden daran arbeiten, dass sie noch stärker und fruchtbarer werden“.

Diese Aussage wurde sehr lebendig in dem Vortrag des diesjährigen Gastredners Horst Müller, Bischof der Evangelisch-lutherischen Kirche im südlichen Afrika (ELKSA-NT), der die Situation der Gemeinden im südlichen Afrika darstellte. Er beschrieb das Verhältnis der südafrikanischen Bevölkerung zur Religion, die Bedeutung eines lutherischen Lebens in Afrika und mögliche Kontaktpunkte zwischen der ELKSA-NT und der ELKI, die zu einer Zusammenarbeit zweier Minderheitenkirchen führen könnten.

Zum Abschluss der Synodentagung wurden der neue Dekan und sein Vizedekan in der lutherischen Kirche in der Via Carlo Poerio in einem feierlichen Gottesdienst eingeführt.

Die Teilnehmenden der
Bordseelsorgetagung in
Hannover.



Junge Gemeinde auf Kreta feiert 10-jähriges Jubiläum

Die deutschsprachige Gemeinde auf Kreta beging am 27. April 2014 ihr 10-jähriges Jubiläum mit einem Festgottesdienst, den ein Chor aus Mitgliedern aller deutschsprachigen griechischen Gemeinden und Gästen aus Deutschland musikalisch umrahmte – ein Ergebnis aus einem Chorprojekt, das Oberkirchenmusikdirektor Heinz-Hermann Grube aus Lübbecke leitete. Die Gemeinde, die in einem engen Verhältnis zur deutschsprachigen Gemeinde Athen steht und innerhalb der letzten zehn Jahre stetig gewachsen ist, gehört zu den jüngsten Gründungen im Ausland. Sie ist für deutschsprachige Christinnen und Christen, Residenten und Urlauber, zur Heimat geworden. „In der kleinen Gemeinde kommt es auf jeden Einzelnen an“, so die Erfahrung der von der EKD beauftragten Ruhestandspfarrerin Anna-Luise Zimdahl aus Lübeck. Die Gemeinde ist in Räumen der katholischen und orthodoxen Kirche zu Gast.

Tourismusseelsorge im Ausland – Gemeinden auf Zeit

Sie stellen eine wertvolle Bereicherung kirchlichen Lebens und Arbeitens dar, indem sie geistliche Beheimatung auf Zeit bieten. Für viele Menschen findet eine Begegnung mit Kirche nicht mehr im Alltag statt. Nicht zuletzt die gerade erschienene V. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung zeigt auf, dass die große Mehrheit der Kirchenmitglieder Kirche als ‚Kirche bei Gelegenheit‘ lebt. Sie nimmt ihre Mitgliedschaft zu bestimmten Anlässen wahr und wählt aus einem vielfältigen Angebot aus. Freizeit und Urlaub sind zu eigenständigen Lebensbereichen geworden, in denen Menschen nach Sinn suchen und offen sind für die Angebote der Kirchen.

Auf der Grundlage der missionarischen Handlungsstrategie „Fern der Heimat: Kirche“, die 2005 erschien und Tourismusseelsorge im Ganzen zu erfassen versucht, sind dem Rat der EKD in seiner Sitzung am 28. Juni konzeptionelle Überlegungen für kirchliches Handeln im Auslandstourismus der

EKD vorgelegt worden. In ihnen werden die Ziele weiterentwickelt, modifiziert und mit konkreten Strategien und Maßnahmen versehen.

„Slow Tourism“ – Neue Formen des Lebens und Reisens

Eine Kreuzfahrt ist mit Sicherheit eine besondere Form des Reisens. Zu diesem Thema „Neue Formen des Lebens und Reisens zwischen Sinnhaftigkeit und Sinnlichkeit“ referierte Prof. Dr. Christian Antz von der Fachhochschule Westküste am 27. Februar 2014 vor rund 80 Bordseelsorgerinnen und -seelsorgern. Sie waren auf Einladung der EKD zu einer Fachtagung im Kirchenamt zusammengekommen, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen. Der Beauftragte des Rates der EKD für Kirche im Tourismus, Dr. Sigurd Rink, Propst für Süd-Nassau und Militärbischof, eröffnete die Tagung mit einer Andacht und unterstrich die Bedeutung der Anlassbezogenen Teilhabe von Menschen am kirchlichen Leben wie zum Beispiel auf einer Kreuzfahrt oder im Urlaub. Es

gelte, den Glauben an positiven Erlebnissen festzumachen. Entstanden in den Nischen und Zwischenräumen des globalisierten Tourismus, steht „Slow Tourism“ beispielsweise für Reisetrends in Richtung Wandern (Langsamkeit), Authentizität (Kultur) oder Natur (Muße). Zusammengenommen, so Prof. Dr. Antz, stellen die unterschiedlichen Aktivitäten der „Slow“-Reisenden auf der Suche nach der selbstbestimmten Einfachheit des Lebens in vielen postindustriellen Gesellschaften einen bedeutenden Teil des Gesamtmarktes dar. Auch diese Reisenden sind für eine kirchliche Begleitung offen.

Mit großer Anerkennung und Dank für ihr Engagement in der Bordseelsorge wurden auf dieser Tagung Frau Margrit Tratz und Oberkirchenrat i.R. Kurt Triebel als Mitarbeiter des Vereins der Evangelischen Auslandsberatung aus dieser Arbeit verabschiedet. Seit dem 1. Januar 2014 ist der gesamte Bereich der Seelsorge auf Kreuzfahrtschiffen in die strukturelle und inhaltliche Tourismusarbeit im Kirchenamt der EKD ein-

gebunden, um diese wachsende Arbeit, die ökumenisch verantwortet wird, nachhaltig zu fördern und zu sichern. Im Jahr 2013 begleiteten evangelische Pfarrerinnen und Pfarrer 70 Reisen auf 10 Schiffen.

„Gute Worte, offene Ohren...“

Mit der Frage nach den Chancen und Herausforderungen für die Predigt in der Urlaubsseelsorge beschäftigten sich 85 Pfarrer und Pfarrerinnen auf der EKD-Jahrestagung für die Urlaubsseelsorge im Ausland, die vom 12. bis 16. Mai 2014 im Michaeliskloster zusammenkamen. Unter Anleitung von Pastor Matthias Neumann und Pfarrerin Kathrin Oxen, Leiterin des Zentrums für evangelische Predigtkultur der EKD in Wittenberg, wurden neuere homiletische Gesichtspunkte und unkonventionelle Wege in der Predigt bedacht. Mit beispielhaften Predigten wurde gezeigt, wie auch in der Urlaubssituation das Gedenken an den Ersten und Zweiten Weltkrieg aufgenommen werden kann. Eugen Eckert, Pfarrer, Liedtexter und

Dozent, stellte musikalische und geistliche Bausteine für die Arbeit in der Urlaubsseelsorge vor.

An der Tagung nahmen auch Koordinatoren und Verantwortliche der Urlaubsseelsorge im Ausland teil. Unter ihnen war der Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich, Prof. Dr. Michael Bünker, der die Bedeutung dieser Arbeit auch für seine Kirche unterstrich.

Fortbildungstagung für Ehrenamtliche aus den Gemeinden weltweit

Vom 9. bis 12. Januar 2014 fand im Stephansstift in Hannover die jährliche Fortbildungstagung für Kirchenvorstandsherinnen und -vorsteher aus deutschsprachigen Gemeinden im Ausland und Partnerkirchen statt. Oberkirchenrätin Dine Fecht, Leiterin der Auslandsarbeit der EKD, begrüßte die 48 Vertreterinnen und Vertreter aus 25 Ländern, die zum Teil einige tausend Kilometer zurückgelegt hatten, um an diesem Erfahrungsaustausch teilhaben zu können. Die Gemeinden von der Algarve

Urlaubsseelsorger
Klaus Nagorni
beim Alhornblasen.

und Addis Abeba über Caracas, Jakarta und Jerusalem bis hin zu Teheran und Toronto bieten deutschsprachigen Menschen Heimat in der Fremde. Diese Gemeinden sind selbstständig und handeln eigenverantwortlich. Sie haben einen Vertrag mit der EKD. Soweit möglich unterstützt die EKD sie personell durch die Entsendung oder Beauftragung von Pfarrerinnen und Pfarrern aus den Gliedkirchen und finanziell unter bestimmten Voraussetzungen.

Aus einem Angebot von acht Workshops konnten die Teilnehmenden wählen zwischen Themen der Finanzierung über die Gewinnung von Ehrenamtlichen und der Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde bis hin zum Reformationsjubiläum 2017. Hans-Joachim Güttler, Gemeindeberater, arbeitete mit den Vertretern und Vertreterinnen aus den Gemeinden im Ausland zum Schwerpunktthema „Innere Gemeindliche Kommunikation“. Die Begegnungen, der Austausch und viele informelle Gespräche gaben den Teilnehmenden Anregungen und Ideen für die Aufgaben und Herausforderungen in ihren Gemeinden. Es hat schon Tradition, dass die Tagung mit dem Besuch einer Gemeinde in Hannover und der Feier eines gemeinsamen Gottesdienstes beendet wird – in diesem Jahr in der St. Nikolai-Kirche in Hannover-Limmer.

Die nächste Fortbildungstagung findet vom 12. bis 15. Februar 2015 statt.



Ausblick – Fortbildung von Prädikantinnen und Prädikanten 2015

Die nächste Fortbildung für Prädikantinnen und Prädikanten in Auslandsgemeinden findet vom 5. bis 8. März 2015 im Michaeliskloster in Hildesheim statt. Im Abstand von vier Jahren werden die Laienprediger und -predigerinnen, die von den Gemeinden im Ausland für diesen Dienst in der Regel für

fünf Jahre beauftragt werden, eingeladen, um sich im Bereich Gottesdienst und Verkündigung weiterzuentwickeln. Dabei arbeiten sie mit internetgestützten Lernmaterialien, die die Arbeitsstelle Fernstudium im Comenius-Institut und die Ökumene und Auslandsarbeit im Kirchenamt der EKD entwickelt haben. Weitere Informationen:

www.fernstudium-ekd.de



Oberkirchenrat Christoph Ernst

Telefon: 0511 2796-128

E-Mail: christoph.ernst@ekd.de

Nord- und Westeuropa



Einweihung Lutherhaus in Dublin

Nach mehrjähriger Bauzeit wurde am 15. September 2013 der Neubau des Gemeindehauses der Ev.-Luth. Kirche in Irland eingeweiht. Die kleine Gemeinde in Dublin und einigen Tochtergemeinden in Irland hatte mit enormem Einsatz Spenden aufgebracht, die zusammen mit der Unterstützung durch die EKD und vielen anderen diesen modernen Zweckbau möglich machten. So wurde der 15. September zu einem besonderen Fest in der Gemeinde, an dem viele internationale und ökumenische Gäste teilnahmen und mit der Gemeinde feierten. Dass die Freude der Gemeinde über das Lutherhaus und die neuen Arbeitsmöglichkeiten groß ist, war bei diesem feierlichen Anlass nicht zu übersehen. Pfarrer Dr. Joachim Diestelkamp: „Wir haben mit viel Mühe viel erreicht und sind dankbar für alle Unterstützung aus der ganzen Welt. Möge dieses Haus der lutherischen Kirche in Irland zum Segen werden.“

Schlüsselübergabe vor dem neuen Lutherhaus in Dublin: Architekt Sean Harrington, Bauleiterin Ivonne Rissmann, Pastorin Corinna Diestelkamp und Kirchenvorstandsvorsitzende Isolde Blau.

Theologische Konferenz der Meissen-Arbeit in Arnoldshain

Im Februar 2014 fand in Arnoldshain die achte Theologische Konferenz nach der Meissener Erklärung statt. Im Gedenken an die 100. Wiederkehr des Beginns des Ersten Weltkriegs stand die Konferenz der Kirche von England und der EKD unter dem Thema „Kirchengemeinschaft im Dienst der Versöhnung“. Die Konferenzbeiträge, die auf der EKD-Website zugänglich sind, bearbeiteten daher sehr konzentriert die Frage, was unsere Kirchengemeinschaft zur Versöhnung heute tatsächlich beiträgt. Unter der Leitung der Heidelberger Professorin Friederike Nüssel und des Londoner Bischofs Richard Chartres stellten sich die Delegationen in 13 theologischen Texten und deren Diskussion auch früheren kirchlichen Äußerungen und biblischen Texten. Dabei blieben auch schmerzhaft erkannte Wahrnehmungen in Deutschland und Eng-

Besuch des Ratsvorsitzenden in Kopenhagen:
Mark Baumann,
Christoph Ernst,
Dieter Eggers,
Nikolaus Schneider,
Peter Krogull,
Anne Schneider,
Wulf Wätjen (v.l.).



Ratsvorsitzender besucht die St. Petri Gemeinde in Kopenhagen

Vom 14. bis 16. März 2014 besuchte der EKD-Ratsvorsitzende Dr. h.c. Nikolaus Schneider die deutschsprachige St. Petri Kirche in Kopenhagen aus Anlass ihres 439. Gemeindegeburtstages. Die Gemeinde, die in jedem Jahr ihre Gemeindegründung sehr festlich begeht, freute sich sehr über den hochrangigen Besuch aus Deutschland, bei dem der Ratsvorsitzende in zahlreichen Gesprächen die hervorragende Zusammenarbeit der Gemeinde mit verschiedensten Partnern auf lokaler und internationaler Ebene unterstrich. Besonders Schneiders engagierte Predigt über Lukas 4, 16-21, in der er sich für eine Kirche aussprach, die sich auf der Basis des Evangeliums auch in politische Fragen einmischt, wird in Kopenhagen und der in Dänemark vergleichsweise unpolitischen staatskirchlichen Tradition noch lange in Erinnerung bleiben. Auf dem Programm seines Kopenhagen-Besuches standen neben Gottesdienst und „Geburtstagskaffee mit der Gemeinde“ auch Begegnungen mit dem Kirchenrat, dem deutschen Botschafter Michael Zenner und mit Peter Skov-Jakobsen, dem Bischof von Kopenhagen.

Bischof Nick Baines in der neuen Diözese Leeds willkommen geheißen

Der Co-Vorsitzende der Meissen Kommission der EKD und der Church of England, Bischof Nick Baines, wurde am Pfingstsonntag 2014 im Minster von York feierlich als Bischof der neuen Diözese Leeds begrüßt. Baines, der in Deutschland durch etliche Vorträge, Kirchentagsbibelarbeiten und zuletzt seine Predigt beim Abschlussgottes-

land nicht aus, die gerade anlässlich der 100. Wiederkehr des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs zu Versöhnung und Völkerverständigung ermutigen.

In seinem Grußwort an die Konferenz dankte der EKD-Ratsvorsitzende, Dr. h.c. Nikolaus Schneider, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihren wichtigen und engagierten Beitrag zum internationalen ökumenischen Dialog und betonte: „Unser gemeinsamer kirchlicher Dienst der Versöhnung ist heute angesichts der vielen ungelö-

ten Konflikte und der aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen von ganz wesentlicher Bedeutung.“ Der Erzbischof von Canterbury, Justin Welby, begrüßte die Konferenz und unterstrich, dass der Meissen-Prozess Christinnen und Christen in beiden Ländern enger zusammengebracht „und einen überaus wichtigen Beitrag zum Versöhnungsprozess unserer Nationen geleistet habe“.

Delegationsbesuch aus Finnland: Bischof Dr. Matti Repo, Erzbischof Dr. Kari Mäkinen, Regionalbischof Dr. Johann Schneider, Landesbischof em. Dr. Friedrich Weber, Bischof Dr. Tapio Luoma (v.l.).



dienst des Hamburger Kirchentags 2013 bekannt geworden ist, übernahm damit die geistliche Leitung der aus früher drei zu jetzt einer einzigen zusammengewachsenen Diözese. Der fließend deutschsprachige und in England als „Medienbischof“ gefeierte Baines wird auch in seinem neuen Amt weiterhin der Meissen-Partnerschaftsarbeit der Kirche von England mit der EKD vorstehen.

Dr. Antje Jackelén neue Erzbischofin von Schweden

Am 14. Juni 2014 legte der langjährige Erzbischof der Kirche von Schweden, Dr. Anders Wejryd, sein Amt in Uppsala nieder und trat in den Ruhestand. Wejryd, der sich zeitlebens sehr um die internationalen ökumenischen Beziehungen seiner Kirche verdient gemacht hat, bleibt auch in Zukunft der Europa-Präsident des ÖRK.

Seine Nachfolge als Erzbischofin trat am 15. Juni Dr. Antje Jackelén an. Antje Jackelén stammt aus Westfalen, ist während ihres Studiums nach Uppsala gekommen und wurde 1999 an der Universität Lund promoviert. Sie lehrte von 2001 an in Chicago und wurde 2007 von Anders Wejryd zur Bischöfin in Lund ordiniert.

Konsultation mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche Finnlands

Vom 2. bis 5. Juli 2014 begegneten sich im Berliner Dom Delegationen der Ev.-Luth. Kirche Finnlands (ELKF) und der EKD. Das Treffen beider Kirchen diente dem Austausch über Fragen des kirchlichen Lebens und grundsätzlicher theologischer Fragen in beiden Ländern sowie der Koordination der wechselseitigen Auslandsarbeit. Die letzte der-

artige Begegnung zwischen beiden Kirchen fand 2011 in Helsinki statt. Ein besonderer Höhepunkt des diesjährigen Treffens war die Feier des 40. Jahrestages der Gründung des Zentrums der Finnischen Kirchlichen Arbeit in Deutschland, die mit einem Empfang der finnischen Botschafterin in Berlin begangen wurde. Ein wichtiges Diskussionsthema war die zunehmende Bedeutung des interreligiösen Dialogs in Finnland und Deutschland, wobei sich Chancen und Herausforderungen dieses kirchlichen Arbeitsfeldes in beiden Ländern als vergleichbar herausstellten. Die EKD-Botschafterin für das Reformationsjubiläum, Dr. Margot Käßmann, präsentierte den EKD-Planungsstand für das Reformationsjubiläum 2017 und lud die finnische Kirche herzlich zur Teilnahme und zu eigenen Beiträgen für die Weltausstellung der Reformation ein.

Reinhard Vetter geht in den Ruhestand – und bleibt der EKD erhalten

Seit 2006 berät Reinhard Vetter die Pfarrerinnen und Pfarrer im Auslandsdienst, jetzt tritt er als Leiter einer Lebensberatungsstelle in der Hannoverschen Landeskirche in den Ruhestand. Die pastoralpsychologische Arbeit für die EKD will Vetter aber engagiert fortsetzen und freut sich schon jetzt auf viele Begegnungen und Gespräche bei künftigen Vorbereitungskursen, Regional- und Auslandsfarrkonferenzen. Nicht ganz unzutreffend sagte er daher scherzhaft bei seiner Verabschiedungs-

feier mit Blick auf die gratulierende EKD: „Hier kommt meine Zukunft...“. Und wir freuen uns auf viele weitere Jahre, das wurde auch seitens der Entsandten deutlich, die Vetter bei der Auslandsfarrkonferenz im Juli 2014 für seinen langjährigen Dienst dankten und seine Arbeit sehr würdigten.

Bischöfin Petra Bosse-Huber wirkt mit beim Weltkriegs-Gedenkgottesdienst in London

Auf Einladung der Kirche von England nahm Bischöfin Petra Bosse-Huber am 4. August 2014 in Westminster Abbey am zentralen Gedenkgottesdienst Großbritanniens aus Anlass der 100. Wiederkehr des Beginns des Ersten Weltkriegs teil. Die Einladung zu diesem Gottesdienst, der live im englischen Fernsehen übertragen wurde, zeigt die hohe Wertschätzung, die die Meissen-Partnerschaft der EKD und der Kirche von England in den vergangenen Jahrzehnten gewonnen hat und in deren Arbeit die Versöhnung zwischen unseren Völkern von Anfang an stets ein wichtiges Thema war.

Bischöfin Bosse-Huber betonte, es sei für sie eine große Ehre und persönlich sehr bewegend, als EKD-Ökumene-Bischöfin an den Beginn dieses Krieges, der die Welt für immer verändern sollte, an diesem Tag gemeinsam mit früheren Kriegsgegnern zu erinnern und an diesem zentralen Gottesdienst mit einem Gebet in deutscher Sprache mitwirken zu dürfen.

Mittel-, Ost- und Südosteuropa



Oberkirchenrat Michael Hübner
Telefon: 0511 2796-135
E-Mail: michael.huebner@ekd.de

Deutsch-Polnische Kontaktarbeit

Zur Deutsch-Polnischen Kontaktarbeit (DPKA) trafen sich am 9. September 2013 in Szczecin/Stettin und am 30. Juni 2014 in Berlin der Präses des Polnischen Ökumenischen Rates (PÖR), Erzbischof Jeremiasz von Wrocław/Breslau, der Direktor des PÖR, Pfarrer Ireneusz Lukas, der Beauftragte des Rates der EKD für deutsch-polnische Beziehungen, Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit, und der zuständige Referent im Kirchenamt der EKD. Aktuelle Projekte waren eine Beteiligung beim Studientag Ekklesiologie des PÖR am 13. Mai 2014 in Warschau und das bevorstehende 50-jährige Jubiläum der sogenannten Ostdenkschrift 2015.

Bischofsrat der ELKRAS in Georgien

Zum ersten Mal traf sich der Bischofsrat des Bundes der ELKRAS vom 6. bis 10. Mai 2014 in Georgien. Die Kirche hat ihren Schwerpunkt in der Hauptstadt Tbilisi/Tiflis. Neben der intensiven Arbeit an einer Anpassung des Bundesvertrages blieb Zeit für Begegnungen,



Nach dem Eröffnungsgottesdienst des Bischofsrates der ELKRAS in Tbilisi.

Gespräche und Besuche bei den Außenorten der kleinen lutherischen Kirche Georgiens.

Polnisch-Ukrainische Versöhnung

Mit großer Teilnahme aus Polen, Belarus und der Ukraine tagte in Warschau vom 1. bis 4. Oktober 2013 die Projektgruppe „Versöhnung in Europa“. Als neue Herausforderung wurde das sehr sensible Thema einer polnisch-ukrainischen Versöhnung mit Vorträgen und in Arbeitsgruppen bearbeitet. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse ist in Vorbereitung.



Petersburger Dialog:

Arbeitsgruppe Kirchen aktiv

Mit drei Stunden Dauer und vorwiegend Vorträgen fand der Petersburger Dialog am 23. April 2014 in Leipzig zum Thema „Zivilgesellschaft und Friedensbemühungen von 1914 bis heute“ nur bescheidene Resonanz. Doch rege waren die Diskussionen beim Treffen der Arbeitsgruppe Kirchen am 4. bis 6. Juni 2014 in St. Petersburg zum Thema „Das Verständnis der Religionsfreiheit in demokratischen Gesellschaften“. Sie setzen ein Signal, dass das Gespräch der Kirchen auch in der politischen Krise nicht abreißt.

Ukraine bei der EKMOE

Die kirchliche und gesellschaftliche Lage in der Ukraine stand im Mittelpunkt der Beratungen bei der Evangelischen Konferenz für Mittel- und Osteuropa (EKMOE) am 13. Mai 2014 in Berlin. Die evangelischen Partnerkirchen sind klein oder auf bestimmte Orte und Regionen begrenzt. Umfangreichere Strukturen für ökumenische und diakonische Zusammenarbeit fehlen. Die EKMOE vereint Vertreter der Diakonie, der Werke, der Gliedkirchen und der Hilfskomitees zu Informationsaustausch und Absprachen.

Restitution in Tschechien

Zum ersten Mal tagte die Synode der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder (EKBB) außerhalb Prags. Sie versammelte sich vom 30. Mai bis 1. Juni 2014 in Vsetín, ganz im Osten der Tschechischen Republik. Auf der Tagesordnung stand unter anderem, wofür die Kirche in Zukunft ihr Geld einsetzen soll. Seit kurzem bietet ein staatliches Restitutionsgesetz mit Zahlungen zur Ablösung eine Grundlage für finanzielle Eigenständigkeit der Kirchen.

Nach dem Abendgebet bei der Konferenz zur polnisch-ukrainischen Versöhnung in Warschau, Erzbischof Jeremiasz, Präses des PÖR (1.R.2.v.l.).

Orthodoxie, Stipendien und allgemeine ökumenische Angelegenheiten



Oberkirchenrat
Dr. Martin Illert
Telefon: 0511 2796-223
E-Mail: martin.illert@ekd.de

Besuch des neuen koptischen Papstes Tawadros in Deutschland

Die Bemühungen des neuen koptischen Papstes Tawadros um die Reorganisation der koptischen Kirchenstrukturen im Ausland traten bei einem Besuch des Oberhauptes der koptischen Christen im Dezember 2013 im Kloster Brenkhausen bei Höxter deutlich vor Augen. Eindrücklich berichtete Tawadros auch über die schwierige Lage in Ägypten, gab aber zugleich seiner Hoffnung Ausdruck, dass die aktuelle Regierung eine Besserung der Verhältnisse erreichen wolle und auch könne. Im Rahmen der Begegnung mit dem koptischen Papst ergab sich für das EKD-Stipendienreferat auch die Gelegenheit, auf die Fördermöglichkeiten hinzuweisen, die von evangelischer Seite, insbesondere über Brot für die Welt für die Aus- und Fortbildung orthodoxer und orientalisch-orthodoxer Christinnen und Christen zur Verfügung stehen.

Das theologische Kontaktgespräch mit der orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland fand im Frühjahr 2014 erstmals im Kirchenamt der EKD statt. Die orthodoxen und evangelischen Gesprächspartner widmeten sich dem

Kontaktgespräch mit der orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland

Das theologische Kontaktgespräch mit der orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland fand im Frühjahr 2014 erstmals im Kirchenamt der EKD statt. Die orthodoxen und evangelischen Gesprächspartner widmeten sich dem

theologischen Schwerpunktthema der Hermeneutik. Wie entstehen die theologischen Aussagen unserer Kirchen? Welche Faktoren fließen in die theologische Meinungsbildung mit ein? Beide Seiten betonten, dass sie mit diesem Thema eine für die Verständigung zwischen Orthodoxen und Evangelischen zentrale Fragestellung berührten. Nachdem PD Dr. Athanasios Despotis (Universität Bonn) zum Thema der Paulusauslegung referiert hatte, schloss PD Dr. Jennifer Wasmuth (Berlin) Ausführungen über das Verhältnis von Schrift und Tradition aus evangelischer Sicht an. Die vom Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider und Metropolit Augoustinos



Von links:
Bischof Anba Damian,
Papst Tawadros,
Bischof Feige, Weih-
bischof Berenbrinker,
Pastor Wirth und OKR
Illert in der Brenk-
hausener Kirche.



Die Arbeitsgruppen der EKD und der Rumänischen Orthodoxen Kirche beim Empfang im Patriarchat in Bukarest. V.l.: Professor Tulcan, Professor Thöle, Dekanin Schlegel, OKR Illert, Patriarch Daniel, Patriarchalrat Professor Ionita, Pastor Toasperm, Patriarchalrat Professor Benga, Patriarchalrat Professor Patuleanu.



geleiteten Delegationen sprachen darüber hinaus auch über die Mitwirkung der Orthodoxie an den Feiern zum Reformationsjubiläum 2017 und vereinbarten erste Planungsschritte für gemeinsame Veranstaltungen im Jubiläumsjahr.

Begegnung mit der Rumänischen Orthodoxen Kirche in Bukarest

Im Mai 2014 trafen sich Vertreter der Delegationen der Rumänischen Orthodoxen Kirche und der EKD im Patriarchat in Bukarest zur Auswertung der letzten sechs Begegnungen des bilateralen Theologischen Dialoges. Beide Seiten würdigten die in den Gesprächen erfolgte, vielfach überraschende Entdeckung der theologischen Nähe und nahmen unterschiedliche Ebenen in den Blick, auf denen der Dialog rezipiert worden ist. Bei einem Empfang im Patriarchat dankte Patriarch Daniel der Evangelischen Kirche für den Dialog und die Förderung rumänischer Theologinnen und Theologen durch Stipendien. Aus dem Anlass des Treffens wurde dem Patriarchen der aktuelle Band der Dokumentation der vergangenen

beiden Theologischen Gesprächsgänge zwischen EKD und Rumänischer Orthodoxer Kirche überreicht.

EKD und VEF vereinbaren Aufnahme eines theologischen Dialogs

In ihrem jährlichen Kontaktgespräch im April 2015 vereinbarten EKD und VEF (Vereinigung Evangelischer Freikirchen) die Aufnahme eines theologischen Dialoges. Als Ausgangspunkt für die gemeinsamen theologischen Gespräche wählten die beiden unter der Leitung des stellvertretenden Ratsvorsitzenden Bischof Bohl und des VEF-Präses Hörsting stehenden Delegationen die Stellungnahme der VEF zur Leuenberger Konkordie aus. Eine bilateral besetzte Arbeitsgruppe hat bereits die Arbeit aufgenommen.

Naher und Mittlerer Osten, Stiftungen im Heiligen Land, Kirchliche Weltbünde

Nadia und Stefan
El Karsheh, wenige
Meter von der
Deutschen Kirche
entfernt.



Oberkirchenrat Martin Pühn
Telefon: 0511 2796-234
E-Mail: martin.puehn@ekd.de

Naher und Mittlerer Osten

150 Jahre Deutsche Evangelische Gemeinde in Kairo

„Wasserströme in der Wüste“, so lautete im Jahr 2014 das Motto des Weltgebetstages, dessen Liturgie von Frauen aus Ägypten erstellt worden war. Dazu hatte die ägyptische Künstlerin Souad Abdelrasoul ein farbenfrohes Titelbild gestaltet, auf dem die Landkarte Ägyptens zu erkennen ist. Der Nil erscheint dabei als Stängel einer Blume, die auf Höhe des Flussdeltas ihre wundervolle Blüte entfaltet.



Bischofin
Petra Bosse-Huber
im Jubiläumsgottesdienst.

Dieses Bildmotiv schmückt eine Kerze, die am 28. Februar 2014 tagsüber auf dem Altar der Deutschen Evangelischen Gemeinde zu Kairo brannte und seitdem in den dortigen Gottesdiensten in Gebrauch ist. Auf ihr findet man auch zwei Jahreszahlen: 1864 und 2014. Und einen Satz aus dem Predigtwort des Gottesdienstes, der an diesem Tag in Kairo gefeiert wurde: „Du wirst sein wie eine Wasserquelle, der es nie an Wasser fehlt.“ (Jes 58, 11)

Am 28. Februar 1864 wurde die „Deutschsprachige Evangelische Gemeinde in Kairo und ganz Ägypten“ gegründet. Und auf den Tag genau 150 Jahre später feierte die Gemeinde ihren Festgottesdienst zum Jubiläum. Zu Beginn trugen zwei Kinder einen alten Reisekoffer durch den Mittelgang der Kirche. Eine Stimme sprach dazu: „Wie auf einer langen Reise hat die Gemeinde viel erlebt und erlitten. Zwei Weltkriege, Entgleisungen und Enteignungen. Doch sie blieb am Leben. Setzte Zeichen.“ Letzteres geschah auch im Gottesdienst, indem der Psalm auch auf Koptisch vortragen und das Predigtwort auch auf Arabisch gelesen wurde. Und es war der Schulchor der Deutschen Evangelischen Oberschule beteiligt, in dem selbstverständlich christliche und muslimische Schülerinnen und Schüler gemeinsam sangen: „Wie schön leuchtet der Morgenstern“. Die Bischöfin für Ökumene und Auslandsarbeit der EKD, Petra Bosse-Huber, hielt die Predigt.

Nach dem Gottesdienst zeugten die verschiedenen Grußworte von Gästen aus Ökumene, Politik und Wirtschaft von der Vernetzung der Gemeinde, zu deren Lebensäußerungen nicht nur die geistliche Fürsorge für Deutsche in Ägypten gehört, sondern auch die Gründung und Trägerschaft der Deutschen Evangelischen Oberschule, soziale Projekte für arme Ägypter sowie die Kulturarbeit. Die Gemeinde ist ein Ort der Identifikation mit der eigenen Herkunft, der Selbstvergewisserung, aber auch der Begegnung mit dem Fremden in einem anderen Land.

Dieses Thema wurde aufgenommen in dem Oratorium „Weg-Farben“, das im weiteren Verlauf des ersten Festtages unter Leitung des Komponisten Wolf-



gang Kleber in der Deutschen Kirche in Teilen uraufgeführt wurde. Das Oratorium basiert auf der Ringparabel in Lessings Nathan der Weise. Um diesen Stoff sind Auszüge aus der Bibel und dem Koran sowie lyrische Texte unter anderem des Sufi-Dichters Rumi und von Else Lasker-Schüler gesetzt. Gesungen wurde das musikalisch anspruchsvolle Werk vom Chor der „German University in Cairo“ und vier Solisten der Kairoer Oper. Wolfgang Kleber sagte: „Eine Kirchengemeinde lässt sich darauf ein, ihr 150-jähriges Jubiläum ausgerechnet mit einer Uraufführung zu feiern, die nicht etwa Psalmen oder bekannte Kirchenlieder oder Gospels zum Inhalt hat, sondern im Text einen gewagten Schritt geht. Und diese Komposition wurde ausgerechnet in einem

Land voller Spannungen von Moslems in einer christlichen Kirche gesungen. Das ging mir unter die Haut.“

Die Jubiläumsfeiern setzten sich fort mit einem Dialogvortrag des Leipziger Theologieprofessors Dr. Alexander Deeg, der zum Thema „Macht der Bilder“ sprach und auf dessen Überlegungen der Leiter des ARD-Studios in Kairo, Volker Schwenck, als Bildschaffender im Fernsehen reagierte.

Der zweite Tag des Jubiläums stand im Zeichen der Familie. Kinder deutscher Familien und Kirchenmitglieder führten in der Aula der Deutschen Evangelischen Oberschule das Kindermusical vom geheimnisvollen Kairokoffer auf. Es erzählt von zwei Kindern, die in wenigen Monaten nach Kairo ausreisen und auf dem Dachboden

einen alten Tropenhelm suchen. Stattdessen stoßen sie auf einen alten Reisekoffer. Als sie ihn öffnen, entsteigt ihm ein Junge ihres Alters, der vor 150 Jahren in Kairo gelebt hat. Er schildert, wie es damals war, und staunt, wie anders heute alles ist. Mit einer Felukkafahrt auf dem Nil endete das Programm des Jubiläums.

Seit Januar 2013 sind Nadia und Stefan El Karsheh als Pfarrehepaar in Kairo tätig und leben dort mit ihren Kindern Junis und Lia. Sie haben in wenigen Monaten schon hoffnungsvolle und beunruhigende politische Entwicklungen miterlebt. Doch selbst in unruhigen Zeiten verläuft der Alltag oft ganz normal. Und das Licht brennt verheißungsvoll: „Du wirst sein wie eine Wasserquelle, der es nie an Wasser fehlt.“

**In Jerusalem (v.l.):
Propst Wolfgang
Schmidt, Bischof
Munib Younan und
der Ratsvorsitzende
Nikolaus Schneider.**



Ratsreise nach Israel

Hoch aufgetürmte Schneeberge. Vom Sturm umgeknickte Bäume. Vom Glatteis erzwungene Straßensperren. Das waren die völlig ungewöhnlichen äußeren Bedingungen in Israel und in den palästinensischen Gebieten, als eine Delegation des Rates der EKD unter der Leitung des Ratsvorsitzenden Dr. h.c. Nikolaus Schneider vom 13. bis 19. Dezember 2013 das Heilige Land bereiste. Durch diese Widrigkeiten wurde das geplante Reise- und Besuchsprogramm wiederholt durcheinandergebracht, so dass Improvisationskunst und Gelassenheit bei allen Beteiligten gefragt waren. Während seiner Reise wollte der Rat tiefere Einblicke in die Arbeit der mit der EKD verbundenen Einrichtungen in Jerusalem gewinnen und ebenso evangelische Institutionen im Heiligen Land besuchen, die maßgeblich von deutschen Landeskirchen getragen werden: das Dorf Nes Ammim in Galiläa und die Schule Talitha Kumi in Beit Jala. Dort

traf sich die Delegation auch mit Menschenrechtsorganisationen und Autoren des Kairos-Papieres, eines theologischen Aufrufes palästinensischer Christen.

Unter der Bezeichnung „Evangelisch in Jerusalem“ vereint die EKD ihre eigene Arbeit und jene der mit ihr verbundenen Stiftungen. Diese gehen zurück auf die Anfänge deutscher evangelischer Präsenz in Jerusalem: Das im Jahr 1841 von England und Preußen gegründete „Anglo-Preußische Bistum“ bestand lediglich 45 Jahre, seine deutschen Anteile flossen nach der Trennung beider Partner in die neu gegründete „Evangelische Jerusalemstiftung“ (EJSt). Die deutschen Protestanten wurden seitdem von der Deutschen Evangelischen Gemeinde und ihrem Leiter, dem Propst, repräsentiert. Am Reformationstag des Jahres 1898 wurde die in der Altstadt errichtete Erlöserkirche durch Kaiser Wilhelm II. und seine Ehefrau Auguste Victoria eingeweiht. Bei diesem Besuch des deutschen Kaiserpaars im Heiligen Land entstand

der Plan, für deutsche Missionare, Schwestern und Pilger auf dem Ölberg bei Jerusalem ein Hospiz und eine Stätte der Erholung zu schaffen. Der anschließend errichtete Gebäudekomplex aus Hospiz und Himmelfahrtskirche wurde im April 1910 seiner Bestimmung übergeben. Rechtsträger der Einrichtung wurde die „Kaiserin Auguste Victoria-Stiftung“. Auch das „Deutsche Evangelische Institut für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes“ geht auf den Besuch des Kaiserpaars im Jahr 1898 zurück. Im November 1903 wurde das Institut eröffnet, dessen erster Direktor Gustaf Dalman wurde, damals Professor für Altes Testament und Judaistik an der Universität Leipzig. Nach ihm haben u.a. Albrecht Alt und Martin Noth die Institutsgeschichte nachhaltig bestimmt.

Am dritten Adventssonntag des Jahres 2013 predigte der Ratsvorsitzende im Gottesdienst in der Jerusalemer Erlöserkirche. In Aufnahme des Predigtwortes aus dem 3. Kapitel der Offenbarung sagte er: „Auch wir brauchen ‚Ohren, die hören, was der Geist den Gemeinden heute sagt‘ – hier in Jerusalem und für alle Orte dieser Erde. Damit uns das neue Jerusalem zu einer ewigen Heimat wird, die schon heute unser Leben bestimmt und erhellt.“

Im Anschluss an den Gottesdienst stand eine Begegnung mit dem Kirchengemeinderat auf dem Programm. Anderntags waren die Räumlichkeiten der Propstei Ort einer Begegnung mit Bischof Munib Younan von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land sowie eines Empfangs für Kirchenoberhäupter und Repräsentanten der Jerusalemer Ökumene. Der ausführliche Besuch auf dem

Ölberg galt den Aktivitäten der dort angesiedelten Pilger- und Touristenarbeit, dem Evangelischen Institut für Altertumswissenschaft sowie den diakonischen Einrichtungen des Lutherischen Weltbundes, der das Gelände seit dem Zweiten Weltkrieg treuhänderisch verwaltet. Um das zu „Evangelisch in Jerusalem“ gehörende Programm „Studium in Israel“ kennenzulernen, kam es zu einer Begegnung mit Studierenden, die für jeweils ein Jahr die Stadt Jerusalem als theologischen Lernort des christlich-jüdischen Dialogs erleben. Die in die genannten Institutionen entsandten sind Propst Wolfgang Schmidt, Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Dieter Vieweger, Pfarrerehepaar Ulrike und Michael Wohlrab sowie Pfarrer Dr. Martin Vahrenhorst.



Kirchliche Weltbünde

Reformierte Weltgemeinschaft in Hannover

Am 12. Januar 2014 wurde die Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen mit einem Begrüßungsgottesdienst in der Evangelisch-reformierten Kirche von Hannover an ihrem neuen Dienstsitz willkommen geheißen. Zur Jahreswende war die Geschäftsstelle aus dem Ökumenischen Zentrum in Genf in das „Calvin Zentrum“ nach Hannover verlegt worden. Für die EKD begrüßte die Präses der Synode, Frau Dr. Irmgard Schwaetzer, den internationalen Dachverband von 230 reformierten, unierten und presbyterianischen Kirchen mit der symbolischen Überreichung von Brot und Salz.

Vom 11. bis 18. Mai 2014 wurde dann in Hannover die Tagung des Exekutiv Ausschusses der reformierten Weltgemeinschaft mit 35 Delegierten aus aller Welt abgehalten. Auf der Tagesordnung stand die Wahl eines neuen Generalsekretärs für die Nach-

Die Reformierte Weltgemeinschaft tagt im Kirchenamt der EKD.

folge von Dr. Setri Nyomi aus Ghana. Es wurde der 61-jährige Christopher Ferguson von der United Church of Canada gewählt, der zum 1. August seinen Dienst in Hannover aufgenommen hat.

Es wurde auch der Beschluss gefasst, im Jahr 2017 die Generalversammlung der reformierten Weltgemeinschaft mit etwa 1.200 Delegierten aus aller Welt aus Anlass des 500. Reformationsjubiläums in Deutschland stattfinden zu lassen. Als Tagungsort wurde Erfurt bestimmt, Besuche in Wittenberg sowie an anderen historischen Stätten der Reformation sind vorgesehen.

Der Exekutiv Ausschuss der Weltgemeinschaft wurde im Kirchenamt der EKD von Bischöfin Petra Bosse-Huber empfangen und begegnete im Rahmen eines Mittagessens den ökumenischen Referentinnen und Referenten der Hauptabteilung Ökumene und Auslandsarbeit.

Afrika und Entwicklungspolitik



Oberkirchenrat Klaus J. Burckhardt
Telefon: 0511 2796-235
E-Mail: klaus.burckhardt@ekd.de

Afrika

Erste Konsultation mit den EKD-Partnerkirchen aus dem südlichen Afrika und aus Südamerika

Vom 3. - 5. März 2014 trafen sich die Repräsentantinnen und Repräsentanten der EKD-Partnerkirchen im südlichen Afrika (Südafrika und Namibia) und in Südamerika (Chile, La Plata) mit Referentinnen und Referenten der EKD, der Missionswerke und Landeskirchen zu einer erstmaligen gemeinsamen Konsultation in Hannover. Im Lauf der Jahrzehnte haben sich die EKD-Partnerkirchen tief im neuen Kontext beheimatet und treiben nun aus einer ganz anderen Perspektive und Sprache protestantische Theologie. Gleichzeitig ist ihnen die Erinnerung an die deutschen Wurzeln sehr wichtig. Neben den inhaltlichen Fragen ging es bei der Konsultation darum, wie der gegenseitige Austausch praktisch gestaltet werden kann und wie dabei die Aufgaben zwischen den Partnern verteilt werden.

Teilnehmer/innen
der Konsultation mit
Bischöfin
Petra Bosse-Huber
(links).

Die EKD nimmt ihre Verantwortung für die pastorale Versorgung der Deutschen im Ausland wahr, während die Landeskirchen und Missionswerke ihren Schwerpunkt eher auf bestimmte Projekte und damit verbundene Personalentsendungen legen. Das gegenseitige ökumenische Lernen voneinander sowie der personale Austausch sind allen Seiten wichtig.

Wechsel im Amt: Burgert Brand - neuer Bischof in Namibia

Auf der 40. Synodaltagung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia (ELKIN/DELK) vom 12. - 15. September 2013 wurde der aus Namibia stammende Pastor Burgert Brand im Gemeindezentrum in Windhoek zum neuen Bischof der ELKIN/DELK gewählt. Damit tritt er die Nachfolge von Bischof Erich Hertel an, der nach 8-jähriger Amtszeit als Bischof der ELKIN/DELK in den Ruhestand geht. Zahlreiche Grußworte aus den namibischen Schwesterkirchen, der

EKD und der weltweiten Ökumene betonten die Wahl als weiteren Schritt auf dem Weg des Zusammenwachsens der Kirchen in Namibia, die seit 2007 in der Vereinigten Kirchenleitung (United Church Council - Namibia Evangelical Lutheran Churches) die gemeinsamen Belange der ELKIN/DELK mit den Schwesterkirchen Evangelical Lutheran Church in Namibia (ELCIN) und Evangelical Lutheran Church in the Republic of Namibia (ELCRN) verantworten. Bischof Brand wird sein Amt nach seiner Einführung Anfang 2015 antreten, nachdem er seinen bestehenden Vertrag mit der Schwesterkirche ELKSA (Natal-Transvaal) erfüllt hat.



Pastoralbesuch in Kirchen des Südsudan

Vom 16. - 20. Juni 2014 fand ein Pastoralbesuch einer 5-köpfigen EKD-Delegation, geleitet vom Ratsvorsitzenden Dr. h.c. Nikolaus Schneider und der Bischöfin für weltweite Ökumene und Auslandsarbeit Petra Bosse-Huber, in den Kirchen des Südsudan und Sudan statt. Auslöser des Besuchs war der im Dezember 2013 ausgebrochene gewaltsame Konflikt zwischen den Köpfen der früheren Befreiungsbewegung und jetzigen Regierungspartei (SPLM), angeführt durch Präsident Slava Kiir und seinem Opponenten, Riek Machar. Die Auseinandersetzungen haben weit über zehntausend Menschen das Leben gekostet. Begrüßt wurde der Pastoralbesuch aus der Ökumene in Juba als deutliches Signal der Ermutigung für die dortigen Kirchen, besonders auch des südsudanesischen Kirchenrats (SSCC), bezüglich ihrer Rolle im Friedens- und Versöhnungsprozess. Auch für die Christinnen und Christen im

Sudan (Khartum) war der Besuch der Delegation eine deutliche Stärkung („We are the forgotten people“).

Nach der Teilung des Landes hat sich für die dort verbliebenen christlichen Kirchen eine ungleich schwierige Situation ergeben. Die Zukunftsängste der Christen greifen um sich, das Existenzrecht der Kirchen steht auf dem Prüfstand. In jüngster Vergangenheit waren die völlige Zerstörung von Kirchen, das Niederbrennen einer Bibelschule, aber auch das Todesurteil gegen eine der Apostasie angeklagte Christin zu beklagen. Die Kirchenführer baten ihre Partner im Ausland dringend darum, durch Unterstützung und Programme im Sudan weiter „Flagge zu zeigen“. Diese bewirke nicht nur eine enorme Stärkung des Selbstbewusstseins der verbliebenen Christen, sondern sei auch ein deutliches Signal unserer Solidarität mit ihnen gegenüber der Regierung.



„Eine ‚Ethik des Genug‘ muss zum Maßstab unseres Handelns werden.“



Studie der Kammer für nachhaltige Entwicklung zu „Global Governance“

Am 19. Februar 2014 erschien die Studie „Auf dem Wege der Gerechtigkeit ist Leben. Nachhaltige Entwicklung braucht Global Governance“ (EKD-Texte 114). Sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch veröffentlicht, beschreibt die Studie die zentralen Herausforderungen des globalen Wandels und gibt Empfehlungen für Reformen, die aus Sicht der Kammer zu einer höheren Wirksamkeit der Global Governance im Sinne einer menschenrechtsbasierten, nachhaltigen Entwicklung führen. Damit leistet der Text einen wichtigen Beitrag zu mehr Kohärenz und Wirksamkeit im Blick auf die 2014/2015 anstehende Ausarbeitung nachhaltiger Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) und deren Umsetzung in Governance-Strukturen. Außerdem schlägt die Kammer vor, Reformvorschläge verschiedener Expertengruppen der Vereinten Nationen wieder aufzugreifen und langfristig die Einrichtung eines „Global Council für soziale, ökologische und wirtschaftliche Fragen“ anzusteuern. Dies könnte entweder durch eine Neugründung oder einen Reform-, Transformations- und Fusionsprozess von G20 und ECOSOC, dem Weltwirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, geschehen.



Oberkirchenrätin Claudia Ostarek
Telefon: 0511 2796-231
E-Mail: claudia.ostarek@ekd.de

Entwicklungspolitik

Synode zum Schwerpunktthema: „Es ist genug für alle da – Welternährung und nachhaltige Landwirtschaft“

Im Kampf gegen den Hunger von mehr als 870 Millionen Menschen auf der Welt hat sich die Synode der EKD in Düsseldorf vom 7. - 13. November 2013 in einer Kundgebung für eine Stärkung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern ausgesprochen. Dass Hunger und Mangelernährung täglich rund 24.000 Menschen das Leben kosten, sei nicht hinnehmbar. Maßgebliche Faktoren für den „Skandal“ des Hungers sieht die evangelische Kirche neben dem Klimawandel und Bevölkerungswachstum in fehlender Unterstützung für Kleinbauern, Spekulationen mit Nahrungsmitteln, Handelspolitik und steigender Nachfrage nach tierischen Erzeugnissen. Zur globalen Ernährungssicherung müssten in erster Linie die Bedingungen für die Kleinproduzenten verbessert werden. Deren Zugang zu Land, Wasser, Saatgut, Dünger und Krediten sowie zu Lagerhaltung und Bildung müsse

erleichtert werden. Die Kundgebung richtet sich an politisch Verantwortliche in Deutschland und Europa, aber appelliert auch an evangelische Christen, Kirchen und kirchliche Einrichtungen in Deutschland, mit dem eigenen Wirtschaften und Konsum dazu beizutragen, dass die Ernährung weltweit gesichert und die Schöpfung bewahrt werde: „Eine ‚Ethik des Genug‘ muss zum Maßstab unseres Handelns werden.“ Zum Schwerpunktthema siehe: www.ekd.de/synode2013/schwerpunktthema/schwerpunktthema.html

Ostasien, Australien, Pazifik und Nordamerika

Ostasien

Meilenstein für koreanische Kirchen
Frieden und Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel – so lautet eine Erklärung, die auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan im Herbst 2013 verabschiedet worden ist. Diese Erklärung unterstützt die koreanischen Mitgliedskirchen des ÖRK in ihrem langjährigen Bemühen um Frieden und Versöhnung zwischen Nord- und Südkorea und in ihrem Engagement für eine Wiedervereinigung. Das Statement beschreibt die politischen und theologischen Herausforderungen und nennt konkrete Handlungsempfehlungen. Neben politischen Forderungen gibt es Ideen für kirchliches Engagement, wie z.B. die Einführung eines regelmäßigen Gebetssonntags im August für eine friedliche Wiedervereinigung oder die Schaffung eines Forums, auf dem sich junge Menschen aus dem Norden und dem Süden treffen,

um über eine gute gemeinsame Zukunft zu beraten. Der ÖRK hat eine Empfehlung aus dem Text bereits aufgenommen und eine Konsultation in Bossey durchgeführt, an der kirchliche Vertreter und Vertreterinnen aus Nord- und Südkorea und Repräsentanten aus aller Welt teilgenommen haben und wegweisende Schritte für ein gemeinsames Engagement für Frieden und Versöhnung auf der koreanischen Halbinsel vereinbart haben. Auch Vertreterinnen der EKD waren zu dieser Konferenz eingeladen und haben Erfahrungen aus der deutschen Geschichte beigetragen. Nähere Informationen erhalten Sie unter:

www.oikoumene.org/en/resources/documents/assembly/2013-busan/adopted-documents-statements/peace-and-reunification-of-the-korean-peninsula

Peace Train – von Berlin nach Busan

Auf Initiative des Nationalen Kirchenrats Südkoreas fuhren über 100 Teil-



Auf der Fähre nach Südkorea.

Die Skyline von Shanghai.



nehmende aus allen Kontinenten im Peace Train mit, der die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Teilung Koreas lenken und für eine friedliche Wiedervereinigung werben sollte. Der Peace Train startete in Berlin, der Symbolstadt für Trennung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Fahrt ging über Russland und China, an der nordkoreanischen Grenze entlang bis nach Busan in Südkorea. Bewegende Erlebnisse und Gespräche von dieser beeindruckenden Fahrt sind in einem anrührenden Film zusammengefasst: [Peace Train – Pilgern von Berlin nach Busan, mit dem Friedenszug zur Einheit Koreas, Dokumentation von Johannes Meier, Deutschland, 2013, 30 Minuten, matthias Film, Lehrprogramm.](#)

Enge ökumenische Kooperation in Shanghai

„Unsere ökumenische Gemeinde“ – diesen Ausdruck hörte ich sowohl vom deutschen Generalkonsul als auch vom Geschäftsführer der Außenhandels-

kammer in Shanghai. Eine gute ökumenische Zusammenarbeit in Auslandsgemeinden wird in der deutschsprachigen Öffentlichkeit vor Ort sehr wohl wahrgenommen. In der Deutschsprachigen Christlichen Gemeinde Shanghai tagen selbst die Gemeinderäte zusammen und die Aktivitäten werden gemeinsam geplant. So manche Ökumene ist in der Ferne möglich, die zuhause in Deutschland, der Schweiz oder Österreich mit vielen Schwierigkeiten verbunden ist. Einerseits liegt diese gute Zusammenarbeit an der besonderen Herausforderung für kirchliche Arbeit angesichts der rechtlichen Lage in China, in der es bisher nicht möglich war, deutschsprachige Gemeinden registrieren zu lassen, andererseits aber auch an der gut funktionierenden Teamarbeit der evangelischen Pastorin und des katholischen Pastors und der gemeinsamen ökumenischen Vision der engagierten Gemeindeglieder. In China werden Protestantismus und Katholizismus als zwei verschiedene Religionen angese-

hen, umso eindrücklicher ist es, dass in der deutschsprachigen kirchlichen Arbeit eine so gute Kooperation möglich ist.

„Wieso – Kirche ist doch da?!“

So lautete das Motto der Regionalkonferenz Asien/Pazifik, die im April 2014 in Bangkok stattfand. In den freiwillig strukturierten Auslandsgemeinden ist es notwendig, über Geld zu sprechen, so die Erfahrung der Teilnehmenden. In manchen asiatischen Metropolen dürfen Kirchengemeinden kein Eigentum haben und die Mietpreise für Kirchen und andere Räumlichkeiten sind oft so hoch, dass Gottesdienste aus finanziellen Gründen an unterschiedlichen Orten gefeiert werden müssen. Eine weitere finanzielle Belastung ist, dass Auslandsgemeinden nicht geringe Anteile an Pfarrgehältern zu tragen haben. Beiträge und Spenden reichen oft nicht, die hohen anfallenden Kosten aufzubringen. Es ist also notwendig, mit an kirchlicher Arbeit interessierten Menschen über ihren Anteil an den Kosten der Gemeindeglieder zu sprechen. Das ist nicht immer einfach, denn gerade diejenigen, die sich nur für wenige Jahre im Ausland aufhalten, kennen Kirche von Zuhause als Volkskirche, die sich hauptsächlich über Kirchensteuern finanziert. Auf der Konferenz wurde genau hingeschaut und analysiert, wie die Situationen in den einzelnen Gemeinden ist, wie es einem als Seelsorger oder Seelsorgerin mit dieser Herausforderung geht und welche Ideen vor Ort ausprobiert worden sind. Es ist nicht aussichtslos, aber mühsam, so die Stimmung.

Die Regional-konferenz zu Gast im Begegnungszentrum Pattaya.



Kirchengemeinde übernimmt Trägerschaft für das Begegnungszentrum in Pattaya/Thailand

Ein großer Freiluftbereich unter einem Dach, ein Raum für Gottesdienste und ein Gemeinderaum – daraus besteht das Begegnungszentrum in Pattaya. Deutschsprachige Residenten, vor allem im Rentenalter, kommen täglich dort hin, um deutsche oder thailändische Speisen zu essen, Rat zu bekommen und miteinander zu reden. Vereinzelt trifft man auch Touristen oder angeheiratete thailändische Ehepartnerinnen. Viele der Besucher leben von sehr wenig Geld, manche von ihnen ohne Krankenversicherung. Im Zentrum geben der beauftragte Pfarrer oder auch ehrenamtlich engagierte Menschen praktische Hilfe, aber auch Themen des Alltags werden diskutiert und theologische und politische Fragestellungen stehen auf dem Programm. Der sonntägliche Gottesdienst bietet den Raum, in der eigenen Sprache die Sorgen im Gebet vor Gott zu bringen und durch die Predigt

Impulse für das Leben zu bekommen. Um das Projekt in Gang zu setzen, hatte zunächst die EKD die Trägerschaft übernommen, mit dem Ziel, es nach einiger Zeit in die Obhut der deutschsprachigen Gemeinde in Thailand zu übergeben. Inzwischen sieht der Gemeinderat das Begegnungszentrum Pattaya als substantiellen Teil der Gemeinde und hat beschlossen, auch offiziell die Trägerschaft zu übernehmen.

Vor der Berliner East Side Gallery auf der letzten Etappe der Berlin Wall Tour.

Nordamerika

Aus dem Leben der Kirchengemeinschaft mit der UCC

„Es gilt, viele Mauern abzubauen“: Eine Jugendgruppe von 7 Jugendlichen aus Gemeinden der United Church of Christ (UCC) in Chicago und Pennsylvania sowie 7 Jugendlichen aus Gemeinden in Berlin und Brandenburg haben anlässlich der 25. Jährung der friedlichen Revolution 1989 eine sechstägige Fahrradtour auf dem Berliner Mauerradweg unternommen. Unter dem Leitwort „Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem“ (Rö 12, 21) spürten sie mit Zeitzeugen „am Wegesrand“ dem friedlichen Wandel damals nach und nahmen zugleich heutige Spannungsfelder wahr, in denen wirkliche oder symbolische Mauern friedlich überwunden werden müssten.





Oberkirchenrätin Friederike Deeg

Telefon: 0511 2796-224

E-Mail: friederike.deeg@ekd.de



Erste Frauenordination in der Lutherischen Kirche in Chile (ILCH)

Es war ein historischer Moment am 15. März 2014 nachmittags, als die gebürtige Dresdnerin Hanna Schramm in der Erlöserkirche in Santiago de Chile ordiniert wurde. Aus ganz Chile waren Gemeindeglieder und Pfarrer der Iglesia Luterana en Chile (ILCH) angereist. Hanna Schramm ist die erste Frau, die in der ILCH arbeitet. Damit gibt es nun in allen lutherischen Kirchen in Lateinamerika und der Karibik, die zum Lutherischen Weltbund gehören, die Frauenordination. So sagte es Gloria Rojas in ihrem Grußwort, das sie als Vizepräsidentin des Lutherischen Weltbunds in dessen Namen sprach. Sie selbst wurde 1985 als erste Frau in der Iglesia Evangélica Luterana en Chile (IELCH), der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Chile, ordiniert und war von 2001 bis 2011 als erste Frau Kirchenpräsidentin der IELCH. Mit der Ordination von Hanna Schramm gibt es einen Unterschied weniger zwischen den beiden lutherischen Kirchen in Chile, die sich

während der Pinochet-Diktatur im Jahr 1975 getrennt haben und sich nun auf dem Weg zur Wiedervereinigung befinden. Die Verbundenheit zwischen den beiden lutherischen Kirchen kam auch dadurch zum Ausdruck, dass bei der Ordination nicht nur der Kirchenpräsident der IELCH, Luis Alvarez, sondern auch weitere Pfarrerinnen und Pfarrer sowie zwei Beauftragte der Frauenpastoral der IELCH dabei waren, um Hanna Schramm an diesem wichtigen Tag zu begleiten.

Auch die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauenarbeit im Gustav-Adolf-Werk, Vera Gast-Kellert, war zur Ordination von Hanna Schramm angereist. Die Frauenarbeit des GAW hatte das zweijährige Vikariat mitfinanziert und begleitet, unter anderem hatte sie einen Talar bereitgestellt. Weitere Gäste aus Deutschland waren die Krankenhausseelsorgerin Ulrike Windschmitt aus der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, die einige Monate in Santiago verbracht hatte und dabei mit Hanna in intensivem Austausch

Die frisch ordinierte Hanna Schramm im Kreis einiger Gäste. (v.l.): Pfarrer Rodolfo Olivera, Präsident Jürgen Leibbrandt (ILCH), Bischof Siegfried Sander (ILCH), Präsident Luis Alvarez (IELCH), OKRin Friederike Deeg, Pfarrerin Hanna Schramm, Pfarrerin Ulrike Windschmitt, Pfarrer Carlos Neibirt und Vera Gast-Kellert, Vorsitzende der AG Frauenarbeit im GAW.

stand, und die Referentin für Lateinamerika im Kirchenamt der EKD als Vertreterin der EKD. Auch aus der Gemeinde waren viele Menschen gekommen, um zu gratulieren. Es war zu spüren, dass Hanna Schramm sich in den zwei Jahren ihres Vikariats die Zuneigung und den Respekt von vielen Menschen in der Gemeinde und im Kollegenkreis erworben hat.

Hanna Schramm wird sich nun zunächst auf das Pädagogikstudium konzentrieren, um Religionsunterricht in Chile erteilen zu können, sie bleibt aber weiterhin an der Erlöserkirche in Santiago tätig. Ihre Ordination könnte auch chilenische Frauen dazu motivieren, den Pfarrberuf zu ergreifen.

Ein Projekt zur Fußball-WM in Brasilien

„Und die Weltmeisterschaft?“ Mit dieser Frage begann ein Projekt unserer Partnerkirche, der Igreja Evangélica de Confissão Luterana no Brasil (Ev. Kirche Luth. Bekenntnisses in Brasilien / IECLB), das sie in Zusammenarbeit mit dem brasilianischen nationalen Kirchenrat zur Fußball-WM ins Leben gerufen hat. Das Projekt gibt die Spannung wieder, unter der das Land in diesem und im letzten Jahr stand: zwischen Ärger über soziale Missstände und Freude auf das Fußballfest. Einerseits wird massive Kritik daran geübt, dass es sinnlose Investitionen rund um die WM gibt, während zu wenig Geld für das Transport-, Bildungs- und Gesundheitswesen da ist. Es erregt Anstoß, dass in Manaus im Amazonasgebiet ein riesiges Stadion gebaut wird, von dem noch unklar ist, wer es nach der WM nutzen soll, und gleichzeitig nicht genug Geld da ist, um Klassenzimmer ange-

messen auszustatten. Andererseits hat große Freude über das Fußballfest im eigenen Land geherrscht – zumindest bis zum Halbfinale. Die Fußball-WM wurde als ein großes internationales Fest gefeiert, das die unterschiedlichsten Menschen zusammenbringt.

Der von der EKD entsandte Pfarrer Matthias Tolsdorf hat deshalb einen Gottesdienstentwurf zur WM unter das Motto von Psalm 133,1 gestellt: „Wie schön ist es, wenn Brüder und Schwestern in Frieden zusammenleben!“ In seiner Predigt äußert er die Überzeugung: „Die Fußball-WM hat das Potential, ein Fest der Begegnung von Sportlern, Fans, Zuschauern, Nationen und Kulturen zu sein. Eine Feier der welt-

die Gefühle der Mannschaft vergessen wurden, die verloren hatte.

Einen Gemeinschaftsgeist dieser Art wollte unsere Partnerkirche IECLB unterstützen, als sie ihr Seelsorge-Projekt zur Fußball-WM entwickelt hat. An vielen Austragungsorten wurden Gottesdienste angeboten – nicht nur auf Portugiesisch, sondern auch auf Englisch. Ebenso standen Pfarrerinnen und Pfarrer den internationalen Gästen für Seelsorgegespräche zur Verfügung. Pfarrer Matthias Tolsdorf hat mit finanzieller Unterstützung von der EKD dazu beigetragen, dass es auch ein deutschsprachiges Angebot gab. Direkt im Zentrum von Rio, in der Martin-Luther-Gemeinde, hat er verschiedene Veran-



weiten Gemeinschaft.“ Wer die Szenen auf dem Platz nach dem Sieg der Deutschen über die brasilianische Mannschaft gesehen hat, wird dem zustimmen können. Viele Umarmungen waren zu sehen und viel aufmunternder Zuspruch zu hören. Es hat keinen überlegenen Siegestaumel gegeben, bei dem

staltungen angeboten. Neben den thematischen Gottesdiensten und Andachten mit Titeln wie „Begegnung feiern“, „Ansteckende Begeisterung und Motivation“, „Niemanden ‚im Abseits‘ stehen lassen“ und der wöchentlichen deutschsprachigen Seelsorge-Bereitschaft wurde auch eine WM-Oase ange-

LutheranerInnen bei einer interreligiösen Auftaktveranstaltung „Für eine WM des Friedens“ im Maracanã-Stadion.

**Deutschland-Fans
auf dem Weg zum
Fan-Kiosk an der
Copacabana
mit den aufgestellten
Buddy Bears.**



Sorge um Gerechtigkeit und Frieden im eigenen Land hat nicht nur die Kirchen, sondern auch andere Religionsgemeinschaften bewegt. Deshalb gab es eine interreligiöse Feier zum Auftakt der WM unter dem Motto „Für eine WM des Friedens“ am 19.05.2014 im Maracanã-Stadion. Am Tag vor dem Finale konnte dann ein ökumenischer Dankgottesdienst für den Frieden bei der WM in der Kirche Nossa Senhora da Candelária im Zentrum von Rio de Janeiro gefeiert werden.

„Und die Weltmeisterschaft?“
Noch gibt es keine klare Antwort auf die Frage. Der Sieger steht zwar fest, aber es ist zu hoffen, dass der berechtigte Protest im Land gehört wird, damit es nicht zu viele Verlierer gibt.

boten: Es wurde zum Public Viewing von Spielen im Viertelfinale eingeladen. Zwischen den Spielen wurde eine Andacht gefeiert und es bestand die Möglichkeit, die typisch brasilianische Gastfreundschaft kennenzulernen. Sprachbarrieren spielten dabei kaum eine Rolle, da die IECLB ihre Wurzeln bei den deutschen Einwanderern in Brasilien hat und viele Mitglieder deshalb immer noch Deutsch sprechen.

Eingeladen wurde zu den Veranstaltungen auf vielfältige Weise. Am besten ließ sich der Kontakt zu den deutschen Fans beim Public Viewing in der Residenz des deutschen Generalkonsuls Harald Klein sowie am deutschen Fan-Kiosk „Tor“ an der Copacabana herstellen. Unverkennbar wurde dieser Treffpunkt dadurch, dass auch die Berliner Buddy Bären dort standen, die der deutsche Generalkonsul mit Sponsoren-Hilfe aus Deutschland geholt hatte. Als

Symbol der Völkerverständigung während der WM hatte er sie am berühmten Strand von Rio aufstellen lassen.

Doch auch die Schattenseiten der WM wurden nicht vergessen: Der zweite Teil des kirchlichen Projekts hat sich mit den Verlierern der WM beschäftigt und auf die Verletzung von Menschenrechten im eigenen Land aufmerksam gemacht. So informieren die Kirchen die Öffentlichkeit über die Auswirkungen von Drogenhandel und sexueller Ausbeutung von Minderjährigen. Gemeinsam mit deutschen Partnern unterstützen sie Projekte wie zum Beispiel die Nichtregierungsorganisation „Diaconia“ in Recife und Fortaleza. Dort werden Kinder und Jugendliche durch Informationsmaterial und Theatersketchen an Schulen und öffentlichen Plätzen geschult, damit sie Gefahren rechtzeitig wahrnehmen und für ihre eigenen Rechte einstehen können. Die



Oberkirchenrat Dr. Detlef Görrig
Telefon: 0511 2796-228
E-Mail: detlef.goerrig@ekd.de

Interreligiöser Dialog

Konferenz für Islamfragen der EKD

Auf ihrer Jahrestagung hat sich die Konferenz für Islamfragen der EKD im November 2013 in Stuttgart mit dem Thema „islamische Theologie an deutschen Universitäten“ beschäftigt. In den letzten Jahren sind auf Anraten des Wissenschaftsrates und mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vier Zentren entstanden, an denen islamische Theologie u.a. für die Lehramtsausbildung angeboten wird. Den evangelischen Dialogbeauftragten sind dadurch weitere muslimische Fachleute und Ansprechpartner und -partnerinnen erwachsen, die als Bereicherung für das christlich-muslimische Miteinander in der Gesellschaft gesehen werden können. Neben Osnabrück und Münster als Kooperationsprojekt haben Tübingen und Erlangen sowie Frankfurt in Kombination mit Gießen den Zuschlag als islamische Zentren erhalten. Zusammen mit Einzelprofessoren wie etwa an der Hamburger Akademie für Weltreligionen gibt es derzeit bundesweit etwa 20 Professuren für islamische Theologie sowie einige weitere Stellen, die noch nicht besetzt sind.

Zu Gast bei der Konferenz für Islamfragen waren Prof. Dr. Stefan

Schreiner und Prof. Dr. Toprakyan. Schreiner war als Lehrstuhlinhaber an der Universität Tübingen für Religionswissenschaft und Judaistik mit einem weiteren Schwerpunkt Islamistik eingebunden in die dortige Entwicklung auf dem Weg zu einem Zentrum für islamische Theologie. Toprakyan ist Inhaber des Lehrstuhls für Islamische Geschichte und Gegenwartskultur und geschäftsführender Direktor des Islamischen Zentrums in Tübingen.

Schwerpunkte der Vorträge und Diskussionen auf der Konferenz waren der Stand der akademischen Ausbildung in dieser noch jungen Disziplin, ihre Schnittmengen und Grenzziehungen zu den bestehenden Fächern Islamwissenschaft und Religionswissenschaft sowie die Möglichkeiten der Kooperation mit dem Fachbereich für Ev. Theologie. Auch strukturelle Fragen wie die nach den bundesweit unterschiedlichen Beiratsmodellen wurden gestellt. In Tübingen besteht der universitäre Beirat aus sieben Personen, dem zwei Personen der Universität ohne islamische Verbandszugehörigkeit, drei Vertreter der DITIB (Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion) und jeweils ein Vertreter des VIKZ (Verband der Islamischen Kulturzentren) und der Islamischen Gemeinschaft der Bosniaken angehören. Eröffnet wurde die Tagung mit einem Grußwort des Landesbischofs der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Dr. h.c. Frank Otfried July.

10 Jahre Theologisches Forum Christentum – Islam

Das vom Bundesministerium des Innern geförderte Theologische Forum Christentum – Islam ist eine Plattform für den akademischen und wissen-



Grußwort von Ratsmitglied Tabea Dölker beim Forum Christentum – Islam in Stuttgart.



schaftlichen Austausch zwischen islamischer und christlicher Theologie. Auf ihrer 10. Jahrestagung in der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart in Stuttgart-Hohenheim trafen sich im März 2014 etwa 170 Teilnehmende aus 12 Ländern, um sich über das Thema „Zwischen Glaube und Wissenschaft – Theologie in Christentum und Islam“ auszutauschen. Der ökumenisch und interreligiös besetzte Leitungsausschuss hatte dazu ein zweitägiges Tagungsprogramm mit Festakt sowie Vorträgen, thematischen Foren und Diskussionen in Kleingruppen und im Plenum entworfen. Die im Blick auf die Zahl der Vortragenden und Teilnehmenden nahezu paritätisch muslimisch und christlich besetzte Tagung wird jedes Jahr in einem Tagungsband dokumentiert, so dass deren Ergebnisse und fachlichen Beiträge einem noch größeren deutschsprachigen Leserkreis an Universitäten und in der Gesellschaft zugänglich werden. Für den Rat der EKD hat anlässlich des Festaktes zum 10-jährigen Bestehen Frau Tabea Dölker ein Grußwort gehalten.

ten. Sie würdigte darin die Beiträge des Forums und den kontextuellen, auf den deutschsprachigen Raum und die Situation Europas bezogenen Versuch, im interreligiösen Austausch Theologie zu treiben.

European Council of Religious Leaders

Das European Council of Religious Leaders (ECRL) ist ein regionales Netzwerk im Raum Europa als Teil der weltweiten Initiative Religions for Peace. Auf nationaler Ebene gibt es darüber hinaus den Runden Tisch der Religionen Deutschland. Die EKD unterstützt die Arbeit von ECRL. Von evangelischer und deutscher Seite ist Prof. Bischof Dr. Martin Hein beim diesjährigen Treffen der religiösen Leitungspersonen am 13. und 14. Mai in Genf dabei gewesen. Das Thema lautete: „Gesellschaften im Wandel. Zur Rolle des Interreligiösen Dialogs“. Der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Olav Fykse Tveit, betonte die Bedeutung des Dialogs für eine friedliche Zukunft, die

Treffen des ECRL in Genf im Mai 2014.

sich nicht durch die Vergangenheit einschränken lassen dürfe. Er verwies dabei auch auf einen Besuch des ÖRK im Iran im Februar 2014. Weitere Themen waren die Rolle der Religionen in einer Zivilgesellschaft, die Raum geben müsse für freie und öffentliche Diskussionen, aber auch Ängste, dass der religiöse Pluralismus in Europa bedroht sei. So fühlten sich z.B. manche Politiker durch religiöse Autoritäten unter Druck gesetzt, andere glaubten, dass es nur eine kulturelle und religiöse Ausdrucksform in der Gesellschaft geben sollte, und wieder andere sähen sich durch die Zahl der nicht Glaubenden an den Rand gedrängt. Katharina von Schnurbein, Beraterin der Europäischen Kommission und zuständig für den Dialog mit Kirchen, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften, lud die anwesenden Religionsvertreterinnen und -vertreter ein, dabei mitzuhelfen, dass Europa seine Seele entwickeln könne.



Oberkirchenrat Thorsten Leißer

Telefon: 0511 2796-411

E-Mail: thorsten.leisser@ekd.de

Menschenrechte und Migration

Menschenrechte

100% Menschenwürde?

Menschenrechte in der Wirtschaft
Wie in den vergangenen Jahren wurde auch in 2013 ein Materialheft herausgegeben, mit dem Kirchengemeinden ermutigt werden sollten, rund um den internationalen Tag der Menschenrechte einen thematischen Gottesdienst zu gestalten.

Dieses Mal lag der Fokus auf den Zuständen in den Zuliefererbetrieben der Bekleidungsindustrie. Nicht erst seit dem Einsturz eines neunstöckigen Fabrikgebäudes nahe Bangladeschs Hauptstadt Dhaka am 24. April 2013, bei dem 1100 Näherinnen und Näher ums Leben kamen, stehen die Produktionsverhältnisse in der Kritik. Unter zum Teil katastrophalen Bedingungen müssen Männer und vor allem Frauen für einen Hungerlohn im Akkord Stoffe zurechtschneiden

und Kleidungsstücke zusammennähen. Viele Angestellte sind mangelernährt. Die Bildung von Interessenvertretungen oder Gewerkschaften ist untersagt: Wer sich beschwert, wird gekündigt. Neben solchen vertiefenden Hintergrundinformationen wird im Materialheft der Frage nachgegangen, welche Verantwortung den großen Bekleidungskonzernen zukommt und was Verbraucherinnen und Verbraucher ihrerseits dazu beitragen können, damit menschenrechtliche Standards auch für die Textilindustrie in Südostasien oder Lateinamerika verbindlich durchgesetzt werden.

Das Materialheft wurde in Kooperation mit der Christlichen Initiative Romero und dem evangelischen Hilfswerk Brot für die Welt entwickelt. Es bietet eine Vielzahl von Texten, Gebeten und einen Predigtentwurf, mit dem Kirchengemeinden in die Lage versetzt werden sollen, die angesprochenen Fragen in



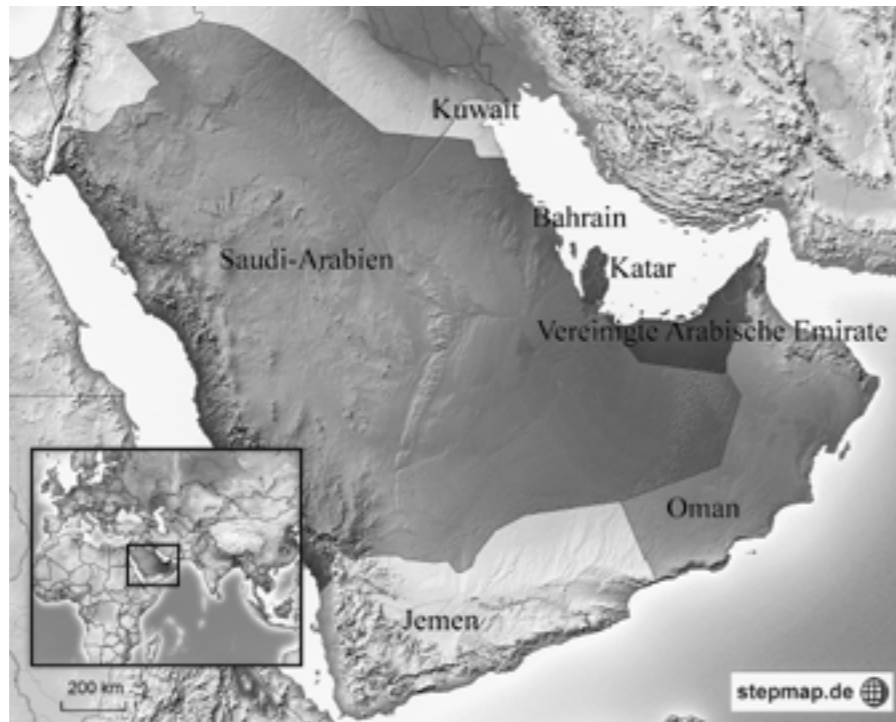
Titelseite des Materialheftes zum Tag der Menschenrechte 2013.

einem Gottesdienst zu thematisieren. Das Heft steht im Internet zum Download bereit unter www.ekd.de/tag-der-menschenrechte und kann kostenlos beim Kirchenamt der EKD bestellt werden.

Reminiszere 2014: Bedrängte Christen auf der Arabischen Halbinsel

Auf Beschluss von Synode, Rat und Kirchenkonferenz der EKD wird jedes Jahr allen Kirchengemeinden im Bereich der EKD empfohlen, am 2. Sonntag der Passionszeit eine „Fürbitte für bedrängte und verfolgte Christen“ abzuhalten. Dazu erscheint jeweils eine Materialhilfe mit Informationen zur Lage christlicher Minderheiten in ausgewählten Ländern und Regionen.

2014 wurde als Länderbeispiel die Arabische Halbinsel gewählt. Wie für Angehörige vieler religiöser Minderheiten, bedeutet auch für Christinnen und Christen in Saudi-Arabien, Katar oder Jemen ihre Zugehörigkeit zur Kirche eine tagtägliche Herausforderung. Öffentlich dürfen sie ihre Religion nicht ausüben. Mission bleibt untersagt. Und Gottesdienste sind – wenn überhaupt – nur an festgeschriebenen Orten erlaubt. Nachdem der Islam in der Spätantike Judentum und Christentum von der Arabischen Halbinsel verdrängt hatte, ist vor allem seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts diese Landschaft abwechslungsreicher geworden, zunächst durch die britische Kolonialpolitik: An vielen Standorten in der Region wurden anglikanische Gemeinden eingerichtet und Kirchen gebaut. Mit dem Ausbau der Öl- und Erdgasindustrie kamen zahlreiche Ausländer in die Region, die mittlerweile in manchen der Golf-Staaten über 80 Prozent der



Bevölkerung ausmachen. Die Staaten der Arabischen Halbinsel gehen mit dieser neuen Vielfalt unterschiedlich um: Die politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten sind in Kuwait andere als im Jemen, in Oman andere als in Bahrain und in Saudi-Arabien wiederum andere als in Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten, deren Teilstaaten ebenfalls unterschiedliche Wege gehen. Die Spannweite reicht von strikter Ablehnung, ja dem strengen Verbot von allem, was als nicht-muslimisch gilt, bis hin zu einer regulierenden Toleranz. So gibt es in vielen der Golfstaaten inzwischen christliche Kirchengemeinden und auch Kirchengebäude. Dort, wo diese Toleranz geübt wird, richtet sie sich aber deutlich an die Menschen, die sich in der Regel als „Gäste“ – nämlich als „Gastarbeiter“ – im Land aufhalten. Dennoch geht die Zahl der Christen

leicht in die zehntausende, in der Mehrzahl Christen aus Indien, Sri Lanka, Indonesien und den Philippinen.

In der gesamten Region ist Muslimen der Religionswechsel verboten mit der Konsequenz, dass Nichtmuslimen die Religionsausübung – wenn überhaupt – nur an vorgeschriebenen Orten gestattet ist. Wahrnehmbare Aktionen wie öffentliche Gottesdienste oder Prozessionen sind nicht erlaubt. Mit der Fürbitte zu Reminiszere nehmen evangelische Kirchengemeinden in Deutschland Anteil an den schwierigen Bedingungen ihrer Glaubensgeschwister in der Region.

Die Materialhilfe, die in Kooperation u.a. mit dem Evangelischen Missionswerk in Deutschland (EMW), dem Berliner Missionswerk und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) erarbeitet wurde, enthält Basisinformationen zu ausgewählten Ländern

der Arabischen Halbinsel und bietet Gestaltungshilfen für Gottesdienste. Sie ist sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache erschienen und kann unter www.ekd.de/fuerbitte heruntergeladen werden.

Gemeinden anderer Sprache und Herkunft

Interkulturelle Pfarrkonferenz

Die Interkulturelle Pfarrkonferenz der EKD (IPK) versammelt jedes Jahr Geistliche und andere leitende Personen aus Gemeinden anderer Sprache und Herkunft. Aus dem ganzen Bundesgebiet kommen dafür Menschen mit ganz unterschiedlichen konfessionellen Identitäten zusammen, um gemeinsam theologisch nachzudenken, Herausforderungen pastoraler Praxis zu bearbeiten und miteinander geistliches Leben zu teilen. Im November 2013 stand die Situation bedrängter und verfolgter Christen verschiedener Weltregionen im Mittelpunkt. Die 21 Teilnehmenden diskutierten den Ökumenischen Bericht von EKD und Deutscher Bischofskonferenz zur Lage der Religionsfreiheit von Christen weltweit, der erstmals im Juli 2013 erschienen war. In eindrücklicher Weise berichteten einige Mitglieder der IPK von der Lage in ihren eigenen Herkunftsländern: Neben einer Vielzahl erschütternder Beispiele von Verfolgung und Diskriminierung christlicher Minderheiten blieb zugleich Raum für Mut machende Berichte, in denen Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften sich gegenseitig unterstützten und Schutz boten.

Ein zweites Schwerpunktthema bildete die Frage nach familienorientierten Angeboten in Gemeinden anderer



Sprache und Herkunft. Gerade Gemeinden, die schon längere Zeit in Deutschland ansässig sind, sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, wie den spezifischen Bedürfnissen der jeweiligen Generationen Rechnung getragen werden kann. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass es hier keine Patentrezepte gebe, jedoch ein stärkeres Augenmerk auf zielgruppenspezifische Angebotsformate gelegt werden müsse. Gerade die Pflege kultureller und sprachlicher Traditionen könne hierbei hilfreich sein.

Ad-hoc-Kommission zur zukünftigen Arbeit mit Gemeinden anderer Sprache und Herkunft

Die vom Rat der EKD eingesetzte Ad-hoc-Kommission hatte bereits 2013 ihren Abschlussbericht vorgelegt, in dem sie einen theologischen Paradigmenwechsel von der ökumenischen Gastfreundschaft hin zu einem geschwisterlichen Miteinander auf Augenhöhe forderte. Damit sollte auch die evangelische Kirche auf die Einwanderungsgesellschaft reagieren und die bunter gewordene reformatorische

Landschaft in Deutschland in ihrer ökumenischen Ausrichtung widerspiegeln. In der Folge wurden EKD und Landeskirchen verschiedene Empfehlungen gegeben, um die internationale und interkulturelle Realität in Deutschland besser abbilden zu können. So wurde u.a. angeregt, das Mitgliedschaftsrecht zu öffnen und Gemeinden anderer Sprache und Herkunft die Integration in die verfasste Kirche zu erleichtern. Ferner könnten in Ballungsräumen internationale Gemeinden unter landeskirchlicher Führung entstehen und gezielt Werbung unter Angehörigen der zweiten Generation von Gemeinden anderer Sprache und Herkunft für den Pfarrberuf gemacht werden.

Der Bericht ist mittlerweile von Rat und Kirchenkonferenz der EKD verabschiedet worden und soll in der zweiten Jahreshälfte 2014 veröffentlicht werden.

Erfahrungsbericht: Auslandsvikariat in Seoul

Daniel C. Jung

Korea – „Das kennst du doch...“

Korea ist das Land meiner Eltern und somit irgendwie auch mein Land. Und meine Heimat... ?

Als meine Eltern in den 1960er und 70er Jahren nach Deutschland kamen, um hier als Krankenschwester bzw. als Bergmann zu arbeiten, da war Korea ihre Heimat. Sie wurden in Korea geboren, sind dort aufgewachsen und zur Schule gegangen. Ich dagegen bin in Castrop-Rauxel geboren, in Dortmund aufgewachsen und zur Schule gegangen. Das klingt eher ziemlich deutsch. Koreanisch – so sieht man erstmal aus, wenn man eben Kind koreanischer Eltern ist. Koreanisch sein – das kriegt man dann einerseits zu Hause mit, andererseits vor allem aber auch an dem Ort, der seit Ankunft der ersten



Daniel Jung (oben) und ein Mitreisender im Zug auf dem Weg nach Moskau.

Koreaner in Deutschland der soziale Treffpunkt schlechthin war: die koreanische Kirchengemeinde. Dort wurde koreanisch gesprochen, gegessen und zumindest früher war die Wahrscheinlichkeit hoch, dass dort auch koreanisch geheiratet wurde.

Als ich Ende September 2012 nach Seoul flog, um dort mein Auslandsvikariat zu beginnen, konnte ich also behaupten, zumindest eine ungefähre Vorstellung von Korea und den dortigen Kirchen zu haben. Es galt also, die ungefähre Vorstellung durch ein Jahr praktischer Arbeit im kirchlichen Kontext einer Prüfung zu unterziehen.

Kalter oder heißer Krieg auf der koreanischen Halbinsel

Haupt Einsatzort während des Auslandsvikariats war die Abteilung „International Relations“ des National Council of Churches in Korea (NCCCK). Der NCCCK ist ein ökumenischer Kirchenrat, welcher sich neben der Einheit der Christen in Korea vor allem sozialen Missständen und der Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea widmet. Richtig. Korea, da war ja was...

Auch wenn die Situation auf der koreanischen Halbinsel nach dem „turbulenten“ Frühling 2013 wieder aus den westlichen Nachrichten verschwunden ist, die Lage ist immer noch angespannt. Amerikanische und koreanische Truppen werden in Südkorea hin- und hergeschoben, Militärübungen auf beiden Seiten der Grenze gehören zum Standardprogramm der Nachrichten.

Obwohl Anfang des letzten Jahres die Lage tatsächlich um einiges bedrohlicher war als in den Jahren zuvor, scheint sich im Alltag der Koreaner, zumindest derer, die in Seoul leben,

nicht viel verändert zu haben. Ende März 2013 verkündete Nordkorea, dass man sich nun offiziell wieder im Kriegszustand mit Südkorea befände. Faktisch befinden sich Nord- und Südkorea aber bereits seit 60 Jahren im Kriegszustand. Denn einen Friedensvertrag gab es nach dem Koreakrieg zwischen diesen beiden Staaten nicht, nur ein Waffenstillstandsabkommen. Also, mal wieder nur die bekannten (leeren) Drohungen?

Für Südkoreaner jedenfalls scheint das alles irgendwie „ein alter Hut“ zu sein. Wenn man durch die Straßen schlenderte, merkte man nichts von der ganzen Kriegstreiberei. Als im April 2013 eine nicht unbedeutende Anzahl von in Seoul tätigen Deutschen das Land aufgrund eines drohenden Kriegsausbruchs verließ, begegnete man auf der anderen Seite Einheimischen, die schulterzuckend sagten, man habe sich an diese Situation gewöhnt. Dies gibt einem zwar irgendwie das Gefühl der Sicherheit, es kann einen aber auch wahnsinnig machen. Eine gute Freundin, die über die Evangelische Mission in Solidarität nun für drei Jahre in einer koreanischen Partnerkirche mitarbeitet, schrieb in ihrem Blog: „Es frustriert mich. Ich will umhergehen und die Leute schütteln. ‚Wacht auf!‘, will ich rufen. ‚Der Frieden hat eine Chance, wenn wir gemeinsam für ihn eintreten.‘“ Aber die Menschen hier sind des Konflikts überdrüssig. Sie haben andere Sorgen, die bedrohlicher zu sein scheinen. Der Gedanke ‚Werde ich nächste Woche noch oder endlich Arbeit haben?‘ ist vielen Menschen ein existenzielleres Anliegen, als sich Gedanken zu machen über einen möglichen Krieg, der vielleicht ausbrechen könnte, aber schnell vorbei wäre, weil Hunderte von

Die fast komplette Pilgergemeinschaft des Peace Train am Tag der Abfahrt vor dem Brandenburger Tor.



Raketen, die gegeneinander gerichtet sind, die koreanische Halbinsel binnen Sekunden in Schutt und Asche legen würden. Krieg ist für viele weit weg. Und zwar exakt 59 km von Seoul. Denn dort befindet sich die sogenannte DMZ (Demilitarized Zone), der Grenzübergang zu Nordkorea.

Es ist schwierig, den Menschen ein Verhalten zum Vorwurf zu machen, das man in einer ähnlichen Situation wahrscheinlich selber an den Tag legen würde. Andererseits ist es unsere Chance, womöglich sogar unsere Pflicht, als Außenstehende darauf aufmerksam zu machen, dass es eben nicht normal ist, jedes Jahr zu Ostern statt der frohen Botschaft eine Kriegsandrohung zu hören. Frieden scheint hier in Korea in der Tat sehr fern. Aber gerade unsere eigene Geschichte in Deutschland zeigt uns, dass eine Wendung/Wende manchmal überraschender kommen kann als gedacht.

Peace Train

Als ich am 26. September 2012 nach Seoul flog, hatte ich in meiner Job-Beschreibung, neben der Mitarbeit im „Committee for International Relations“, ein weiteres Projekt zugewiesen bekommen, von dem ich vorher noch nie etwas gehört hatte, dem ich mich aber letztendlich die meiste Zeit in Korea widmen sollte: dem Peace Train.

Der Peace Train ist eine Friedensinitiative, die im Rahmen der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen stattfand, um für Versöhnung und Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel einzutreten. Eine echte Pilgerreise, die vom 6. bis 27. Oktober 2013 mit dem Zug von Berlin nach Busan durch sieben Länder führen sollte. Rund 132 Teilnehmende aus 16 Nationen haben sich auf die Reise gemacht, um gemeinsam aus einem Herzen für Korea zu beten und ein sichtbares Zeichen für Gerechtigkeit und Frieden zu setzen.

Die Teilung Koreas ist eine fortwährende Erinnerung daran, dass der Kalte Krieg nur in einigen Teilen der Welt zu Ende gegangen ist. Mittlerweile

gibt es jedoch mehrere Generationen, für die dieser Zustand mehr oder weniger normal und Wiedervereinigung überhaupt etwas sehr Unkonkretes ist. Man weiß ja gar nicht, mit wem man sich da überhaupt wiedervereinigen soll. Obwohl ich mich zu einem Teil ja selber als Koreaner betrachtet habe, war der Krieg und die Teilung Koreas etwas, das man aus Büchern und Erzählungen der Eltern kannte. Persönlicher Bezug? Fehlanzeige.

Da war es dann irgendwie Fügung, geradezu ein Geschenk, als ich feststellte, dass eine Bekannte unserer Familie als Teilnehmerin im Peace Train mitfuhr – in der Hoffnung, ihre zwei Schwestern in Nordkorea noch einmal zu sehen. Ich war verwundert und beeindruckt. Wann und wo genau sich dadurch etwas in mir veränderte, kann ich gar nicht so genau sagen. Es ist wohl wie immer am ehesten als Prozess zu beschreiben. Spätestens aber in Peking, als wir erfuhren, dass unsere Reise nicht durch Pjöngjang führen würde, und wir gemeinsam weinten und beteten, war die Teilung Koreas nicht mehr irgendwas Fernes, was nur bedingt mit

Ein katholischer
Priester und
eine Einheimische
errichten eine Sitz-
blockade vor dem
Ausgang des sich im
Bau befindlichen
größten militärischen
Tiefseehafens im
ostpazifischen Raum.



Ein anderes Beispiel ist der Korean Council for the Women drafted for Military Sexual Slavery by Japan. Eine NGO, die sich seit Anfang der 1990er Jahre für die Aufklärung von Gewalttaten gegen Frauen und für die Entschädigung der im Zweiten Weltkrieg durch japanische Soldaten verschleppten und zwangsprostituierten Frauen einsetzt.

Dies sind nur einige Beispiele, wo sich Menschen bereits auf der „Pilgrimage“ befinden, die aber in keiner Plenarsitzung der Vollversammlung erwähnt wurden. Diese Menschen setzen *selbst* ein Zeichen und bewirken Veränderung. Sie geben dem Wort „Pilgrimage“ ein Gesicht. Im Falle des Peace Trains handelt es sich deswegen um einen so wertvollen Beitrag zum „Pilgrimage“-Gedanken, weil alle Beteiligten den Erfolg nicht von einem Aufenthalt in Nordkorea abhängig machten, sondern sich trotz aller Ungewissheit auf den Weg gemacht haben, weil ihr Hauptanliegen ist, Bestehendes infrage zu stellen. Und wie symbolträchtig ist es, wenn man auf diesem Weg vor verschlossenen Grenzen steht.

Prophetie kann nicht bestellt werden, sonst wird aus dem Wort ein Text, wie Martin Stöhr treffend formuliert hat. Prophetisches Reden und Tun kann vielmehr nur wachsen bei Menschen, die aufbrechen und gleichzeitig aus ihrem Glauben heraus ohne Angst vor Veränderung umkehren. Der Peace Train zeigt einen Moment jenes Aufbruchs, dem hoffentlich noch weitere folgen werden.

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um einen bearbeiteten Auszug des Erfahrungsberichtes. Den kompletten Bericht finden Sie online unter www.ekd.de/international/berichte/index.html

mir zu tun hatte. Zum ersten Mal begriff ich, wie ein Ereignis, das vor über 60 Jahren stattfand, bis zum heutigen Tag noch dieselben unbeschreiblichen Schmerzen verursachen kann.

Diese Erfahrung war möglich, weil sich Menschen gemeinsam sprichwörtlich auf den Weg gemacht haben. Der Peace Train ist ein mögliches Modell für den „Pilgrimage“-Gedanken, der die letzte ÖRK-Vollversammlung so entscheidend geprägt hat. Die Wirkmächtigkeit des Wortes „Pilgrimage“ hängt allerdings von der Integrität, öffentlichen Glaubwürdigkeit und Autorität derer ab, die das Wort ergreifen. Daher soll an dieser Stelle noch einmal kritisch nachgefragt werden dürfen, wie ernst es der Ökumenische Rat der Kirchen meint, wenn er davon spricht, sich auf eine Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens zu begeben, gleichzeitig aber seine Delegierten während der Vollversammlung in Luxushotels unterbringt, einen Workshop zur Kriegsdienstverweigerung, die in Korea immer noch unter Freiheitsstrafe steht, nicht stattfinden lässt und es generell verpasst, die Worte Gerechtigkeit und Frieden mit Leben zu füllen.

Vom ÖRK erwarte ich in dieser Hinsicht nicht unbedingt die entscheidenden Impulse; dafür sind vielmehr die Mitgliedskirchen selbst verantwortlich. Entscheidend ist, dass der Ökumenische Rat der Kirchen die sich bereits im Gang befindlichen Prozesse für Gerechtigkeit und Frieden auf der Welt miteinander in Kontakt bringt und für die notwendige theologische und sachliche Klärung sorgt.

Das Dorf Gangjeong ist so ein Beispiel für einen sich bereits im Gang befindlichen Prozess. In Gangjeong, einem kleinen Dorf auf der koreanischen Insel Jeju, protestiert die lokale Bevölkerung gegen die Errichtung des wohl größten militärischen Tiefseehafens im ostpazifischen Raum auf den Naturräumen eines UNESCO-Weltnaturerbes. Seit über drei Jahren demonstrieren sie, obgleich die Militärbasis nun schon zu über 50% fertig gestellt ist und sie einer Zwangsräumung durch die Regierung entgegenblicken müssen. Vor Ort präsent ist vor allem die katholische Kirche, die jeden Tag eine Messe vor den Toren der Basis hält. Der NCKK ebenso wie einige NGOs solidarisieren sich ebenfalls mit den Demonstranten.

Das Auslandsvikariatsprogramm der EKD

Die Evangelische Kirche in Deutschland bietet die Möglichkeit eines Auslandsvikariats. In der Regel haben die Vikarinnen und Vikare vor ihrem Auslandsjahr das Zweite Theologische Examen abgelegt und stehen vor einer Berufung in den Pfarrdienst ihrer Landeskirche. Voraussetzung für die Aufnahme ins Auslandsvikariatsprogramm ist die Zusage der jeweiligen Landeskirche, die Besoldung weiterzuführen.

Die EKD vermittelt Vikarinnen und Vikare in die Arbeitsfelder ihrer Auslandsarbeit und zu kirchlichen Partnern sowie in ökumenische Zusammenhänge, die mit der EKD verbunden sind. So erwerben angehende Pfarrerrinnen und Pfarrer ökumenische Kompetenz, Fachwissen über Länder, Kulturen und Religionen sowie Sprachkenntnisse, ohne die moderne Berufsprofile im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr auskommen. Viele der Auslandsvikarinnen und -vikare werden später in ökumenischen Zusammenhängen tätig: im Auslandsdienst der EKD oder eines Missionswerkes, in der Arbeit von Brot für die Welt oder in der ökumenischen Partnerarbeit der Landeskirchen.

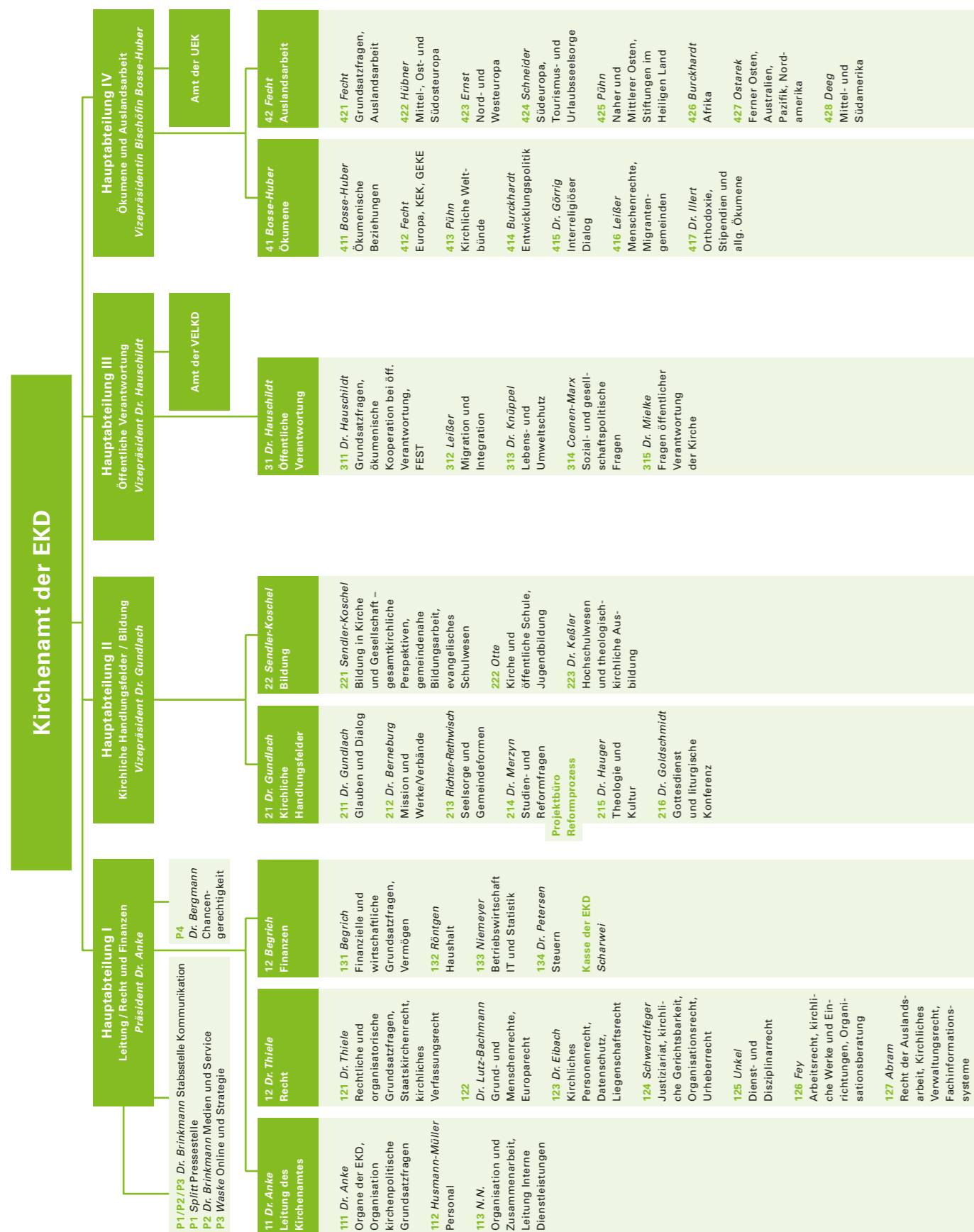
Die Richtlinien des Auslandsvikariatsprogramms können im Kirchenamt der EKD angefordert oder im Internet unter www.ekd.de/download/Richtlinien_Auslandsvikariatsprogramm_der_EKD.pdf abgerufen werden.

Im Nachfolgenden werden die Vikarinnen und Vikare genannt, die seit Oktober 2013 im Rahmen dieses Programms tätig waren bzw. sind:

- Baumann, Daniel Jonathan
Ev. Landeskirche in Baden,
in Jerusalem, Israel
- Breher, Michaela
Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland,
in Caracas, Venezuela
- Dodszuweit, Axel
Ev. Kirche im Rheinland,
in Bilbao, Spanien
- Friederichs, Thies
Ev. Kirche von Westfalen,
in Johannesburg/Bryanston, Südafrika (ELKSA – N-T)
- Gürth, Peter Ludwig Thymian
Ev. Kirche in Hessen und Nassau,
in Buffalo, USA
- Jung, Daniel C.
Ev. Kirche von Westfalen,
in Seoul, Südkorea
- Kunz, Florian
Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz,
in London, Großbritannien
- Müller, Anne-Mareike
Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland,
in Brüssel, Belgien
- Müller, Patrizia
Ev. Kirche von Westfalen,
in Rom, Italien
- Peereboom, Dr. Anneke
Ev. Kirche in Hessen und Nassau,
in New York, USA
- Peper, Eva-Maria
Ev.-luth. Landeskirche Hannovers,
in Dublin, Irland
- Rösner, Mareile
Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland,
in São Paulo, Brasilien
- Schwarz, Maik
Ev.-luth. Landeskirche Hannovers,
in Jerusalem, Israel

Organigramm des Kirchenamtes der EKD

(Stand September 2014)



EKD-Entsendungen und -Beauftragungen: Liste

(Stand September 2014)

Für die EKD sind ca. 145 Pfarrer/innen als entsandte oder beauftragte Personen im Ausland tätig. Entsandte sind in der Regel für 6 Jahre im Ausland, Beauftragte (im Text kursiv) oft für einen kürzeren Zeitraum oder in Kooperation mit anderen Anstellungsträgern im Ausland.

Nachfolgende Liste stellt die im Auslandspfarrendienst tätigen Personen in den jeweiligen Kontinenten alphabetisch dar:

Afrika

Name	Landeskirche	Ort	Land
Bartels, Walter	Nordkirche	Moshi u. Arusha	Tansania
Denner, Michael	Mitteldeutschland	Kapstadt/Philippi u. Wynberg	Südafrika
Diezun, Michael	Rheinland	Johannesburg/Kelvin u. Midrand	Südafrika
von Eicken, Sven	Württemberg	Okahandja u. Gobabis	Namibia
Franz, Stephanie	VEM/Wuppertal	Dar es Salaam	Tansania
Gerber, Achim	Bayern	Windhoek	Namibia
Hoepcke, Hans-Jürgen	Westfalen	Harare	Simbabwe
Jacobi, Anja und Karl	Hessen und Nassau	Addis Abeba	Äthiopien
Jakubeit, Heike	Oldenburg	Pretoria	Südafrika
N.N.		Accra	Ghana
Nottmeier, Dr. Christian	Berlin-Brandenburg-	Pretoria-Ost	Südafrika
		schlesische Oberlausitz	
Pieper, Klaus (i.R.)	Braunschweig	Sonmerset-West	Südafrika
Pontkees, Helma	Rheinland	Otjiwarongo, Omaruru u. Outjo	Namibia
Roller, Christoph	Rheinland	Lagos	Nigeria
Schulz-Ngomane, Dorothea	Mitteldeutschland	Nairobi u. Kampala	Kenia
Simon, Christiane	Bayern	Stellenbosch u. Somerset West	Südafrika
Zürn-Steffens, Katrin	Württemberg	Johannesburg/Bryanston	Südafrika

Amerika (Latein- und Nordamerika)

Name	Landeskirche	Ort	Land
Böttcher, Markus	Berlin-Brandenburg-	Guatemala City	Guatemala
		schlesische Oberlausitz	
Ceconi, Christian	Hannover	Toronto	Kanada
Demke, Friedrich	Berlin-Brandenburg-	Ottawa	Kanada
		schlesische Oberlausitz	
Fasse, Anke u. Christoph	Oldenburg	Lima	Peru
Foth, Jörn	Bayern	São Paulo	Brasilien
Groß, Miriam	Bayern	New York	U.S.A.
Hinger, Stephanie (i.R.)	Württemberg	Quito	Ecuador
Oehler, Nicole	Hessen und Nassau	Santiago	Chile
und Merkel, Johannes			
Pferdehirt, Lars	Rheinland	Caracas	Venezuela
Reppich, Thomas	Rheinland	Bogotá	Kolumbien
Reusch, Marc	Pfalz	Mexico City	Mexiko
Stützer, Martin	Braunschweig	La Paz	Bolivien

Tolsdorf, Matthias ELM/Hermannsburg Rio de Janeiro Brasilien
 Waßmuth, Dr. Olaf. Rheinland Washington, D.C. U.S.A.
 von Westerholt, Matthias Westfalen San José Costa Rica

Asien / Australien

Name	Landeskirche	Ort	Land
Helmer, Annegret	Rheinland	Bangkok	Thailand
und Holste-Helmer, Ulrich			
Hoerschelmann, Dr. Hanns	Bayern	Hongkong	China
Kunze, Matthias	Sachsen	Melbourne	Australien
Lesinski, Markus	Hannover	Neu-Delhi	Indien
Löwner, Dr. Gudrun	Westfalen	Bangalore	Indien
Mehlhorn, Dr. Annette	Hessen und Nassau	Shanghai	China
N.N.		Jakarta	Indonesien
N.N. (ab Okt/14 Pfr.i.R. G. Weidel)		Pattaya	Thailand
Pistor, Andrea u. Dietl, Thomas	Braunschweig	Sydney	Australien
Rabenstein, Lidia	Bayern	Singapur	Singapur
Rusterholz, Andreas		Kobe-Osaka	Japan
Schell, Dr. Karl-Heinz	Hessen und Nassau	Peking	China
Stern, Wilhelm	Hannover	Springvale/Melbourne	Australien
Zamel, Martin (i.R.)	Nordkirche	Seoul	Südkorea
Zieme-Diedrich, Gabriele	Berlin-Brandenburg- schlesische Oberlausitz	Tokio	Japan

Europa

Name	Landeskirche	Ort	Land
Amann, Georg	Württemberg	London	Großbritannien
Baur, Friedbert	Württemberg	Oslo	Norwegen
Beck, Gesine und Dr. Martin	Bayern	Paris	Frankreich
Bertheau, Gesine.	Berlin-Brandenburg- schlesische Oberlausitz	Toulouse	Frankreich
Betz, Jakob	Württemberg	Genua / Sanremo	Italien
Beutel, Hans-Christian	Anhalt	Helsinki	Finnland
Blatt, Susanne	Württemberg	Stockholm	Schweden
Blessing, Marc	Hannover	Genf.	Schweiz
Bludau, Heiner	Sachsen	Turin	Italien
Burghardt, Matthias		Tallinn	Estland
Burghardt, Olaf.	Westfalen	Manchester	Großbritannien
und Cramer, Diemut			
Busch, Dr. Bernd (i.R.)	Bayern	Rhodos	Griechenland
Büttner, Stephan.	Hannover	Madrid	Spanien
Delbrück, Rudolf.	Berlin-Brandenburg- schlesische Oberlausitz	Costa Blanca	Spanien
Diestelkamp, Corinna	Hannover / Anhalt	Dublin	Irland
und Dr. Joachim			

Dodszuweit, Axel.	Rheinland	Bilbao	Spanien
Erlbruch, Johannes	Westfalen	Budapest	Ungarn
Fischer, Oliver	Berlin-Brandenburg- schlesische Oberlausitz	Cambridge	Großbritannien
Friedrich, Dr. Marcus	Nordkirche	Bozen	Italien
Funke, Heinz-Gert (i.R.)	Hessen und Nassau	Alicante / Costa Blanca	Spanien
Gamer, Christoph u. Maike	Hannover	Göteborg	Schweden
Gerth, Wolfgang (i.R.)	Württemberg	Mallorca	Spanien
Gestrich, Reinhold (i.R.)	Württemberg	Sofia	Bulgarien
Glienicke, Janina	Hessen und Nassau	Amsterdam / Rotterdam	Niederlande
Grub, Dr. Udo (i.R.)	Rheinland	Porto	Portugal
Harbig, Corinna.		Ljubljana	Slowenien
Haska, Ralf	Berlin-Brandenburg- schlesische Oberlausitz	Kiew.	Ukraine
Heins, Hans-Martin.	Hannover	Luxemburg	Luxemburg
Herrig, Roland	Sachsen	Teneriffa-Süd	Spanien
Hesse, Ulrike u. Habenicht, Uwe	Hannover	Ispra-Varese	Italien
Hüllweg, Hans Uwe (i.R.)	Westfalen	Algarve	Portugal
Jacobi, Dr. Thorsten	Westfalen	Antwerpen	Belgien
Jacobs, Gerhard (i.R.)	Westfalen	Mallorca	Spanien
Jordt, Ulrich (i.R.)	Hannover	Gran Canaria.	Spanien
Köstlin-Büürma, Albrecht	Württemberg	Bristol	Großbritannien
Krautwurst, Martin	Mitteldeutschland	Meran.	Italien
Krogull, Peter.	Rheinland	Kopenhagen	Dänemark
Kruse, Dr. Jens-Martin	Nordkirche	Rom	Italien
Lammer, René	Ev.-reformierte Kirche	Athen	Griechenland
Latz, Andreas	Hannover	Sizilien	Italien
Leidig, Christa	Württemberg	Davos	Schweiz
Lenger, Frieder (i.R.)	Ev.-reformierte Kirche	Heviz	Ungarn
Leßmann-Pfeifer, Frank	Westfalen	Prag	Tschechien
und Pfeifer, Andrea			
Lincoln, Dr. Ulrich	Braunschweig	London	Großbritannien
Lübs, Holger	Mitteldeutschland	Barcelona.	Spanien
Mahlke, Susanne und Dirk	Mitteldeutschland	Malmö	Schweden
Mathis-Meuret, Susanne	Baden	Den Haag	Niederlande
und Mathis, Jan			
Mehl, Michael	Hessen und Nassau	Edinburgh	Großbritannien
Meyer, Christof	Württemberg	Costa del Sol	Spanien
Michalke, Urs	Hessen und Nassau	Verona-Gardone	Italien
Müller, Franziska	Württemberg	Florenz	Italien
und Glaser, Friedemann			
N.N.		Mailand.	Italien
N.N.		Neapel	Italien
Noack, Arndt (i.R.)	Nordkirche	Arco	Italien
Otterstätter, Manfred (i.R.)	Hannover	Fuerteventura	Spanien

EKD-Entsendungen und -Beauftragungen: Europakarte

(Stand Juli 2014)

Panzig, Dr. Erik	Sachsen	Helsinki	Finnland
Paul, Dieter (i.R.)	Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz	Malta	Malta
Prigge, Bernd	Hannover	Venedig	Italien
Rabus, Hans-Frieder (i.R.)	Württemberg	Belgrad	Serbien
Reich-Bochtler, Gertraude (i.R.)	Württemberg	Teneriffa-Nord	Spanien
Schnepel, Christina u. Markus	Kurhessen-Waldeck	Moskau	Russland
Schoch, Markus	Württemberg	Riga	Lettland
Schwalbe, Helmut (i.R.)	Westfalen	Bari / Apulien	Italien
Schwarzkopf, Michael	Mitteldeutschland	St. Petersburg	Russland
Stalling, Anke und Stefan	Oldenburg	Lissabon	Portugal
Stijohann, Heike	Lippische Landeskirche	Mallorca	Spanien
Ufkes, Hilrich (i.R.)	Hessen und Nassau	Lanzarote	Spanien
Ulrich, Karl-Heinz (i.R.)	Bayern	Nizza	Frankreich
Vieweg, Thomas	Pfalz	Kaliningrad	Russland
Weber, Ulrike	Mitteldeutschland	Thessaloniki	Griechenland
Weißer, Reinhard und Ulrike	Württemberg	Brüssel	Belgien
Zimdahl, Anna-Luise (i.R.)	Rheinland	Kreta	Griechenland

Naher und Mittlerer Osten

Name	Landeskirche	Ort	Land
August, Ulla	Westfalen	Istanbul	Türkei
Birkenstock-Koll, Almut	Hannover	Teheran	Iran
Drucker, Moritz	Bayern	Dubai	VAE
El Karsheh, Nadia und Stefan	Nordkirche	Kairo	Ägypten
Lindheimer, Dr. Dieter (i.R.)	Hessen und Nassau	Limassol	Zypern
N.N.		Amman	Jordanien
Pastors, Karl-Heinz (i.R.)		Alanya	Türkei
Schmidt, Wolfgang	Baden	Jerusalem	Israel / Palästinensische Autonomiegebiete
Vahrenhorst, Dr. Martin	Rheinland	Jerusalem	Israel / Palästinensische Autonomiegebiete
Wagner, Günter K. (i.R.)	Bayern	Hurghada	Ägypten
Weiß-Lange, Johannes	Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz	Beirut	Libanon
Wohrab, Ulrike und Michael	Westfalen	Jerusalem	Israel / Palästinensische Autonomiegebiete

Weitere entsandte hauptamtliche Mitarbeiter/innen im Nahen Osten:

Name	Dienst	Ort	Land
Kenkel, Dr. Frauke	Leiterin des DEI	Amman	Jordanien
Schulz, Waldemar	Verwaltungsleiter der Ev. Jerusalem-Stiftung	Jerusalem	Israel / Palästinensische Autonomiegebiete
Vieweger, Prof. Dr. Dr. Dieter	Leiter des DEI	Jerusalem	Israel / Palästinensische Autonomiegebiete

- ★ Pfarrstelle in Einzelgemeinden
- Pfarrstelle in Partnerkirchen
- ▲ haupt-, neben-, und ehrenamtliche Beauftragung durch die EKD (zum Teil Kooperationen)
- ▼ Tourismuspfarrramt der EKD
- Nebenstelle (in Ländern ohne eigene Pfarrstelle)



- Weitere Inselfarrrämter**
- ▲ Madeira
 - ★ Teneriffa
 - ▲ Teneriffa
 - ▼ Teneriffa
 - ▲ Gran Canaria
 - ▼ Gran Canaria
 - ▲ Fuerteventura
 - ▲ Lanzarote

EKD-Entsendungen und -Beauftragungen: Weltkarte

(Stand Juli 2014)



- ★ Pfarrstelle in Einzelgemeinden
- Pfarrstelle in Partnerkirchen
- ▲ haupt-, neben-, und ehrenamtliche Beauftragung durch die EKD (zum Teil Kooperationen)
- Nebenstelle (in Ländern ohne eigene Pfarrstelle)

IELCH
1 Entsandter

IELCB
2 Entsandte



ELKIN (DELK)
3 Entsandte

ELKSA (N-T)
4 Entsandte

ELKSA
(Kapkirche)
2 Entsandte

Impressum

Herausgeber

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD),
Kirchenamt
Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover
Telefon: 0511 2796-0
www.ekd.de

Hauptabteilung Ökumene und Auslandsarbeit,
Hannover 2014

Verantwortlich:
Petra Bosse-Huber

Schlussredaktion:
Antje Ernst
Michael Hübner
Hannelore Wartchow

Design

Anne-Ulrike Thursch Gestaltungskonzepte
www.thursch-gestaltung.de
Satz und Layout: Sylvia Rothe Designpraxis
www.sylviarothe.de

Verwendete Schriftarten: Univers von Linotype
und Filosofia von Emigre Fonts

Druck

Linden-Druck Verlagsgesellschaft mbH
Fössestraße 97A
30453 Hannover
www.lindendruck.de

ISSN 1867-4143

Bildnachweise

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart:
S. 59/1
Beck, Martin: S. 13/1
Bruns, Brigitte: S. 55/1
Burckhardt, Klaus J.: S. 16/1, S. 19/1, S. 50-51/1,
S. 52/1
Bureha, V.: S. 42/1
Chusmita, Kevins: S. 9/1
Debets, Michael: S. 39/1
ECRL/Sukhdev Singh, Guru Nanak Nishkam Sewak
Jatha: S. 60/1
EKD/Ulrich Hacke: S. 52/1
ELCJHL: S. 48/1
ELKI: S. 35/1
ELKRAS/Kanzlei: S. 43/1
epd-Bild/Jens Schulze: S. 31/1
Ernst, Christoph: S. 41/1
Ev. Kirche im Rheinland: S. 3/1
Folkekirkens mellemkirkelige Råd: S. 14/1
Gemeinde Kairo: S. 46/1, S. 47/1
Görrig, Detlef: S. 21/1
Hacke, Ulrich: S. 35-36/1
Hand, Bente: S. 55/1
Haska, Ralf: S. 5/1
Holste-Helmer, Ulrich: S. 7/1
Illert, Martin: S. 28/1, S. 44-45/1, S. 45/1
Jung, Daniel C.: S. 64/1, S. 65/1, S. 66/1
KEK/Peter Kenny: S. 33/1
Krogull, Peter: S. 40/1
Lammer, René: S. 22/1
Leißer, Thorsten: S. 63/1
Nagorni, Klaus: S. 38/1
Oppenheim, Paul: S. 26/1, S. 27/1, S. 49/1, S. 53/1
Ostarek, Claudia: S. 54/1
Pérez, Leonardo: S. 56/1
Schneider, Michael: S. 29/1, S. 30/2
SEK-FEPS: S. 23/1, S. 24/1, S. 25/1
Tolsdorf, Matthias: S. 57/1, S. 58/1
Weiß-Lange, Jonas: S. 11/1

